



Beschlussbuch

Bezirkskonferenz 2019:

Fäuste Hoch!



Inhaltsverzeichnis

AP Arbeitsprogramm

AP 1	Bezirksarbeitsprogramm:Fäuste hoch 2019-2020	1-7
AP 2	Gleichstellungsarbeitsprogramm	8-9

A Arbeit & Wirtschaft

A1	Regulierungen in der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung	10-11
----	---	-------

B Bildung

B1	Digitalisierung in Bildungseinrichtungen	12-14
B2	Rassismus an Schulen - nicht mit uns!	15
B3	Abschaffung der Begrenzung der Versicherung für Studierende auf den Zeitraum von 14. Fachsemestern	16
B4	Nachhaltige Bildungseinrichtungen	17-20
B5	Queere Bildung	21-23
B6	Hochschulstandort Helmstedt: Studieren in der ehemaligen Universitätsstadt	24

F Feminismus und Gleichstellung

F1	Nordisches Modell auch in Deutschland durchsetzen!	25-28
F2	Änderung des Abstammungsrechts	29
F3	Eine neue Elternzeit: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	30-32

F4	Elternschutz statt Mutterschutz	33
F5	Öffentlich-Rechtliche feministische Pornographie	34-35
Fi	Finanzen	
Fi1	Abschaffung der SCHUFA - Einführung einer Staatlichen Wirtschaftsauskunft	36
GP	Grundsatzprogramm	37-62
G	Gesundheit	
G1	Verstaatlichung aller Krankenhäuser und Kliniken	63
G2	Psychologische Betreuung bei Erwerbslosigkeit	64
G3	Verbot von Konversionstherapien	65
S	Sonstiges	
S1	Ost-West-Freundschaft fördern	66
S2	Rückkauf der Duckstein-Brauerei	67
U	Umwelt	
U1	Wölfe sollen leben!	68
U2	Verschwendung vorbeugen – Containern legalisieren	69

AP1 **Arbeitsprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig 2019**

Fäuste Hoch!

Das Bezirksarbeitsprogramm: Fäuste hoch!

1. Unsere Grundwerte

Sozialismus

Sozialismus bedeutet für uns Jusos, dass wir die vorhandenen herrschaftsgeprägten Strukturen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und Gesellschaftssystems überwinden wollen. Uns reicht es nicht aus, nur durch sozialen Ausgleich eine angenehmere Welt für einen größeren Teil der westlichen Industrienationen zu schaffen. Wir gehen einen Schritt weiter, indem wir die Armut schaffenden Strukturen international durchbrechen wollen. Diesen Grundpfeiler skizzieren wir wie folgt mit drei grundsätzlichen Aussagen:

1. Wir wollen nicht nur Ungleichheiten abmildern, sondern das kapitalistische System durchbrechen, welches Ungleichheiten produziert und reproduziert.
2. Wir wollen, dass Menschen nicht mehr danach bewertet werden, ob sie einer profitorientierten Welt nützlich sind, bzw. ob sie in einem System funktionieren.
3. Wir wollen, dass jeder Mensch frei und selbstbestimmt sein eigenes Leben gestalten kann. Als frei denkende SozialistInnen ist es daher unsere Aufgabe, einen langen Aufklärungsprozess zu betreiben. Einen Aufklärungsprozess, der davongetragen wird, die unmenschlichen weltweiten Zustände zu thematisieren. Die Mehrheit der Bevölkerung soll dabei politisch aktiviert werden und die bestehenden kapitalistischen Mechanismen nicht mehr akzeptieren. Gleichzeitig gilt es den Menschen von den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem und Wirtschaftssystem zu überzeugen, in dem alle Menschen von Fremdbestimmung und Abhängigkeit befreit sind. Wirtschaftliche Prozesse dienen dem Wohl der Gesellschaft, nicht einem kleinen privilegierten Teil der Gesellschaft. Dabei ist darauf zu achten, dass Einkommen und Vermögen möglichst gerecht verteilt werden. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass dieser Prozess niemals beendet sein kann. Vielmehr ist der Kampf um den Sozialismus und für den demokratischen Sozialismus als immerwährende Aufgabe zu verstehen. Dies setzt aber voraus, dass sich alle Menschen frei, gleich und solidarisch verhalten.

Feminismus

Die Jusos als feministischer Richtungsverband

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, damit ist die Gleichstellung der Geschlechter einer unserer bedeutsamsten Forderungen. Denn trotz einiger Errungenschaften wie das Wahlrecht und die gesetzliche Gleichstellung der Frau erkennen wir weiterhin eine grundlegende gesellschaftliche Diskriminierung der Frau. Wir wollen, dass alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können, fern von Diskriminierung und Abhängigkeiten. Aus diesem Grund ist die Gleichstellung der Geschlechter ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine gerechtere Zukunft.

Internationalismus

Juso sein heißt InternationalistIn sein!

Wir Jusos verstehen uns als internationalistischer Richtungsverband, somit gilt die internationale Solidarität als einer unserer bedeutsamsten Grundwerte. Sie muss gerade in Zeiten wie diesen für uns mehr als selbstverständlich sein. Als InternationalistInnen setzen wir uns mit unseren PartnerInnen und Partnern aus aller Welt für Frieden, Freiheit und Solidarität ein. In der globalisierten Welt sehen wir einerseits neue Optionen und Emanzipationschancen, andererseits sind wir mit neuen und stärkeren (wechselseitigen) Abhängigkeiten konfrontiert. Viele ökonomische, ökologische und soziale Probleme können heute nur noch international gelöst werden. Es bedarf einer Zusammenarbeit aller emanzipatorischen Kräfte weltweit.

Ein vereintes Europa als Ziel

Der europäische Gedanke ist für uns nicht nur eine Idee, sondern ein Ziel. Europa muss weg vom nationalstaatlichen Denken hin zu einem europäischen Gemeinschafts- und Selbstverständnis, das Staaten übergreifende Interessen in den Vordergrund stellt. Wir fordern die "Vereinigten Staaten von Europa", um mit allen Europäerinnen und Europäern langfristig eine gemeinsame politische Zukunft zu formen. Derzeit steht Europa am Scheideweg. Die nationalstaatlichen Reaktionen zur "Flüchtlingskrise", der "Griechenlandkrise" sowie der Brexit zeigen vor allem eines auf: Einen Mangel an europäischer Solidarität. Viele Menschen begreifen Europa als eine reine Interessengemeinschaft in Wirtschaftsfragen. Das ist nicht das Europa, als das wir es begreifen. Wir fordern, dass nach der Wirtschafts- und Währungsunion nun auch die europäische Sozialunion folgt. Demzufolge fordern wir die Anpassung der derzeit teilweise sehr unterschiedlichen Lebensstandards. Mittel hierfür sind unter anderem ein europäischer Mindestlohn, europäisches Sozialversicherungssystem ein angeglichenes Steuersystem und eine Abkehr von der neoliberalen Handels- und Privatisierungspolitik in Europa. Das Ziel ist ein Europa, in dem überall gleichwertiges und gutes Leben möglich ist.

Das Juso-Grundsatzprogramm

Als inhaltliches Grundgerüst neben dem Arbeitsprogramm dient dem Bezirk Braunschweig das Grundsatzprogramm. In diesem soll die inhaltliche Ausrichtung des Bezirks umrissen werden. Es dient allen Verbandsmitgliedern zur Orientierung und ermöglicht unterschiedlichste politische Themen auf diesen Wertekanon hin kritisch zu überprüfen. Das Grundsatzprogramm soll zur Bezirkskonferenz stets auf Änderungen überprüft werden.

2. Organisation

Der Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Der Bezirk ist die Summe seiner Unterbezirke, demnach können alle Jusos des Bezirks zu den Vorstandssitzungen erscheinen. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind von der Bezirkskonferenz gewählt und den Interessen des gesamten Bezirks verpflichtet. Die Arbeit des Bezirks lebt vom Miteinander aller Jusos. Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch gestalten und ständig weiterentwickeln. Auf den Sitzungen soll es deshalb sowohl um organisatorische Dinge gehen, wie auch inhaltliche Themen besprochen werden. Die Verknüpfung von Inhalten und Organisatorischem soll die Attraktivität der Sitzungen steigern. In der Organisationsform des Bezirksvorstands soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und

sie allen TeilnehmerInnen der Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt. Die Sitzungen finden einmal im Monat statt, wobei sie in möglichst vielen Unterbezirken stattfinden sollen. Der Bezirksvorstand ist angehalten, bei Bedarf Expertinnen und Experten für bestimmte Themenfelder in den Bezirksvorstand zu kooptieren. Zu Beginn der Amtsperiode soll der Bezirksvorstand eine zweitägige Klausurtagung abhalten.

Der Bezirk als Summe seiner Unterbezirke

Der Bezirk lebt durch starke Unterbezirke. Um Vorort mitgestalten zu können brauchen wir aktive Juso-Gliederungen in jedem Unterbezirk. Aus diesem Grund ist es Aufgabe des Bezirks

die Juso-Gliederungen zu unterstützen. Das wollen wir durch organisatorische und inhaltliche Zuarbeit erreichen. Darüber hinaus brauchen wir ein Bildungsprogramm, welches junge engagierte Mitglieder dazu befähigt im Unterbezirk, im Bezirk und darüber hinaus Fuß zu fassen. Das wollen wir unter anderem erreichen durch:

1. Der Bezirk soll durch eine ausgewogene Bildungsarbeit FunktionärInnen dazu befähigen im Unterbezirk, im Bezirk und darüber hinaus Verantwortung zu übernehmen
2. Der Bezirk soll inhaltliche Impulse der Unterbezirke aufnehmen und diese bearbeiten
3. Der Bezirk dient als Plattform, um gemeinsame politische Stoßrichtungen zu erarbeiten, welche in den Unterbezirken weitergetragen werden sollen
4. Der Bezirk soll zu Terminen der Unterbezirke aufrufen, damit sich die Unterbezirke gegenseitig unterstützen können
5. Über den Bezirk wird ein gemeinsamer Online Kalender zur Orientierung angeboten

Konferenzvorbereitungen

Vor wichtigen Konferenzen und Parteitagen werden wir als Jusos uns als Delegation treffen, um Verhalten und Verhandlungsführung auf der Konferenz zu besprechen.

Online Auftritt und Social-Media-Team

Homepage

Die Homepage des Juso-Bezirks dient in erster Linie dazu Termine zu veröffentlichen und den BesucherInnen einen allgemeinen Einblick in die wichtigsten Daten zu den Jusos im Bezirk zu geben (Wer sind wir? / Wofür stehen wir? / Wann treffen wir uns?). Darüber hinaus dient sie als Beschlussammlung um Aktiven die Möglichkeit zu geben sich stets über die aktuelle Beschlusslage informieren zu können.

Social Media – Facebook & Instagram

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode einen stärkeren Fokus auf unsere Social-Media Arbeit setzen, denn mittlerweile ist es schwierig, politisch erfolgreich zu sein ohne die Social-Media-Riesen Facebook, Instagram etc. zu nutzen. Wir wollen weiterhin darauf achten, dass wir die Diversität unseres Bezirks auch auf Social-Media präsentieren und uns nicht mit homogenen Posts zufriedengeben. Auch soll eine Gestaltung unserer Kanäle angestrebt werden, die insbesondere mehr Frauen anspricht, denn wie unsere Insights zeigen sind nur ein Drittel unsere KonsumentInnen Frauen.

Ein weiteres großes Ziel für die kommende Legislaturperiode ist die Erarbeitung eines Nachwuchsgewinnungsprogramms über Social Media. Wir wollen vermehrt Jugendliche für unsere politische Ausrichtung gewinnen, denn Jugendliche werden in der Politik in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Wir wollen dennoch eine zukunftsorientierte Politik, gemeinsam mit den Jugendlichen gestalten. Wir wollen ein Sprachrohr der Jugend sein. Wir wollen dieses Nachwuchsgewinnungsprogramm ausschließlich auf Social-Media-Kanälen umsetzen. Weiterhin wollen wir unsere Beiträge und Kanäle gezielt bewerben. Wir wollen gezielt

Beiträge aussuchen um möglichst viele Menschen auf uns aufmerksam zu machen. Ein neues Ziel unsererseits ist es, wenn es sich ergibt, den klassischen Weg der Social-Media-Arbeit zu verlassen und neues auszuprobieren. Wir wollen gezielt, dennoch vermehrt mit Mitteln wie Live-Streams oder Online Kampagnen unseren Content verbreiten und unsere Politik darstellen. Weiterhin wollen wir durchaus sinnerfüllende Provokation in Form von Humor einsetzen um einen abwechslungsreichen und attraktiven Content zu generieren. Weiterhin sehen wir es uns als Ziel als Social-Media-Menschen flexibel und Raum unabhängig über Social-Networks zu kommunizieren und organisieren. Dadurch erreichen wir einen ständigen Austausch und eine dauerhafte Kommunikation über mögliche Posts und mögliche Kampagnen.

- Wir wollen die Stimme der Social-Media-Accounts des Bezirks lauter machen und unsere Politik besser, unmittelbarer und weiterverbreitet präsentieren. Denn wir wollen zeigen, dass Social Media für uns kein Hindernis darstellt und wir unsere Arbeit auch im Internet attraktiver präsentieren können. “

3. Politische Bildungsarbeit

Das Einstiegsseminar

Das Einstiegsseminar gilt dem Zweck die Bildungsarbeit der Jusos im Bezirk Braunschweig zu optimieren. Dieses Wochenende wollen wir dazu nutzen uns gemeinsam die Fragen zu stellen: Wer sind wir und wofür stehen wir? Was bedeuten unsere Grundwerte Feminismus, Sozialismus und Internationalismus? Darüber hinaus wollen wir unsere Rolle als Jusos innerhalb unserer Mutterpartei beleuchten und uns mit dem Konzept der kritischen Solidarität sowie unserer Doppelstrategie auseinandersetzen. Darüber hinaus sollen Workshops angeboten werden, in denen die Grundlagen der politischen Arbeit vermittelt werden sowie methodische Fertigkeiten erlernt werden können.

Das Schwerpunktseminar

Das Konzept des Schwerpunktseminars resultiert aus dem Wunsch vieler Jusos die inhaltliche Projektarbeit zu intensivieren. Dieses Wochenende wollen wir dazu nutzen die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Juso-Jahres zu vertiefen und Debatten zu führen aus denen inhaltlich fundierte Anträge zur nächsten Bezirkskonferenz entstehen können. Wir möchten, dass alle Jusos die Möglichkeit haben die aktuelle Debattenlage im Bezirk sowie im Bundesverband aufzunehmen und aktiv zu gestalten. Dahingehend soll das Schwerpunktseminar auch dazu genutzt werden, den aktuellen Diskurs aus den jeweiligen Bundesprojekten wiederzugeben. Darüber hinaus soll an diesem Wochenende jedes Bezirksprojekt ausreichend Zeit zur Eigengestaltung erhalten.

Das „Breminar“

Wir wollen in diesem Jahr ein weiteres Seminar gemeinsam mit den anderen niedersächsischen Bezirken und der Landesorganisation Bremen veranstalten. Dabei soll Zeit gefunden werden für die inhaltliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen die durch die Bezirke/die Landesorganisation eingebracht werden. Außerdem soll dieses Seminar auch der Vernetzung zwischen den Bezirken/der Landesorganisation dienen, um die bisherige gute Zusammenarbeit unserer Verbände fortführen zu können.

Der Superjusetag

Das Konzept des Superjusetages dient der Auseinandersetzung mit spezifischen Themen im Rahmen der Juso-Arbeit. Ziel des Konzeptes ist es die Sitzungen unserer Projekte nicht

unter

der Woche individuell in verschiedenen Unterbezirken stattfinden zu lassen, sondern gemeinsam an einem Ort und an einem Tag - auf dem sogenannten Superjusotag. Bei dem Superjusotag, der viermal pro Jahr an einem Samstagvormittag starten soll, wird jedes Projekt einen Workshop anbieten. Nach der ersten Workshop Phase wird zunächst ein gemeinsames Mittagessen, nach der zweiten bzw. letzten Phase ein attraktives kulturelles Ereignis angeboten. Ziel des Super-Juso-Tags ist es, viele Juso- Mitglieder für die bezirksweite Projektarbeit zu gewinnen, die bislang durch das „alte Modell“ nicht aktiviert werden konnten.

Das Frühlingscamp

Mit dem Frühlingscamp haben wir ein erfolgreiches Seminarkonzept, um die inhaltliche Arbeit mit der Vernetzung der Unterbezirke zu kombinieren. Neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die Grenzen des eigenen Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten. Das Frühlingscamp soll dieses Jahr wieder 4-tägig organisiert werden. Dazu soll auch im Besonderen das Frühlingscamp Raum zur Freizeitbeschäftigung bieten, damit die TeilnehmerInnen aus dem Bezirk sich auch untereinander besser kennen lernen.

Niemals vergessen! – Gedenkstättenfahrten im Bezirk anbieten

Wir planen im nächsten Jahr mehrere Gedenkstättenfahrten an Orte des Erinnerns der Naziverbrechen zu organisieren. Wir sind davon überzeugt, dass das Erinnern und Gedenken an diese Verbrechen Teil unseres politischen Verständnisses ist – Nie wieder! Vor diesem Hintergrund möchten wir bewusst Orte innerhalb unseres Bezirks besuchen (Gedenkstätte KZ Außenlager Schillstraße, Gedenkstätte Salzgitter-Drütte, Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel ...) um aufzuzeigen, dass diese Verbrechen auch vor unseren Haustüren passiert sind.

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften

Im kommenden Jahr wollen wir die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften verstärkt in den Fokus nehmen. Die traditionelle Nähe der Jusos und der SPD zu den Gewerkschaften des DGB ist in den letzten Jahren immer mehr aus dem Fokus geraten. Wir sind davon überzeugt, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Gewerkschaften Fortschritte im Bereich des Arbeitskampfes gemacht werden können. Dafür wollen wir engeren Kontakt zu den Gewerkschaften in unserer Region pflegen. Ziel kann beispielsweise ein gemeinsames Seminar oder eine Tagesveranstaltung sein, bei der sich Jusos und Gewerkschaftsjugend austauschen und voneinander lernen können.

4. Bezirksprojekte

Feminismus

Obwohl seit mehr als 60 Jahren geschlechtliche Gleichberechtigung auf dem Papier garantiert ist, existieren noch immer patriarchale Strukturen. Der unbereinigte Gender-Pay-Gap von 21% sowie die Artikel 218 und 219a sind nur wenige von vielen Zeichen, die wir wahrnehmen sollten, denn Frauen erfahren immer noch Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts.

Feminismus bildet einen Grundbaustein der Juso-Arbeit und den für eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der es sich auch für Frauen lohnen soll zu leben.

Doch welche Herausforderungen stehen uns noch bevor?

Im folgenden Jahr wird sich das Projekt Feminismus vertieft mit dem Thema

Gleichberechtigung beschäftigen, wobei hier auf Maßnahmen zu den Ungleichheiten, vor allem in der Arbeitswelt, zwischen Mann und Frau eingegangen werden soll. Wie genau

können wir also gegen diese Differenzen vorgehen und wie schaffen wir es, das Arbeitsleben für Frauen angenehmer zu gestalten?

Aber auch das Thema Selbstbestimmung soll weiterhin nicht unangesprochen bleiben, denn der Kompromiss zu Artikel 218 und 219a ist noch keine Entwicklung, mit der sich zufriedengegeben werden kann. Die Selbstbestimmung der Frau steht hierbei immer noch weit im Hintergrund, was weiterhin Diskriminierung von Frauen bedeutet. Hierzu wird es Diskussionen geben, die im selben Zug auch Suche nach Lösungen bedeuten.

Gesundheit

Unser Gesundheitswesen betrifft uns alle wie kaum ein zweites Streitthema in der heutigen Tagespolitik. Umso kritischer ist es, wie weit wir noch davon entfernt sind, in einem Gesundheitssystem zu leben, das alle Menschen gleichberechtigt behandelt und nicht danach ausgerichtet ist, möglichst viel Profit zu machen, sondern einzig dem Wohl der Menschen verpflichtet ist.

Die Mängel sind zum Beispiel der ÄrztlInnen Mangel auf dem Land, die heutige Zwei-Klassen-Medizin, die Menschen systematisch benachteiligt, oder die Profitgier bestimmter Akteure im Gesundheitswesen, die das Wohl der PatientInnen oft in Gefahr bringt. Die Probleme sind so zahlreich und weitreichend, dass die Frage gestellt werden muss, wie wir uns ein Gesundheitssystem außerhalb der kapitalistischen Zwänge vorstellen. Wir müssen Zukunftsperspektiven erstellen, die nicht nur Lösungen auf die heutigen Probleme darstellen, sondern auch mit den Veränderungen des Gesundheitswesens in einer digitalen Gesellschaft fertig werden.

Im Projekt Gesundheit wollen wir genau dies machen. Wir wollen die Probleme unseres heutigen Gesundheitssystems analysieren, uns anschauen wie sich Gesundheit im Zeitalter des Internets verändert und Lösungen erarbeiten. Wir wollen formulieren, wie wir uns Gesundheit im Sozialismus vorstellen.

Internationales

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt)

Doch Frieden ist nur eines der essenziellen Gründe um Internationalismus zu leben. Soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit oder auch Menschenrechte müssen global beobachtet und umgesetzt werden. In Zeiten von aufkommenden Nationalismus in Europa, Südamerika oder auch in den USA müssen wir umso mehr für Internationalismus kämpfen!

Denn Juso sein, heißt InternationalistIn sein!

Internationalismus ist eines unserer Grundwerte, genau aus diesem Grund ist es besonders wichtig sich im kommenden Jahr mit Internationalismus Grundlagen, wie den Internationalen demokratischen Strukturen, genauso wie mit Internationalen Parteistrukturen zu beschäftigen. Wie sieht eigentlich ein Internationalismus Verständnis der Jusos aus? Was muss besser werden in der aktuellen Internationalen zusammenarbeite? Oder wie kann eigentlich eine Lösung des Russland Konflikts aussehen?

Fragen über Fragen über Fragen, das Internationalismus Projekt soll sowohl Grundlagen setzen, genauso wie weiterführende Diskussionen und mögliche Lösungen für Probleme beinhalten.

Medien

Medien sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, vor allem die neuen Medien werden für die jüngere Generation immer wichtiger und spielen eine immer größer werdende Rolle. In Europa gab es in den letzten Jahren einige Veränderungen die auch die Nutzung von neuen Medien, vor allem von Social Media Plattformen, betreffen. Viele BürgerInnen haben, wenn sie von diesen Veränderungen etwas mitbekommen haben, keine Idee was diese

Veränderungen tatsächlich bedeuten.

Solche Gesetzesänderungen müssen besser und früher kommuniziert werden damit die BürgerInnen die Chance haben sich zu informieren und ggf. etwas dagegen sagen können. Social Media hat einen großen Beitrag zum Erfolg von RechtspopulistInnen und von Enthemmung von Sprache geleistet.

Im Projekt Medien werden wir Jusos uns deshalb mit neuen Medien, tatsächlichen und notwendigen Regulierungen und Auswirkungen von neuen Kommunikationsformen auf unsere Arbeit auseinandersetzen.

Sozialismus

Nicht nur die zuletzt aufkommenden Debatten zum Thema Enteignung und Mitbestimmung brachten den Begriff des Sozialismus wieder in aller Munde.

In diesem Zusammenhang wollen wir uns einerseits mit den theoretischen Grundlagen hinter diesem Begriff auseinandersetzen. Was bedeutet eigentlich der Sozialismusbegriff im Namen unseres Verbandes und wo kommt er her? Was steckt hinter den Theorien von Marx und Engels und wie haben die Jusos diese für sich in der Vergangenheit angewandt? Andererseits wird es auch darum gehen, uns der Bedeutung des Sozialismus für die heutige Zeit und unsere aktuelle politische Analyse bewusst zu werden. Wie sieht ein jungsozialistischer Sozialismusbegriff im 21. Jahrhundert aus? Und welche Bedeutung hat der Sozialismus für unsere politische Arbeit? Wir wollen uns nicht nur mit den jüngsten Beschlüssen der Jusos zu diesen Fragestellungen auseinandersetzen, sondern auch aktuelle Themen im Kontext des Sozialismus beleuchten. Welche Antworten kann jungsozialistische Politik also beispielsweise auf die Klimafrage haben? Wie kann man ökologische und soziale Fragen gemeinsam beantworten? Welche demokratischen Mitbestimmungsformen kommen für uns in Frage? Mit diesen und weiteren aktuellen Fragestellungen wird sich das Projekt beschäftigen und versuchen, Antworten zu finden.

Gleichstellungsarbeitsprogramm

*„Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er ist kein Sozialist.“
- August Bebel*

Für uns Jusos als feministischer Richtungsverband ist die Gleichstellung der Geschlechter eine unserer wichtigsten Forderungen. Trotz vieler Errungenschaften, wie dem Wahlrecht für Frauen oder der gesetzlichen Gleichstellung, erkennen wir weiterhin eine grundsätzliche gesellschaftliche Diskriminierung der Frau*. Die Gleichstellung der Geschlechter ist für uns ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Zukunft und einer Gesellschaft in der alle Mitglieder frei und selbstbestimmt leben können.

Weil wir erkennen, dass auch unser Verband nicht frei von Diskriminierung ist, soll dieses Gleichstellungsarbeitsprogramm dazu dienen, die feministische Arbeit in unserem Bezirk in den Vordergrund zu rücken und die Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu fördern.

Straßenaktionen für jeden Unterbezirk

Um den Unterbezirken dabei zu helfen, sich aktiv zum Thema Feminismus zu positionieren, möchten wir ein Konzept ausarbeiten und den Unterbezirken zur Verfügung stellen, mit dem mit einfachen Mitteln eine Straßenaktion zum Thema Gender-Pay-Gap durchgeführt werden kann.

So erleichtern wir es auch kleinen Unterbezirken, eine feministische Aktion durchzuführen und das Thema der Lohnungleichheit intern sowie öffentlichkeitswirksam zu bearbeiten.

Awareness Teams

Auf mehrtägigen Veranstaltungen des Juso Bezirks werden wir Awareness Teams einführen. Diese sind keine „Seminar-Polizei“, die die Veranstaltung überwacht und Menschen zurechtweist, sondern vielmehr AnsprechpartnerInnen für Menschen, die sich während unserer Seminare unwohl fühlen.

Die Awareness Teams müssen aus mindestens zwei Personen bestehen und möglichst divers aufgestellt sein. Es muss immer mindestens eine Frau* Teil des Awareness Teams sein. Awareness Teams die aus zwei Frauen* bestehen sind möglich. Außerdem soll darauf geachtet werden, dass die Awareness Teams nicht bei jeder Veranstaltung aus denselben Personen bestehen und die Mitglieder sowohl aus den Reihen des Bezirksvorstandes als auch der Teilnehmer*innen kommen.

Um dem Awareness Team die Arbeit zu erleichtern soll eine kleine Handreichung erstellt und dem Team ausgehändigt werden, in der die Aufgaben und Ziele des Awareness Teams skizziert werden. Außerdem soll ein Awareness Telefon angeschafft werden, sodass das Awareness Team jederzeit erreichbar ist.

Feminismusprojekt jedes Jahr

In jedem Amtsjahr eines Bezirksvorstandes soll ein Projekt zum Thema Feminismus im Bezirk angeboten werden, um die kontinuierliche Arbeit zu diesem Thema sicherzustellen.

Feminismus-SuperjusoTag

Auch im kommenden Jahr wollen wir wieder einen SuperjusoTag zum Thema Feminismus anbieten. Dabei sollen EinsteigerInnen und Fortgeschrittenen Workshops zu unterschiedlichen Themen im Bereich Feminismus angeboten werden.

Frauenforum

Während es für Männer* stets ein leichtes scheint, Netzwerke aufzubauen und miteinander in Kontakt zu treten, ist dies für Frauen* oft weniger leicht. Männlich geprägte Machtstrukturen leben davon, dass sie sich aus männlichen Machtnetzwerken heraus stets selbst reproduzieren. Eben diese männlichen Machtstrukturen möchten wir Jusos durchbrechen. Aus diesem Grund wollen wir den Frauen* in unserem Bezirk ein Netzwerk schaffen, welches gleichzeitig dem politischen Austausch, aber auch der persönlichen Verbindung zwischen den Frauen* dienen soll.

Mit unserem Frauen*forum, welches sich alle drei Monate trifft, wollen wir es schaffen, die Frauen* miteinander bekannt zu machen und so auch im Rahmen unserer Empowermentstrategie die Mitarbeit der Frauen* im Bezirk stärken.

Genderplena

Uns ist bewusst, dass auch unsere Seminare nicht völlig frei von Sexismus und patriarchalen Strukturen sind. Aus diesem Grund wollen wir einen Schutzraum für Frauen* schaffen, in dem in geschütztem Rahmen Probleme angesprochen werden können. Diesen Schutzraum wollen wir durch Genderplena schaffen, die wir fest in den Ablauf eines jeden mehrtägigen Seminars einbauen. Bei eintägigen Seminaren muss immer die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf Genderplena einzuberufen. Besonders wichtig ist hier, dass alle Teilnehmer*innen zu Beginn des Seminars über diese Möglichkeit informiert werden.

Feminismus auf unseren Seminaren

Durch Bildungsarbeit schaffen wir die Grundlage für einen feministischen Verband, der patriarchale Strukturen überwindet und vollständige Gleichberechtigung schafft. Diese Bildungsarbeit muss im Rahmen unserer Bezirksseminare stattfinden, weshalb wir auf jedem unserer Seminare in Zukunft einen Block zum Thema Feminismus in den Ablauf integrieren wollen. So verdeutlichen wir den hohen Stellenwert, der dem Feminismus zukommt und schaffen einen Raum in dem auch Neumitglieder mit diesem Thema in Berührung kommen.

Zudem werden wir zu Beginn jedes Seminars eine kurze Einführung zu Redeverhalten und Diskussionskultur durchführen, um die allgemeine Sensibilisierung für das Erkennen und Vermeiden sexistischer Strukturen und Verhaltensweisen zu fördern.

Außerdem wollen wir darauf achten, dass auch bei den ReferentInnen Frauen* angemessen repräsentiert sind und vermehrt weibliche Referentinnen für unsere Seminare gewinnen.

Darüber hinaus achten wir darauf, dass die Teilnehmer*Innen unserer Seminare möglichst quotiert sind und Ungleichgewichte zu vermeiden.

Patinnenmodell

Wir erkennen, dass es vor allem bei der Mitgliederbindung von Frauen* immer wieder Probleme gibt. Wir wollen dem entgegenwirken indem wir den Frauen*, die neu in unserem Bezirk sind, jeweils eine erfahrenere Patin zur Seite stellen. So muss keine Frau* ihre ersten Erfahrungen bei den Jusos alleine machen und wir stellen sicher, dass auch die vor allem für Frauen wichtige persönliche Bindung gewährleistet ist.

Die persönliche Beziehung zu einer Patin kann sowohl dabei helfen, eine direkte Ansprechpartnerin bei Fragen zu haben, aber auch eine Person, mit der man gemeinsam zu Sitzungen und Veranstaltungen kommen kann. So können Hemmschwellen abgebaut werden, da sich viele Frauen* unwohl dabei fühlen, alleine an Veranstaltungen teilzunehmen, auf denen überwiegend Männer anwesend sind.

A1 Regulierung der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung

Regulierungen in der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung

Während die private Berufsunfähigkeitsversicherung für Arbeitnehmer*innen, aber auch für Selbstständige immer wichtiger wird, sind die verfügbaren Angebote durchweg teuer und diskriminieren Personen mit Vorerkrankungen. Langfristig müssen private Berufsunfähigkeitsversicherungen überflüssig gemacht werden, indem durch den Staat eine ausreichende Lösung über die Sozialversicherungen bereitgestellt wird, die Berufsunfähigkeit absichert. Bis hierfür ein sinnvolles Konzept umgesetzt ist, muss eine stärkere Regulierung der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung stattfinden, welche auch kurzfristig umsetzbar ist. Deshalb fordern wir:

1. Ein Verbot von Gesundheitsprüfungen in der Berufsunfähigkeitsversicherung. Fragen nach Vorerkrankungen der zu versichernden Person oder in der Familie der zu versichernden Person sollen unzulässig sein.
2. Einen Kontrahierungszwang in der Berufsunfähigkeitsversicherung. Versicherungsunternehmen sollen nur in Härtefällen oder wenn die zu versichernde Person bereits eine Berufsunfähigkeitsversicherung bei einem anderen Unternehmen abgeschlossen hat, die Versicherung der Person ablehnen dürfen.
3. Höchstbeitragsgrenzen, die sich an der abgesicherten Summe orientieren. Liegt die Beitragsgrenze bei 5% dürfte die Versicherungsprämie bei einer abgesicherten Summe von 1.000€ nur noch maximal 50€ monatlich betragen.

Begründung:

Zu 1.:

Durch seitenlange Gesundheitsfragen versuchen Versicherer, ihr Portfolio möglichst risikoarm zu gestalten. Personen mit Vorerkrankungen wird hier häufig sofort der Versicherungsschutz verweigert, oder aber die betreffende Erkrankung wird ausgeschlossen, sodass bei einem eventuellen Rückfall o.ä. kein Versicherungsschutz besteht. Häufig werden zudem die Beiträge um ein Vielfaches erhöht, wenn eine Person keine lupenreine Krankheitsgeschichte vorweisen kann. Dabei sind es genau diese Personen mit Vorerkrankungen oder anderweitig erhöhtem Krankheitsrisiko, die ihre Arbeitskraft besonders absichern müssen, um nicht bei einer Berufsunfähigkeit vor dem finanziellen Ruin zu stehen. Eine Berufsunfähigkeitsversicherung muss allen zur Verfügung stehen und darf nicht nur von ohnehin gesunden und/oder gutverdienenden Personen abgeschlossen werden können.

Zu 2.:

Um zu verhindern, dass Versicherer im Zuge der wegfallenden Gesundheitsprüfung vermehrt zu versichernden Personen den Versicherungsschutz verweigern, muss ein Kontrahierungszwang für Berufsunfähigkeitsversicherungen bestehen, ähnlich dem bei der Kfz-Haftpflichtversicherung. So kann allen Menschen der Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung ermöglicht werden.

Zu 3.:

So wird nicht nur verhindert, dass die Beiträge, die Versicherte bezahlen müssen, immer weiter steigen. Vor allem durch das Wegfallen von Gesundheitsprüfungen darf das vermeintlich erhöhte Risiko, das Versicherungen tragen müssen, nicht unangemessen auf die Versicherten umgelegt werden. Zudem kann durch Beitragsgrenzen gewährleistet werden, dass die ohnehin bereits sehr teuren Berufsunfähigkeitsversicherungen für alle leistbar werden. Die Berufsunfähigkeitsversicherung darf keine Luxusversicherung sein.

B1 Digitalisierung in Bildungseinrichtungen

Digitalisierung in Bildungseinrichtungen

Digitalisierung in Bildungseinrichtungen ist ein Kernelement der sozialen Teilhabe an einer Gesellschaft, in der die Nutzung digitaler Medien zur Normalität geworden ist. Der Ausbau und die Forderung digitaler Bildung an Schulen ist eine Chance für Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien zu erwerben und auszubauen sowie für Lehrkräfte die heterogene SchülerInnenenschaft individuell zu fordern. Digitale Bildung steht somit für Fortschritt und Bildungsgerechtigkeit. Um die Implementierung digitaler Medien in den Unterricht erfolgreich zu gestalten müssen Bildungseinrichtungen, SchülerInnen sowie Lehrkräften gewisse Ressourcen bereitgestellt werden. Daher fordern wir:

- Den Ausbau und die Modernisierung der digitalen Infrastruktur. Dies sollen die Anschaffung, die Erneuerung sowie die Instandhaltung der Klassenräume und digitaler Arbeitsplätze beinhalten.

Immer früher besitzen Kinder Smartphones, Tablets oder auch Laptops im privaten Bereich. Ein verantwortungsvoller Umgang mit diesen Medien ist leider nicht immer gewährleistet. Dort müssen unserer Meinung nach die Bildungseinrichtungen nachhelfen. Des Weiteren ist es für viele SchülerInnen ein großer Umbruch von der Grundschule auf die Weiterführende Schule zu wechseln, neue LehrerInnen, neue MitschülerInnen, neues Gebäude und viele andere Eindrücke, die auf die Kinder wirken, auch deshalb ist es sinnvoll bereits in der Grundschule mit digitalem Unterricht zu beginnen um nicht noch einen weiteren Umbruch zu veranlassen. Aus diesem Gründen fordern wir:

- Der Umgang mit digitalen Medien muss bereits in der Grundschule beginnen. Zwar soll nur ein geringer Teil des Unterrichts mit Tablet, PC und Co absolviert werden, die Intensität soll sich allerdings mit jeder Klassenstufe erhöhen.
- Des Weiteren sollen klassenspezifische Konzepte zur Nutzung der digitalen Infrastruktur unter der Einbeziehung der LehrerInnen entwickelt werden.
- Bereitstellung eines Stundenpools für Lehrende.
- Bereitstellung kostenfreier digitaler Geräte sowie notwendiger Lizenzen für LehrerInnen und SchülerInnen

Die SchülerInnen nutzen digitale Medien nicht nur für schulische Zwecke. Textdokumente verfassen oder ein pdf Dokument ausdrucken sind Sachen, die wichtig sind, doch die Medienkompetenz im außerschulischen Bereich ist so viel entscheidender: Welcher Quelle kann ich vertrauen, was sind Gefahren im Netz, wann darf ich was machen. Solche Fragen sind häufig viel entscheidender, deshalb soll in Schulen auch in Freizeitphasen aufgezeigt werden, wie verantwortungsvoller Umgang mit Medien aussehen kann. Auch deshalb fordern wir:

- SchülerInnen sollen ihre, von der Schule kostenlos bereitgestellten digitalen Medien auch zuhause nutzen dürfen und zwar auch für privates. Dazu soll ein sogenannter

„Schulmodus“ und ein sogenannter „Zuhause Modus“ eingeführt werden, in denen die Kinder

verschiedene Berechtigungen für das jeweilige Gerät erhalten und somit das Gerät optimal nutzen können. • Nicht nur die Unterrichtszeit, auch Freizeitphasen sollen dazu genutzt werden um Grundschulkindern verantwortungsvolles Benutzen von digitalen Medien aufzuzeigen.

Damit LehrerInnen die nötige Kompetenz besitzen den Kindern und Jugendlichen sowohl verantwortungsbewusstes Benutzen von Medien beibringen zu können, als auch die technischen Fähigkeiten vermitteln zu können, erhoffen wir eine medientechnische und medienpädagogische Schulung. Deshalb fordern wir:

- Einen verpflichtenden digitalen FührerInnenschein für alle Lehrerinnen und Lehrer in Form von Seminaren und Fortbildungen, auch weiterführende Seminare sollen Angeboten werden. Weiter soll Aufklärungs- und Präventivarbeit geleistet werden, damit den SchülerInnen auch in dieser Hinsicht beispielsweise im Umgang mit Mobbing oder Hass im Netz weitergeholfen werden kann. • An jeder Schule sollen sogenannte Medienbeauftragte eingestellt werden.

Wir wollen auch die soziale Verantwortung der Digitalisierung in Schulen berücksichtigen, deshalb fordern wir:

- „No bring your own devices“!

Alle Schülerinnen müssen das Gerät benutzen, welches die Schule für die Schulklassen anschaffen und nicht das, welches die Eltern gekauft haben, dadurch soll Diskriminierung und sozialer Ungerechtigkeit vorgebeugt und eine Gleichheit symbolisiert werden.

Wie zu Beginn angedeutet fehlen uns Visionen und Wagnisse für die Zukunft. Genau an diesem Punkt wollen wir einhacken und darlegen, inwieweit sich Schule anhand der Digitalisierung revolutionieren lässt.

Immer mehr Aufgaben werden an Tablets, Laptops, dem PC oder sogar am Smartphone erledigt. Diese Entwicklung begrüßen wir und wollen diese Art und Weise zu arbeiten weiter realisierbar machen. Diese Entwicklung im technischen und gesellschaftlichen Bereich wollen wir zum Anlass nehmen um eines der Grundpfeiler von Schulen anzupassen und an diesem zu rütteln. Dadurch, dass alles immer und überall mobil erledigt werden kann und kein Zwang an gewisse Gebäude und Bereiche gegeben ist fordern wir:

- Die Lockerung der Anwesenheitspflicht ab der 8. Klasse im Klassenraum. Freie Lernplätze in der Schule sollen alternative Aufenthaltsplätze darstellen

Des Weiteren stellen wir uns die mobile, digitalisierte Schule flexibler und individueller vor. Um dieses Ziel erreichbar zu machen soll eine EsLearning Plattform etabliert werden, die sowohl alle Schulbücher in digitaler Form beinhaltet, als auch verschiedene Lernangebote bereitstellt, damit SchülerInnen individuell lernen können. Ebenso soll diese Plattform auch dazu dienen, sich auszutauschen um sich gegenseitig helfen zu können. Deshalb fordern wir:

- Die Entwicklung und schließlich die Einführung einer EsLearning Plattform mit genannten Funktionen und Eigenschaften. Diese EsLearning Plattform soll für alle SchülerInnen kostenlos sein!

Außerdem wollen wir durch die immer stärker etablierte Nutzung von digitalen Medien eine generell papierfreie Schule anstreben! Dies soll mit steigender Klassenstufe zunehmen.

B2 Rassismus an Schulen nicht mit uns

Rassismus an Schulen – nicht mit uns!

Die Landtagsfraktion soll sich mit dem zunehmenden Rassismus an Schulen in Niedersachsen auseinandersetzen und geeignete Projekte und Maßnahmen zur Aufklärung und Demokratieförderung initiieren.
Rassismus an Schulen – nicht mit uns!

B3 Abschaffung der Begrenzung der Versicherung für Studierende auf den Zeitraum von 14 Fachsemestern

Abschaffung der Begrenzung der Versicherung für Studierende auf den Zeitraum von 14. Fachsemestern

Derzeit sind Studierende ab einem Alter von 25 Jahren...Studierenden zu nutzen“ durch: Derzeit ist es Studierenden ab einem Alter von 25 Jahren nicht mehr möglich über die Familienversicherung versichert zu sein. Sie müssen sich über eine studentische Krankenversicherung selbst finanzieren. Dieser Grundbetrag liegt bei ca. 66 € monatlich – zuzüglich Pflegeversicherungsbeitrag und Zusatzbeitrag der Krankenversicherung. Dementsprechend sind dann ungefähr 80-90 € fällig. Sollte während des Studiums das 30. Lebensjahr erreicht werden oder das 14. Fachsemester vollendet sein, fällt der*die Studierende auch aus der studentischen Krankenversicherung heraus. Er*Sie muss sich nun freiwillig versichern lassen, was deutlich höhere Beiträge nach sich zieht. Nach einer ermäßigten Übergangsphase von 6 Monaten, muss dann der Tarif von etwa 140 € zuzüglich Pflegeversicherungsbeitrag und Krankenkassenbeitrag erbracht werden

B4 Nachhaltige Bildungseinrichtungen

Nachhaltige Bildungseinrichtungen

Beim 24. Klimagipfel im vergangenen Jahr 2018 in Kattowitz wurde ein Kompromiss geschlossen, um ein internationales Regelwerk zur Umsetzung nationaler Klimaschutzziele zu erlangen. Verbindlich wurde sich auf das „Zwei-Grad-Ziel“ als oberstes Maximum, besser 1,5 °C geeinigt. Dieses Ziel, so war es allen bewusst, kann jedoch nur erreicht werden, wenn in den kommenden Jahren der Ausstoß von Treibhausgasen gesenkt wird. Zieht man eine Bilanz des bisher Erreichten, so sind viele Umweltverbände, Entwicklungshilfsorganisationen und Klimaforscher sehr enttäuscht. Laut Aussagen vieler Klimaforscher könnte selbst das gesteckte 2-Grad-Ziel, wenn es denn eingehalten würde, nicht weitreichend genug sein. Auch die UN-Klimakonferenz Ende Juni 2019 in Bonn zeigt, dass großer Handlungsbedarf besteht.

Die CO₂-Konzentration unserer Atmosphäre liegt heute um mehr als 40 % höher als im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung. Einige Folgen sind in den letzten Jahren spürbar geworden - Die Durchschnittstemperatur steigt, Hitzewellen kommen immer häufiger und neue Rekordtemperaturen werden erreicht. Dies ist nicht nur vor allem für kleine Kinder und ältere Leute problematisch, sondern führt zu Dürren oder Überflutungen. Ernten fallen schlechter aus und der Meeresspiegel stieg bereits um 25 cm an.

Auch wenn einige politische Kräfte wie Trump und Teile der AfD die menschliche Verantwortung darüber leugnen sind sich fast alle Wissenschaftler einig, dass der Klimawandel durch den Mensch - durch uns - ausgelöst wurde. 2015 sicherte die Bundesregierung zu ihrem Beitrag zu leisten um die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu beschränken. Um einen wirksamen Anteil zum Klimaschutz als eine der Industrienationen zu leisten, ist es unabdingbar die Probleme ernst zu nehmen und daher zu beschließen,

- Dass es wichtig ist uns zu positionieren und Klimaleugner*innen entgegenzutreten.
- Als klimabewusste Menschen, versuchen wir eine „klimaneutrale“ Gesellschaft aufzubauen, in der wir nicht mehr CO₂ und andere Gase entlassen, als die Erde vertragen kann.

Klimaschutz ist für uns auch immer eine Sozialdemokratische Angelegenheit. Vorschriften zum Biokonsum, High-tech Klima-autos und Co. Sind nicht von allen bezahlbar. Wir müssen versuchen alle in der Gesellschaft mitzunehmen und daher auch auf die Arbeitnehmer*innen Rücksicht nehmen und beispielsweise Jobalternativen durch Umschulungen bieten. Wer es sich leisten kann teurere

Produkte zu kaufen und wer nicht, wird vor allem in Schulen deutlich. Dabei sollten Schulen als Bildungszentrum gerade eine Vorreiter*innenrolle übernehmen und als klimaneutrale Wissensstätten verstanden werden. Gerade hier kann Klimaschutz mit Bildung verbunden werden.

- Unser Ziel ist es daher klimaneutrale Bildungseinrichtungen auszubauen.

Energieeffiziente (Gebäude)strukturen

- Die Gebäude der Bildungseinrichtungen müssen durch Sanierungen und Wärmedämmungen energieeffizienter umgestellt werden.
- Die Energieversorgung soll auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden
- und Zeitschaltpläne für elektronische Geräte und Beleuchtungen eingeführt werden – Drucker und Co werden meist nicht in der Nacht benötigt!
- Außerdem sollen Schulen auch auf eigene regenerative Energieversorgungen wie Solaranlagen zugreifen können.

- Auf dem gesamten Schulgelände sollten Behälter für eine effiziente Mülltrennung zur Verfügung gestellt werden.

Nicht nur im Schulalltag, sondern auch in der Verwaltung ist der Papierverbrauch mitunter noch enorm hoch und muss reduziert werden. Wir fordern daher

- Die Etablierung einer papierlosen Schulbürokratie
- Den Aufbau kostenfreier Möglichkeiten papierfrei zu arbeiten zum Beispiel durch kostenlose Scanner
- Vermehrte Einsetzung von digitalen Geräten

Mobilität

Ca. 15 % des globalen CO₂-Emissionen stammen aus dem Bereich der Mobilität und Transport. Immer mehr Kinder werden mit dem Auto quasi bis zur Eingangstür gebracht, dies ist weder Klimagerecht noch verkehrssicher. Wir streben einen Schulweg an, der ohne Individualverkehr bezwingbar ist.

Gerade Grundschulkindern sollten, wenn die Länge des Weges es zulässt einen sicheren Weg zu Fuß bestreiten können.

- Dafür sollen die Schulwege auf ihre Sicherheit kontrolliert werden und gegebenenfalls mit weiteren Lampen und Zebrastreifen ausgestattet werden.
- Zudem sollte geprüft werden, ob Optimierungsmaßnahmen wie die Aktion „Gelbe Füße“, „Walking Bus“¹ oder Schülerlotsendienst eingeführt werden können und sinnvoll erscheinen.

Außerdem soll die Möglichkeit ausgebaut werden mit dem Fahrrad zu fahren.

- Auch hierfür müssen die Schulwege auf ihre Sicherheit kontrolliert werden und die Radwege und Bordsteinübergänge ausgebaut werden.
- Außerdem müssen genügend Stellplätze für die Fahrräder zur Verfügung gestellt werden.

Falls die Schule weiter weg ist, sollte die Infrastruktur an ÖPNV entsprechend ausgebaut werden. Daher fordern wir

- den Ausbau des ÖPNV auf Schulwegen

Damit auch alle Kinder die Möglichkeit haben auf individuellen Autoverkehr zu verzichten, selbst wenn der Schulweg sehr lang ist,

- Mittelfristig müssen alle Schulkinder einen Zugang zu kostenlosen Fahrkarten haben, also auch in der Oberstufe. Langfristig bleibt die kostenlose Bereitstellung von ÖPNV unser Ziel.

Gastronomie

Die Art und Weise wie sich Deutsche ernähren und Getränke konsumieren führt allein hier schon bei einem CO₂ Ausstoß von ca. 2 Tonnen pro Person im Jahr! Sei es durch Methanausgase von Rindern oder die in der Landwirtschaft genutzten Lachgasemissionen. Ein Ökologischer Landbau würde zur Reduktion der Umweltbelastung beitragen. Mit Blick auf die CO₂-Äquivalente lässt sich feststellen, dass die effektivste Maßnahme aber nicht allein im Umstieg auf biologische Produkte, sondern auf der Vermeidung von tierischen Produkten liegt. Der hohe Fleischkonsum in den Industrieländern verknappt die weltweiten Flächen, die für Nahrungsmittelanbau zur Verfügung stehen. Deutschland importiert zum Beispiel jedes Jahr 4 Mio. Tonnen Sojaprodukte aus den Tropen und Subtropen (= ca. 1,3 Millionen Hektar fruchtbares Land!). 80 % dieses Imports wird an Tiere verfüttert. Auch der Flächenverbrauch ist bei pflanzlichen Produkten geringer. Die Forderung besteht aber nicht darin Fleisch aus den Kantinen komplett zu verbannen, sondern ein abwechslungsreiches gut schmeckendes und qualitativ hochwertiges pflanzliches Angebot zu schaffen und auszubauen. Auch sollte vermehrt auf regionale Produkte zurückgegriffen werden.

- Mehr kostenloses vegetarisches und veganes Essen in Mensen
- Verkürzung von langen Transportwegen durch mehr Kooperationen zwischen Mensen und Cafeterien und regionalen Lebensmittelanbieter*innen

Um Essensreste zu vermeiden soll zudem vor Ort geprüft werden ob ein Angebot mit 2 verschiedenen Portionsgrößen sinnvoll erscheint. Wichtig bei dem Angebot ist, dass es für alle Kinder bezahlbar bleibt.

- Ziel ist eine bestmögliche Vermeidung von organischem und anorganischem Abfall
- Zudem sollen alle Kinder an Wasserspendern ihre eigenen Trinkflaschen wiederbefüllen können
- Zudem sollte auf Einmalgeschirr verzichtet werden

Thema als Lerninhalt

Gerade Bildungseinrichtungen sind für eine Wissensweitergabe prädestiniert. Das Thema Klimawandel muss daher nicht nur im Unterricht (wie es teilweise schon der Fall ist) sondern möglichst auch durch AGn bespielt werden. Sei es, dass Kinder lernen können einen Garten zu bepflanzen, die Bildungseinrichtung einen kleinen begehbaren „Wald“ anpflanzt oder spielerisch den Aufbau von Windkraftwerken erklärt bekommen. In der Zukunft werden wir viel mehr Forschung als zu vor in diesen Bereichen benötigen und Kinder, die sich dafür interessieren daher frühzeitig fördern. Wir fordern daher,

- Die Einbindung des Themas Klimaschutz in den Schulalltag und wenn möglich das Anbieten von weiteren AGn, die die Kinder mit der Natur und dem Klima in Berührung bringen
- Die stärkere und fächerübergreifende Einbindung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Kerncurriculum

Finanzierung

Eine Bildungseinrichtung allein wird nichts verändern können. Jedoch könnten klimaneutrale Bildungseinrichtungen als Vorreiterrollen dienen und einen Multiplikatoreffekt einrichten. Unser Anliegen des Klimaschutzes ist ein globaler Kampf. Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung eines europäischen Fonds. Aus diesem sollen Teile der Sanierungsarbeiten und Co. Für die Schulen finanziert werden. Auch sollen Gelder durch die Bundesrepublik bereitgestellt werden. Die finanzielle Last darf nicht bei den einzelnen Kommunen liegen. Wir fordern,

- Die Entlastung der Kommunen durch die Regierung
- Eine gemeinsame Lösung für Europa und daher eine entsprechende umfassende Finanzierung

B5 Queere Bildung

„Queere Bildung“

Das Antragspaket „Queere Bildung“ besteht aus vier Antragsteilen, die wesentliche Schwerpunkte und damit Forderungen beinhalten. Die Aufteilung des Antrags ergibt sich daraus, dass die queere Bildung in verschiedenen Bereichen einfließen muss.

Queere Bildung als Pflichtmodul in Lehramtsstudiengängen

Forderung:

Nds. MasterVO-Lehr

Ergänzung §1 um den Punkt e) Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (LSBTIQ)

Wir fordern die Aufnahme eines Pflichtmoduls „Queere Bildung“ in die Lehrpläne des Grundstudiums für Lehramtsstudierende. „Queere Bildung“ an Hochschulen soll neben den Projekten, die sich an Schüler*innen richten, eine zusätzliche, große Säule der queeren Aufklärungsarbeit bilden. Die Umsetzung empfehlen wie folgt:

- Aufteilung des Moduls in zwei Teile
- Umfang von mindestens zwei Semester-Wochenstunden

Modul-Teil 1: Erwerb fachlicher Kompetenzen hinsichtlich Begrifflichkeiten und Ausprägungen sexueller Orientierungen und Identitäten

Modul Teil 2: Erwerb didaktischer Kompetenzen sowie Sensibilisierung hinsichtlich Sprache,

Körpersprache und Verhalten in Diskriminierungssituationen

Die erfolgreiche Teilnahme soll unabdingbar für das erfolgreiche Abschließen des Bachelorstudiums und/oder des Staatsexamens sein. Für die Bereitstellung eines jeweiligen Moduls sind an der jeweiligen Hochschule eine oder mehrere wissenschaftliche Mitarbeitende entsprechend weiterzubilden. Die Qualifizierung der Dozent*innen für das Fach „Queere Bildung“ obliegt den ausbildenden Fachkräften mittels eines Eignungszertifikats nach Ablegen einer Prüfung.

Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*phobie bieten in unserer heteronormativen Gesellschaft immer noch ein extremes Diskriminierungs- und Gewaltpotential. Für die Entwicklung eines Menschen sind besonders die Kindes- und Jugendtage prägend, die vornehmlich in der Schule verbracht werden.

Die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (LSBTIQ*) stellen besonders Lehrkräfte, die weder im privaten noch im beruflichen Kontext Berührungspunkte zu queeren Themen haben, vor eine große Herausforderung.

Lehrkräfte an deutschen Schulen besitzen und Lehramtsstudierende an deutschen Hochschulen erwerben, während ihrer Ausbildung, keine fachlichen und didaktischen Kompetenzen in diesem Bereich. Schüler*innen, die sich ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität nicht sicher oder bewusst sind, sind somit Diskriminierungserfahrungen seitens der Mitschüler*innen sowie der Lehrkräfte aufgrund fehlender fachlicher Kompetenzen sowie fehlender Sensibilisierung ausgesetzt.

Queere Bildungs- und Aufklärungsarbeit in Schulen wird aktuell durch Projekte realisiert, deren Mitwirkende zum Großteil ehrenamtlich mitarbeiten und welche sich mittels Workshops explizit an Schüler*innen richten. Diese Projekte bilden eine wichtige Säule in der Aufklärungsarbeit und geben den Schüler*innen die Möglichkeit Fragen direkt an LSBTIQ*-Personen zu richten, sodass diese Workshops direkt in die heteronormative Mehrheitsgesellschaft wirken. Die fachliche Weiter- und Ausbildung von Lehrkräften steht nicht im Mittelpunkt. Weiter stoßen diese Projekte an ihre Kapazitätsgrenzen.

Erweiterung des Bildungsauftrages der Schulen um LSBTIQ*-Themen

Forderung:

Erweiterung des Niedersächsisches Schulgesetzes §2 Absatz 1

Erweiterung des dritten Unterpunkts nach „Geschlechter“ um die Worte „Die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten“

Da seit kurzem das Aufgreifen von LSBTIQ*-Themen in den Lehrplänen (im Fach Werte und Normen und/oder Biologie) verankert ist, ist die Erweiterung des Bildungsauftrags nötig um die Bedeutsamkeit und Gleichstellung von LSBTIQ*-Themen gegenüber heteronormativen Werten zu untermauern.

Queere Bildung: Fortbildung für berufstätige Lehrer*innen

Forderung:

Schaffung eines bildungspolitischen Schwerpunkts: Fortbildung zu Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (LSBTIQ*)

Es gilt die Begründung aus Antrag 1:

Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*phobie bieten in unserer heteronormativen Gesellschaft immer noch ein extremes Diskriminierungs- und Gewaltpotential. Für die Entwicklung eines Menschen sind besonders die Kindes- und Jugendtage prägend, die vornehmlich in der Schule verbracht werden.

Die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (LSBTIQ*) stellen besonders Lehrkräfte, die weder im privaten noch im beruflichen Kontext Berührungspunkte zu queeren Themen haben, vor eine große Herausforderung. Lehrkräfte an deutschen Schulen besitzen keine fachlichen und didaktischen Kompetenzen in diesem Bereich. Schüler*innen, die sich ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität nicht sicher oder bewusst sind, sind somit Diskriminierungserfahrungen seitens der Lehrkräfte aufgrund fehlender fachlicher Kompetenzen sowie fehlender Sensibilisierung ausgesetzt.

Weiter gilt:

Durch die Verankerung der Aufklärungsarbeit hinsichtlich Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten in den Lehrplänen, durch die Aufnahme eines Pflichtmoduls „Queere Bildung“ in Lehramtsstudiengängen sowie die weitere Stärkung der externen Aufklärungsprojekte sind wichtige Grundsteine für eine diskriminierungsfreiere Schule. So wäre zwar für die kommenden Generationen eine Lösung geschaffen, eine akute Behebung des Problems, dass zu viele Lehrkräfte aufgrund von Unwissenheit, persönlicher oder politischer Einstellung, wäre nicht gegeben. Dies bietet Raum für Diskriminierung der Schüler*innen seitens der Lehrenden. Deshalb müssen Lehrkräfte, die sich bereits im Schulbetrieb befinden, eine Fortbildung zu Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten absolvieren. Die Schaffung eines bundespolitischen Schwerpunkts ist diesbezüglich unabdingbar, sodass Inhalte einheitlich sind sowie eine landesweite Pflicht zur Fortbildung besteht.

Förderung von queeren Aufklärungsprojekten

Forderung:

Die Fluktuation, bedingt durch den beruflichen/gesellschaftlichen Status der Teamenden, führt zu einer schwankenden Teamgröße, sodass die Anzahl der Workshops von der Größe des Teams abhängt. Eine stärkere staatliche Förderung solcher Projekte etwa durch Zuschüsse für Werbung, Infomaterial, Workshop-Ausstattung sowie Weiter- und Fortbildung der Teamenden würde eine mehr Sichtbarkeit der Projekte generieren. Die Unabhängigkeit dieser Projekte ist dabei stets zu wahren.

Wir fordern queere Aufklärungsprojekte gezielt mit Zuschüssen zu fördern und damit deren enorm wichtige Arbeit an Schulen zu würdigen und voranzutreiben.

Dieser Antrag ist als Folgeantrag zum Antragspaket „Queere Bildung“ zu verstehen. Queere Aufklärungsprojekte sind aufgrund ihrer Unabhängigkeit von Schulen sowie des autobiografischen Konzepts unabdingbar für queere Aus- und Fortbildung.

Jedes Kind hat und braucht Vorbilder. So etwa orientieren sich viele Kinder zunächst an ihren Müttern*, Vätern*, Geschwistern und/oder Großeltern. Zwischenmenschliche Verhaltensweisen werden dabei genau beobachtet und nachgeahmt und für „normal“ befunden. Kommen Kinder und Jugendliche in diesem Kontext nicht in Berührung mit Homo-, Bi-, Trans*- oder Inter*-Menschen, gehört es nicht zu deren Realität. Bei Konfrontation mit Homo-, Bi-, Trans*- oder Inter*-Sexualität im Alltag, etwa durch Mitschüler*innen oder Lehrer*innen, kann es seitens der Kinder und Jugendlichen schnell zu Diskriminierungshandlungen, Ablehnung und Anfeindungen kommen.

Queere Aufklärungsprojekte setzen genau da an. Zum Großteil Ehrenamtliche bieten in Schulen Workshops für Schüler*innen zum Thema Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen an. Hier geht es nicht etwa, wie oft von Gegner*innen behauptet, um Frühsexualisierung der Kinder und Jugendliche. Die Schüler*innen haben die Chance offen ihre Fragen zu stellen und vor allem diese Fragen Menschen zu stellen, die selbst Homo-, Bi-, Trans*- oder Inter*-Personen sind. Durch das autobiografische Konzept von queeren Aufklärungsprojekten können aktiv Berührungspunkte zu vermeintlich Unbekanntem abgebaut werden. Die Authentizität der Teamenden und die Tatsache, dass sie nicht zum Schulalltag gehören, hat einen positiven Einfluss auf Schüler*innen. Teamende in queeren Aufklärungsarbeiten bestehen zumeist aus Schüler*innen, Auszubildenden und/oder Student*innen, die zum Großteil unentgeltlich duzende Workshops an Schulen geben.

B6 Hochschulstandort Helmstedt: Studieren in der ehemaligen Universitätsstadt

Hochschulstandort Helmstedt: Studieren in der ehemaligen Universitätsstadt

In Tradition der ehemaligen Universitätsstadt Helmstedt fordern wir, dass sich die Landtagsfraktion dafür einsetzt wieder einen Hochschulstandort im Landkreis Helmstedt zu etablieren. Bisher wird bereits ein berufsbegleitendes Masterstudium (MBA, BBA) durch die Magdeburger Universität angeboten. Diesen ersten guten Schritt möchten wir durch die Ansiedlung mindestens einer Fakultät mit (Vollzeit) Bachelor- und Masterstudiengängen weitergeführt sehen. Wir fordern ebenfalls einen gleichwertigen Hochschulstandort für den Landkreis Gifhorn."

F1

Nordisches Modell auch in Deutschland durchsetzen!

Nordisches Modell auch in Deutschland durchsetzen!

Forderung:

Wir fordern die Bundestagsfraktion dazu auf, die Legalisierung von Prostitution rückgängig zu machen und stattdessen das Nordische Modell in Deutschland umzusetzen: Also Freier zu bestrafen und Menschen in der Prostitution zu entkriminalisieren. Dafür bedarf es echte sowie nachhaltig finanzierte Ausstiegchancen (Wohnung, Arbeit, Aufenthaltsrecht) und pädagogische und psychologische Schulungen von Polizei und allen beteiligten Behörden

Nur so kann Menschen eine Alternative zum Verkauf ihres Körpers ermöglicht werden. Es ist höchste Zeit, zu handeln!

Prostitution — das älteste Gewerbe der Welt? Dieses und viele andere Mythen begegnen uns, wenn wir uns näher mit diesem Thema befassen. Fakt ist, dass Deutschland seit der Legalisierung von Prostitution zum „Bordell Europas“ geworden ist: Circa 200.000 — 400.000 Menschen sind in der Prostitution tätig — der größte Teil von ihnen ist durch Menschenhandel und falsche Versprechen in das Rotlichtmilieu gelockt worden. Damit verstößt die Legalisierung klar gegen Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

2002 wurde Prostitution durch einen Gesetzesentwurf von SPD und Grünen legalisiert, was durch das Ziel motiviert war, Menschen in der Prostitution besseren Zugang zu Hilfe durch den Staat zu ermöglichen. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde erkannt, dass Menschen in der Prostitution durchschnittlich öfter von Gewalt betroffen sind: 82% der prostituierten Menschen erleben Formen von psychischer Gewalt, 92% sind von sexueller Belästigung betroffen, 87% von körperlicher Gewalt und 59% von sexueller Gewalt. Der Grundansatz war also kein schlechter. Auch das im Jahr 2017 verabschiedete Prostituiertenschutzgesetz verfolgt das Ziel, Menschen vor Gewalt — durch Zuhälter, durch Freier — besser zu schützen. Es beinhaltet u.a. eine Kondompflicht und strengere Auflagen zur Anmeldung. Festzuhalten ist jedoch, dass all diese Gesetze fehlgeschlagen und nicht hilfreich sind. Die Gewalt, die Menschen in der Prostitution täglich ausgesetzt sind, nimmt keinen Abbruch. Durch die Legalisierung ist es in Deutschland völlig selbstverständlich und nicht mit gesellschaftlicher Ächtung verbunden, einen Menschen für „Sex“ zu bezahlen. Es ist völlig normal, seinen Junggesellenabschied im Bordell zu feiern oder dort auf einen gelungenen Vertragsabschluss anzustoßen und sich sowie seine Kollegen dann mit einem Menschen zu belohnen. Der größte Teil von Menschen in der Prostitution kommt aus dem Ausland, meistens aus den ärmsten Teilen Südosteuropas, die Menschen sind Teil marginalisierter Gruppen und ethnischer Minderheiten. Durch die EU-Osterweiterung gab es einen massiven Anstieg von Menschenhandel nach Deutschland und einen starken Preisabfall — denn auch Prostitution ist den harten

Gesetzen des Kapitalismus unterworfen.

Um die Gewalt, die von Freiern und Zuhältern ausgeht, überhaupt auszuhalten, sind viele Menschen in der Prostitution drogen- und alkoholabhängig. Nicht selten leiden Menschen unter psychischen Folgen wie beispielsweise Dissoziationsstörungen (Abspaltung des Geistes vom Körper), Schlafstörungen, Traumata bis hin zu psychischen Belastungsstörungen (ähnlich wie von Kriegsüberlebenden oder Folteropfern). Circa 60% der Menschen in der Prostitution entwickeln eine voll ausgeprägte Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS). 67% der Menschen in der Prostitution nehmen Schmerzmittel ein, 33% Beruhigungsmittel. Auch körperliche Folgen sind oft vertreten, wie innere Verletzungen bis hin zur körperlichen Behinderung.

Prostitution hat negative Folgen für die gesamte Gesellschaft, in der Prostitution legal ist und als „Arbeit wie jede andere“ dargestellt wird. Menschen wird von klein auf vermittelt, dass es normal sei, einen Menschen zu kaufen. Dadurch, dass Prostitution eindeutig geschlechtsspezifisch ist — 93% der Prostituierten sind Frauen— besteht ein Ungleichgewicht in der Gesellschaft. Frauen gelten damit als Objekt, das potenziell käuflich ist. Prostitution ist Gewalt gegen alle Menschen *, da sie durch das System Prostitution zur (potentiellen) Ware werden. Solange Prostitution in Deutschland legal ist, kann es keine tatsächliche Gleichberechtigung geben. Wir können die strukturelle Gewalt, die tagtäglich an Menschen ausgeübt wird, nicht länger ignorieren, sondern müssen das System grundlegend ändern. Prostitution hat in Deutschland System und die hohen Steuersummen, die durch diese Industrie eingenommen werden, machen deutlich, was für ein mächtiger Wirtschaftszweig dahintersteht. Das System, das von organisierter Kriminalität durchzogen ist, kann gesetzlich nicht reguliert, sondern nur abgeschafft werden!

Prostitution stellt keinen emanzipatorischen oder gar feministischen Akt dar, sondern ist die Ausbeutung von (Menschen -) Körpern. Prostitution hat nichts mit körperlicher Selbstbestimmung zu tun, wie es von der Pro-Prostitutionslobby gerne dargestellt wird. Prostitution wird von Befürworterinnen und Profiteur*innen gerne als „Sexarbeit“ betitelt. Dies stellt einen blanken Zynismus dar, denn eine bezahlte Vergewaltigung (der Freier kauft ein Ja, das ohne das Geld ein Nein wäre) ist keine Arbeit.

Dabei stellt diese Lobby nur einen geringen Teil von Prostituierten dar — nämlich den Teil, der es vermeintlich ‚freiwillig‘ macht (auch bei denjenigen, die von sich sagen, sich „freiwillig“ zu prostituieren, steht meistens eine finanzielle Notlage dahinter.). Ein großer Teil der ProProstitutionslobby ist als Domina oder „Masseurin“ oder sogar selbst als Bordellbetreiberin tätig. Der Teil, der nicht jeden Tag von Freiern mehrmals täglich penetriert wird, um die die hohen Tagesmieten zu bezahlen und mit dem restlichen Geld zu überleben. Der überwiegende Teil von Menschen in der Prostitution kommt medial gar nicht zu Wort und wird auch nicht durch diese Lobbyverbände vertreten, da sie hierher verschleppt werden und kein Deutsch sprechen und an einem Ort nur wenige Wochen bleiben, da Freier immer wieder auf ‚frische Ware‘ bestehen. Die Bewertungen von Menschen in den zahlreichen Freierforen lässt erkennen, dass Prostitution gegen die Menschenwürde verstößt. Ungefähr 50% der Sexkäufer sind verheiratet oder leben in einer Beziehung. Täglich gehen ca. 1,2 Millionen Männer zu Prostituierten in Deutschland. Das Nordische

Modell wird auch Schwedisches Modell genannt, da Schweden 1991 das erste Land war, das dieses Modell der Freierbestrafung und Ausstiegshilfen für Menschen in der Prostitution eingeführt hat. Das nordische Modell gilt außerdem in Norwegen, Frankreich, Israel, Island, Kanada und Nordirland und der Republik Irland. Dadurch ist nicht nur die Nachfrage nach Menschen als Ware drastisch zurückgegangen, auch das gesellschaftliche Bild von Frauen* und Männern*, die gleichberechtigt zusammenleben möchten, hat sich verändert: Kinder und Jugendliche wachsen damit auf, dass Prostitution nicht zu einer gleichberechtigten Gesellschaft beiträgt. Befragungen ergaben, dass sich Jugendliche nicht vorstellen können, dass es in Ordnung sein kann, als Mann* allein für die eigene Trieb- und Machtbefriedigung einen Menschen wie ein Stück Fleisch zu kaufen. Warum hören Menschen nicht einfach damit auf? Um es mit den Worten von Dr. Ingeborg Kraus, Traumatherapeutin, zu sagen: „Weil Prostitution den Willen bricht. Diese Frauen sehen keine Zukunft für sich, sie haben keine Träume, keine Identität außerhalb der Prostitution. Sie sind auf dieses konstruierte Wesen der „Prostituierten“ reduziert und finden keinen Weg mehr da raus. Sie sind in ihrem Trauma und ihrer Scham eingesperrt.“ Wenn wir über Prostitution sprechen, dann sprechen wir auch darüber, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben möchten. Wollen wir eine Gesellschaft, in der Menschen käuflich und jederzeit verfügbar sind? Wollen wir eine Gesellschaft, in der männliche Sexualität als unkontrollierbar scheint und suggeriert wird, dass Menschen zur regelmäßigen Triebbefriedigung herhalten müssen, dass* Männer ein Recht auf „Sex“ haben?

Oder wollen wir in einer Gesellschaft leben, die allen die gleichen Rechte für ein selbstbestimmtes und freies Leben zusichert und damit Gleichberechtigung tatsächlich lebt?

Im Falle von letzterer Option ist die Einführung des Nordischen Modells unausweichlich. Die Ursachen für Prostitution müssen bekämpft werden, das bedeutet vor allem die Bekämpfung von Armut, um ökonomische Zwänge zu verringern, Sensibilisierung für Geschlechtergerechtigkeit ab der frühen Kindheit in allen Bildungseinrichtungen, Aufklärung über die Probleme bei der Prostitution und sexualisierte Gewalt muss gesellschaftlich stärker thematisiert sowie verfolgt werden. Außerdem sollte nicht zwischen Zwangsprostitution und freiwilliger Prostitution unterschieden werden, denn Zwang ist nicht immer die Pistole im Rücken, sondern auch die ökonomische Situation. Und auch der Austausch von Geld macht es nicht zu einvernehmlichen Sex. Bei der Befürwortung des Nordischen Modells ist zu betonen, dass nicht die Menschen in der Prostitution abgelehnt werden, sondern das System, das menschenverachtend ist. Prostitution abzulehnen bedeutet nicht, Prostituierte abzulehnen, sondern das System Prostitution verstanden zu haben — ein System, das die Freier erst begründen durch ihre Nachfrage. Mit dem Nordischen Modell wird der unbekannte Freier stärker in den Fokus gerückt und zur Verantwortung gezogen. Lasst uns nicht länger wegschauen, sondern den Feminismus ernst nehmen und für alle Menschen eine bessere Welt erkämpfen! Wir sprechen uns gegen Sexismus in der Werbung aus und kritisieren die dort stattfindende Objektifizierung, aber was ist mit der täglich stattfindenden Objektifizierung von Menschen in der Prostitution? Wir befürworten einen intersektionalen Feminismus, in dem alle Menschen ihren Platz finden und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden, aber was ist mit Menschen in der Prostitution? Prostitution ist intersektional diskriminierend; sie ist nicht nur geschlechtsspezifisch und damit sexistisch, sondern sie beutet auch die ärmsten der Armen aus und ist

rassistisch. Wir müssen auf die Ärmsten in dieser Kette schauen und nicht auf die Wenigen, die auf dem Rücken der Ärmsten ihr vermeintliches „Glück“ aufbauen.

Um es mit Audre Lordes Worten abzuschließen:

| am not free, while any woman is unfree, even if her shackles are very different from my own.

Es ist Zeit für das Nordische Modell in Deutschland!

F2 Änderung des Abstammungsrechts

Änderung des Abstammungsrechts

Wir fordern die Änderung des §1592 BGB „Vaterschaft“

Forderungen:

1. Ersetzen des Begriffs „Mutter“ durch „gebärende Person“
2. Ersetzen des Begriffs „Mit-Mutter“ durch Co-Elternteil Auch hier wird die geschlechtliche Identität des Co-Elternteils vorgegeben.
3. Anerkennung der Co-Elternschaft kraft der Ehe. Insbesondere Anerkennung der Co- Elternschaft einer Person, wenn diese mit der gebärenden Person bei Geburt des Kindes verheiratet ist. Explizite Änderungen des §1592 BGB:
 - 3a. Ersetzen des Titels mit dem Wort „Vaterschaft“ durch das Wort „Co-Elternschaft“
 - 3b. Ersetzen des Wortes „Vater“ durch das Wort „Co-Elternteil“ in den Abschnitten 1, 2 und 3
 - 3c. Ersetzen der Worte „der Mann“ durch die Worte „die Person“
 - 3d. Ersetzen des Wortes „Mutter“ durch „gebärende Person“
 - 3e. Ersetzen des Wortes „Vaterschaft“ durch das Wort „Co-Elternschaft“ in den Abschnitten 2 und 3.

Begründung:

Die Öffnung der Ehe war und ist ein wichtiger und symbolträchtiger Schritt in Richtung

Gleichstellung und Gleichberechtigung von homosexuellen Paaren. Die Ehe für alle bedeutet

jedoch nicht eine Elternschaft für alle.

Der von Katarina Barley bereits im März 2019 vorgelegte Entwurf zur Reform des Abstammungsrechts beinhaltet, unter der Berücksichtigung der nachfolgenden Annahmen,

dass die Stellung der Mutter weiterhin unanfechtbar und das Festhalten am Zwei-Eltern-

Prinzip gewährleistet ist, den zentralen Vorschlag: Frau als Mit-Mutter.

Analog zum Mann soll die Frau kraft der Ehe als zweites Elternteil anerkannt werden.

Insbesondere soll die Frau, die mit der Mutter verheiratet ist, bei Geburt des Kindes automatisch als zweites Elternteil anerkannt werden.

Die aktuelle Gesetzeslage regelt mit Paragraph 1592 BGB lediglich die Vaterschaft, welcher

mit der Öffnung der Ehe obsolet geworden ist. Weiter stellt der Begriff „Mutter“ für jenen

gebärenden Menschen, dessen geschlechtliche Identität von der Weiblichen abweicht, eine Benachteiligung dar.

F3 Eine neue Elternzeit: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine neue Elternzeit: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

1. Status Quo - erziehen wir nicht schon gleichberechtigt?

Noch immer sind es vor allem Frauen, die in heteronormativen Beziehungen* den Großteil der Erziehungsarbeit leisten. Das althergebrachte Klischee der "Frau am Herd", die für die Kindererziehung zuständig ist hält sich auch heute noch hartnäckig, und das obwohl der Großteil der Eltern der Meinung ist, bereits gleichberechtigt zu erziehen. Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren bereits einige Maßnahmen geschaffen worden, die darauf hinwirken sollten, dass Eltern gleichberechtigt erziehen und das Modell des "male breadwinners", welches zuvor Maßstab der Politik in diesem Feld war, dem Modell der "dual earner" weicht. Anstatt nur eines erziehenden Elternteils (i.d.R. die Mutter) sollte Erziehung und Erwerbsarbeit möglichst gleichberechtigt zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden. Vor allem das 2007 eingeführte Elterngeld in Kombination mit der Elternzeit sollte dabei einen Paradigmenwechsel einleiten.

2. Elternzeit und Elterngeld – wie sie aktuell aussehen

Die Elternzeit bietet Eltern eine Freistellung von der Arbeit für bis zu 3 Jahre pro Elternteil, mit einem Rückkehrrecht an den gleichen oder einen ähnlichen Arbeitsplatz im selben Unternehmen. Sie gilt dementsprechend nur für Menschen in einem Arbeitsverhältnis. Das Elterngeld soll das durch diese Freistellung wegfallende Einkommen von Eltern nach der Geburt eines Kindes ausgleichen. Grundsätzlich wird Elterngeld 12 Monate lang gezahlt - 14 Monate, wenn beide Elternteile zu Hause bleiben und mindestens 2 Monate Elterngeld in Anspruch nehmen. Seit 2015 ist es außerdem möglich, einen Monat dieses "Basiselterngeldes" in zwei Monate mit "Elterngeld Plus" umzuwandeln, hier wird dann auch die Auszahlung monatlich halbiert. Nach dem 14. Lebensmonat des Kindes ist dies die einzige Möglichkeit noch weiter Elterngeld zu beziehen. Diese Möglichkeit besteht jedoch nicht für befristet Beschäftigte oder Beschäftigte in Kleinstbetrieben mit weniger als 15 MitarbeiterInnen.

Die Höhe des Basiselterngeldes beträgt in der Regel 65% des Nettoeinkommens vor der Geburt, bei einer Beitragsbemessungsgrenze von 2270€ und einem Mindestbetrag von 300€.

Doch schaffen es diese Maßnahmen allein noch nicht, nachhaltig Gleichberechtigung bei der Kindererziehung zu schaffen. Denn noch immer büßen Frauen in den ersten beiden Jahren nach der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 80% ihres vorherigen Einkommens ein, auch 10 Jahre nach der Geburt ist dieser Verlust nicht aufgeholt, das Einkommen von Müttern liegt weiterhin ca 60% unter dem Einkommen, das sie vor der Geburt hatten. Deutlich werden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern vor allem bei der durchschnittlichen Inanspruchnahme

von Elterngeld. Väter nehmen im Schnitt 3,4 Monate Elternzeit, Mütter 13,2 Monate.

3. Probleme im derzeitigen Modell

Diesem deutlichen Unterschied, den das Elterngeld derzeit nicht aufzulösen vermag, liegen verschiedene Probleme zu Grunde.

Einerseits spielen bei der Verteilung der Elternzeiten zwischen Elternteilen häufig vor allem finanzielle Aspekte eine wichtige Rolle. So liegt es gerade bei dem aktuell in Deutschland angewandten Elternzeitmodell nahe, dass dasjenige Elternteil zu Hause bleibt, welches bereits im Vorfeld der ersten Geburt weniger verdient, um Einbußen, die durch das Elterngeld entstehen, möglichst gering zu halten. Hier liegt auch in queeren Beziehungen eine große Gefahr für ungleiche Aufteilung von Erziehungszeiten. In heteronormativen Beziehungen sind es die Mütter die längere Auszeiten aus dem Berufsleben nehmen - Frauen verdienen noch immer durchschnittlich deutlich weniger als Männer.

Denn andererseits spielt auch die Stigmatisierung von Frauen in der Arbeitswelt eine zentrale Rolle bei der Nichterreichung von Gleichberechtigung in den Erziehungszeiten. Frauen haben erschwerten Zugang zu einigen Berufen, da eine Schwangerschaft und damit verbundene Ausfallzeiten bereits von Arbeitgebenden antizipiert wird. Bei Männern hingegen wird nicht davon ausgegangen, dass sie durch eine Vaterschaft längere Zeit ausfallen. Und auch Frauen die bereits Kinder haben wird unterstellt sie seien „in Gedanken immer bei den Kindern“ und würden aus diesem Grund schlechtere Arbeit leisten.

Hinzu kommt, dass es nur sehr wenige Möglichkeiten zur Arbeit in Teilzeit gibt. Eine 40-Stunden-Woche ist die Norm und die Vorstellung, dass beispielsweise Führungspositionen in Teilzeit möglich sind, geschweige denn dass eine Teilzeittätigkeit zum Leben reicht, ist nicht verbreitet. So ist es also auch eine gesamtgesellschaftliche Haltung, die noch immer patriarchale Strukturen in Elternschaft und Berufsleben stützt und dafür sorgt, dass auch heute noch vor allem Frauen für die Kindererziehung zuständig sind, während die Väter das Geld verdienen sollen.

So ist die aktuelle Verteilung von Erziehungsarbeit und das geltende Elternzeit-/Elterngeldmodell also aus gleichstellungspolitischer Sicht alles andere als zufriedenstellend.

4. So geht's besser: Wie ein neues Elternzeitmodell aussehen kann

Wir fordern ein flexibles paritätisches Elternzeitmodell mit vollem Lohnausgleich

- Elterngeld muss bis zu 18 Monate gezahlt werden, jedoch nur wenn es durch beide Elternteile gleichberechtigt mindestens 6 Monate genutzt wird. Letzteres darf nicht für Alleinerziehende gelten. Für Mehrlinge müssen entsprechende zusätzliche Monate zur Verfügung stehen.
- Der Lohnausgleich muss 100% des Einkommens des jeweiligen Elternteils entsprechen, sodass keine finanziellen Einbußen durch die Erziehung eines Kindes entstehen.
- Bezugsberechtigt müssen alle in Deutschland lebenden Personen sein, unabhängig von der Art des vor der Geburt bezogenen regelmäßigen Einkommens und der Größe des Betriebes in dem ggf. gearbeitet wurde. So

müssen beispielsweise auch EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld oder Renten Elterngeld beziehen dürfen.

- Die Entnahme der Elternzeittage muss flexibel bis zum 8. Lebensjahr und die Entnahme von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ oder ganzen Tagen auch kurzfristig möglich sein. Dabei gehen wir von der Regelarbeitszeit aus. Diese beträgt 8 Stunden / Tag .
- Ein Rückkehrrecht auf eine gleichwertige Arbeitsstelle nach der Entnahme der Elternzeiten muss während des gesamten Entnahmezeitraums gewährleistet werden.
- Es dürfen keine Einschränkungen durch vorherige Elternzeiten entstehen. Für jedes Kind muss dieselbe Elternzeit zur Verfügung stehen.
- Für Adoptivkinder muss das Modell analog gelten

5. Was außerdem noch notwendig ist

Dabei stellen wir fest, dass diese Maßnahmen vor allem dazu beitragen müssen, gesellschaftlichen Wandel zu gestalten. Durch Anreize wie die paritätische Verteilung der Elternzeit kann es zur Normalität werden, dass beide Elternteile sich um die Erziehung der Kinder kümmern. Dies fördert nicht nur eine paritätische Aufteilung, sondern schafft auch Anreize zur Familiengründung: durch die Steigerung der Attraktivität von Teilzeitarbeit werden Vereinbarkeit von Familie und Beruf selbstverständlich. Familienfreundliche Unternehmensstrukturen sind also ebenso unerlässlich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie eine echte Wahlfreiheit für Eltern, wann und in welchem Umfang sie wieder ins Berufsleben einsteigen möchten. Hierfür sind auch Maßnahmen wie die kostenlose Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen notwendig.

Gleichzeitig müssen gegensätzliche Anreize abgeschafft werden. Beispielsweise trägt das veraltete Ehegattensplitting nicht dazu bei das Modell des „male breadwinners“ zu überwinden, im Gegenteil, es fördert dieses Modell noch zusätzlich. Ein neues Elternzeitmodell kann den Wandel hin zu Gleichberechtigung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar maßgeblich unterstützen, jedoch darf es nicht die einzige Maßnahme bleiben.

*Dieser Antrag bezieht sich in seiner Analyse zum Großteil auf heteronormative Paarbeziehungen mit einer Mutter und einem Vater, da diesen das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern inhärent ist. Selbstverständlich beziehen sich alle geforderten Maßnahmen immer auf Familien in jeglicher Form, unabhängig von den Geschlechtern der Eltern.

F4 Elternschutz statt Mutterschutz

Elternschutz statt Mutterschutz

Wir fordern die Einführung eines Elternschutzes anstelle des bisherigen Mutterschutzes. Anstatt nur der Person, die das Kind austrägt, besonderen Schutz zukommen zu lassen, muss sich dieser Schutz auf beide Elternteile erstrecken. Hierfür müssen nicht nur der schwangeren Person, sondern auch dem*der jeweiligen Partner*in alle Rechte, die sich aus dem bisherigen Mutterschutz ergeben, zustehen. Hierzu gehören:

- Schutz vor Kündigung
- Beschäftigungsverbot in den Wochen vor bzw. nach der Geburt des Kindes
- Sicherung des Einkommens während des Beschäftigungsverbotes

So soll die Elternschutzfrist wie bisher auch die Frist des Mutterschutzes 6 Wochen vor dem errechneten Geburtstermin beginnen und 8 Wochen nach der Geburt des Kindes enden.

Entsprechendes muss auch für Adoptiveltern gelten. Hier kann der Tag der Adoption als Stichtag für die Berechnung des Elternschutzes genutzt werden.

Begründung:

Während viele Paare bereits eine gleichberechtigte Beziehung zu führen glauben, ist meist die Geburt des ersten Kindes ein Rückschritt in patriarchale Beziehungsmuster. Dann bleibt in heteronormativen Beziehungen meist die Frau mit dem Kind zu Hause, während der Mann weiterhin Vollzeit arbeitet oder gar noch seine Arbeitszeit erhöht. Durch den Mutterschutz als alleinige Unterstützung für diejenige Person, die das Kind austrägt, festigt der Staat diese Strukturen. Bereits in den ersten Wochen ist vor allem die Mutter für das Kind zuständig, was durch die verpflichtenden 8 Wochen Beschäftigungsverbot bekräftigt wird.

Dabei spricht jedoch nichts dagegen, bereits von Geburt an Erziehung in einer Partnerschaft ebenso gleichberechtigt zu gestalten. Hierfür ist es jedoch notwendig, dass insbesondere Väter, aber auch generell die Partner*innen der schwangeren Person, denselben Schutz genießen wie die schwangere Person. So werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, weitere Erziehungszeiten gleichberechtigter aufzuteilen als dies bisher meist der Fall ist.

F5 Öffentlich – Rechtliche feministische Pornographie

Öffentlich-Rechtliche feministische Pornographie

Mainstream-Pornos zeigen in der Regel sexistische und rassistische Stereotype, in denen Konsens kein Thema ist und die bestimmten, „optimalen“ Körpertyp zum Standard erheben. In diesen Filmen wirkt Sex eher wie eine Performance oder Leistungssport: Alles funktioniert scheinbar auf Antrieb, es gibt keine Kommunikation zwischen den Darsteller*innen, kein Ausprobieren, Scheitern und Neu-Ausprobieren. Diese Darstellungsformen in Mainstream-Pornos können Konsument*innen in ihrer Sexualität und im Menschenbild nachhaltig beeinflussen. Auch Jugendliche starten damit viel zu oft mit völlig unrealistischen Vorstellungen in ihr Sexualleben und haben nicht die Möglichkeit ein selbstbewusstes Verhältnis zu sich, ihrem Körper, ihrer Sexualität und Gesundheit zu entwickeln. Dabei sammeln Kinder im Schnitt im Alter zwischen 10 und 12 Jahren Erfahrungen mit Pornographie. Ihr womöglich einziges Bild von Sexualität haben sie dabei aus einer verzerrten Form des Mainstream Pornos.

Schweden hat mit den „Dirty Diaries“ dieses Problem in Angriff genommen. Die „Dirty Diaries“ sind eine feministische Pornosammlung, die 2009 vom staatlichen Schwedischen Filminstitut finanziert wurden und fernab vom standardisierten Mainstream-Porno Menschen und Sexualität in all ihrer Vielfalt zeigt.

Dieser feministische Porno beinhaltet mindestens die folgenden Aspekte:

- Regisseur*innen und Produzent*innen, die die Vielfalt der Gesellschaft abbilden
- Gute und gerechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung
- Die Darstellung von Vielfalt an Körperformen, Geschlechtern, queere Sexualität, ethnischer Herkunft, Sexualität und Sexualpraktiken
- Die realistische Darstellung von Lust aller Beteiligten
- Verhütung (wenn nicht, dann nur im (dokumentierten) Konsens)
- Die explizite Darstellung von Konsens und Kommunikation

Es gibt also nicht den einen feministischen Pornofilm. Feministischer Porno ist die Gesamtheit aller den Definitionen folgenden Filmen.

Selbstverständlich können die Einführung und die Verfügbarkeit von feministischen Pornos nicht eine grundsätzliche Reformierung des Sexualkundeunterrichts ersetzen, sondern lediglich ergänzen. Unterstützend fordern wir aber, dass im Sexualkundeunterricht an Schulen auf die Verfügbarkeit feministischer Pornos verwiesen wird.

Da vor allem im Internet kostenlose Pornographie konsumiert wird, muss auch feministischer Porno gebührenfrei, dauerhaft und niedrigschwellig verfügbar sein. Daher fordern wir eine Filmförderung nach schwedischem Vorbild.

Eine solche Filmförderung ist über verschiedene Kanäle möglich:

- Als Sexualbildung über die Landes- und Bundeszentrale(n) für politische Bildung und die Landes- und Bundeszentrale(n) für gesundheitliche Aufklärung
- Als Filmförderung. Dieses Instrument ist denkbar im Rahmen einer Ausschreibung mit vorgegebenen Mindestkriterien, einer freien Bewerbung um Fördermittel oder einer Preisverleihung. Hierbei muss auf die Liste der Kriterien, deren Nachprüfbarkeit und/oder auf die Zusammensetzung der Kommission geachtet werden.
- Durch den Aufkauf und das kostenlose Verfügbarmachen in der Online-Mediathek der öffentlich-rechtlichen Sender. Wir fordern, dass die Altersfreigabe für Pornografie hierfür überprüft und ggf. herabgesetzt wird.

Wir fordern, dass die angeführten Kanäle geprüft werden und die Förderung über die geeigneten Kanäle und in wirkungsvoller Höhe begonnen wird.

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Frakturen in den Landesparlamenten auf, entsprechend tätig zu werden.

Die momentan gesellschaftsfähige Argumentation beruht auf der Methode der Verdrängung. Man möchte sich weder politisch noch pädagogisch mit diesem Thema beschäftigen. Der Fokus liegt sehr häufig auf der Vermeidung, dass Jugendliche und Kinder in Kontakt mit Pornos kommen. Dabei ist es kein Phänomen des digitalisierten Zeitalters, dass man in der Pubertät Erfahrungen mit Sexualität sammeln möchte und Interesse an unterschiedlichen Arten von Sex hat. Mit diesem Antrag soll auch ein Schritt in Richtung Enttabuisierung von ausgeübter Sexualität gegangen werden. Des Weiteren ist es wichtig ein realistisches Bild als Gegenangebot zum unrealistischen Mainstream Porno anbieten.

FI1 Abschaffung der SCHUFA – Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft

Abschaffung der SCHUFA – Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft

Einleitung

Die Schufa Holding AG ist eine privatwirtschaftliche Wirtschaftsauskunftei, die unter anderem Banken Auskunft über die Bonität von Kunden gibt. Dafür sammelt sie über 943 Millionen Einzeldaten zu 67,7 Millionen natürlichen Personen und 6 Millionen Unternehmen. Das Unternehmen mit etwa 900 Angestellten macht dabei einen Umsatz von etwa 190 Mio. (2016), vgl. Wikipedia.

Forderung:

Verbot von privaten Wirtschaftsauskunfteien, zur Bewertung der Bonität von Unternehmen und Personen. Als Ersatz wird eine unabhängige öffentliche Stelle geschaffen, die das Verfahren transparent gestaltet und den betroffenen Firmen bzw. Personen alle gesammelten Daten und Schlussfolgerungen kostenfrei Auskunft geben muss. Ihre primäre Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass sich Unternehmen und Privatpersonen nicht überschulden.

Begründung:

Bis auf die Sparkassen nutzen nahezu alle größeren Banken eine Bonitätsauskunft der Schufa. Dabei ist die Art und Weise, wie private Firmen, wie bspw. die Schufa, diese Auskünfte geben. Rechtlich gesehen handelt es sich hierbei, um ein Geschäftsgeheimnis. Somit hat die Arbeit eines einzelnen privaten und intransparenten Unternehmens die Macht über die Konditionen und die allg. Kreditvergabe von Unternehmen, Familien etc. Dabei hängen nicht in wenigen Fällen viele Existenzen an einer solchen Bewilligung. Grundsätzlich soll in diesem Antrag die Notwendigkeit einer solchen Auskunft nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr wird darauf hingewiesen, dass ein Fehler, den man aufgrund des Betriebsgeheimnisses nicht von außen aufdecken kann, dazu führt, dass sich Menschen kein Haus, Auto oder sonstige häufig dringend benötigte größere Anschaffungen nicht mehr leisten können. Ein gesellschaftsrelevantes Thema wie dieses muss in öffentlicher Hand sein, um Transparenz und Unbestechlichkeit sicherzustellen.

Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig Wir wollen einen Golden Globe für alle Menschen

Vorwort

Das vorliegende Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig ist Resultat der einjährigen Projektarbeit im Rahmen unserer Juso-Tagesseminarreihe („Super-Juso-Tage“). Jede und jeder aktive Juso im Bezirk Braunschweig hatte damit die Möglichkeit sich an der Erarbeitung des Juso-Grundsatzprogramms zu beteiligen und an der Ausgestaltung mitzuwirken.

Das Grundsatzprogramm hat dabei den Anspruch allen jungen, aber auch erfahrenen Jusos eine Orientierung unserer inhaltlichen Beschlusslagen in sämtlichen Politikfeldern zu bieten. Grundsätzliche Beschlüsse der Jusos aus dem Bezirk Braunschweig oder dem Juso-Bundesverband sind hierbei mit eingeflossen. Das Grundsatzprogramm erhebt aber keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist dahingehend auch veränderbar.

Deshalb sollen die aktiven Jusos dieses Programm auch laufend dahingehend überprüfen, ob man inhaltliche Aspekte um einige Themen erweitern oder gar in dem einen oder man künftig bei bestehenden Politikfeldern andere Inhalte vertreten möchte.

Wie der Untertitel des Grundsatzprogramms schon vermuten lässt, haben wir uns für dieses Schriftstück etwas Besonderes überlegt: Um den Anreiz vor allem für neue aktive Jusos zu erhöhen, sich ein inhaltliches Programm von mehr als 40 Seiten durchzulesen, haben wir sämtliche inhaltlichen Themengebiete mit einem Filmtitel bzw. in zwei Fällen mit einem Filmhelden und einer Filminstitution hinterlegt.

Wir hoffen euch vor allem mit dem letztgenannten Punkt viel Freude zu bereiten und dass alle Jusos aus dem Bezirk Braunschweig die Inhalte aus diesem Programm mit Leben füllen.

Inhaltsverzeichnis

1. Kill the Boss – Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat

- 1.1 Denn sie wissen nicht, was sie tun...
Kapitalistische Strukturen überwinden
- 1.2 Metropolis
Arbeit ist mehr als Broterwerb
- 1.3 Mockingjay
Unser Verhältnis zum Staat
- 1.4 The Hunger Games
Re-Regulierung des Arbeitsmarktes
- 1.5 Catching Fire
Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen
- 1.6 I, Robot
Arbeit & Industrie 4.0 nutzen
- 1.7 Die Rückkehr des Königs
Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 1.8 The Wolf of Wall Street
Finanzmärkte regulieren
- 1.9 Die fetten Jahre sind vorbei
Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben
- 1.10 Jäger des verlorenen Schatzes
Einführung der Vermögens- & Erbschaftssteuer

- 1.11 Let's make money
Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegenreten

2. American Beauty – Gleichstellung, Inklusion und Gesellschaftspolitik

- 2.1 Suffragette
Jusos als Teil der feministischen Bewegung
- 2.2 Kick it like Beckham
Patriarchale Strukturen durchbrechen
- 2.3 Billy Elliot - I will dance
Strukturkonservative Denk- und Verhaltensmuster überwinden
- 2.4 Brokeback Mountain
Für eine tolerante Gesellschaft
- 2.5 Fack ju Göhte
Inklusion statt Integration
- 2.6 Die Truman-Show
Informationelle Selbstbestimmung
- 2.7 An jedem verdammten Sonntag
Säkularisierung in Deutschland und der Welt voranbringen
- 2.8 Gladiator
Kritik an der Kommerzialisierung vieler Lebensbereiche
- 2.9 Bube, Dame, König, Gras
Für eine emanzipierte Drogenpolitik
- 2.10 Boyhood
Kinder- und Jugendbeteiligung stärken

3. James Bond 007 – Außen- und Sicherheitspolitik

- 3.1 Skyfall
No Border, No Nation
- 3.2 Im Angesicht des Todes
Kein Mensch ist illegal
- 3.3 Lizenz zum Töten
Waffenexporte und Kriegseinsätze unterbinden
- 3.4 Der Spion, der mich liebte
Umgang mit den USA
- 3.5 Liebesgrüße aus Moskau
Dialoge statt Sanktionen
- 3.6 Im Geheimdienst ihrer Majestät
Die EU nach dem BREXIT
- 3.7 Casino Royale
Armut in Drittstaaten bekämpfen
- 3.8 Sag niemals nie
Zwei-Staaten-Lösung in Nahost realisieren
- 3.9 Golden Eye
Arbeit von Geheimdiensten kontrollieren
- 3.10 Jagd auf Dr. No
Rechte Strukturen bekämpfen
- 3.11 Der Mann mit dem goldenen Colt
Für eine anonymisierte Polizeikennzeichnung

4. Der Club der toten Dichter – Bildung, Studium und Ausbildung

- 4.1 Das verwunschene Kind
Qualität in KITAs sicherstellen
- 4.2 Hogwarts
Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen
- 4.3 Der Stein der Weisen
KiWi-Prinzip ablehnen

- 4.4 Die Kammer des Schreckens
Sitzenbleiben und Noten abschaffen
- 4.5 Der Orden des Phönix
SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken
- 4.6 Die Heiligtümer des Todes
Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten
- 4.7 Der Gefangene von Askaban
Elternunabhängiges BaföG einführen
- 4.8 Der Halbblutprinz
Duale Ausbildung fördern

5. The Day After Tomorrow – Umwelt, Energie und Verkehr

- 5.1 Zurück in die Zukunft
Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen
- 5.2 Zurück in die Zukunft Teil 2
Erneuerbare statt fossile Energien
- 5.3 Zurück in die Zukunft Teil 3
Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben
- 5.4 Minority Report
E-Mobilität fördern
- 5.5 Höllentour
Fahrradinfrastruktur ausbauen
- 5.6 Wall-E
Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen

6. Rogue One: A Juso-Story – Unser Verhältnis zu anderen Organisationen

- 6.1 Eine neue Hoffnung
Erneuerung der SPD schreitet voran
- 6.2 Die dunkle Bedrohung
Bekämpfung der AfD
- 6.3 Die Rache der Sith
Umgang mit der Union
- 6.4 Das Imperium schlägt zurück
FDP als Regierungspartner?
- 6.5 Das Erwachen der Macht
Rot-Rot-Grüne Mehrheiten nutzen
- 6.6 Die letzten Jedi
Unser Verständnis vom Juso-Verband

1. Kill the Boss - Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat

Wir Jusos definieren uns als sozialistischen Richtungsverband. Der Widerspruch zwischen den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital stellt für uns den ersten Hauptwiderspruch innerhalb des Kapitalismus dar. Dieser muss aufgearbeitet und überwunden werden. Dabei spielen die politischen Themenfelder Arbeit, Wirtschaft und Soziales eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet SozialistIn bzw. JungsozialistIn zu sein. Im Folgenden werden daher zunächst unsere arbeits- und wirtschaftstheoretischen Inhalte skizziert, bevor wir praxisbezogene Handlungsfelder darstellen.

1.1 Denn sie wissen nicht, was sie tun... Kapitalistische Strukturen überwinden

Oberstes Ziel für uns Jusos ist es das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden. Basis unserer Kritik am Kapitalismus ist die marxistische Analyse. Der demokratische Sozialismus stellt für uns eine Alternative zur derzeitigen Produktionsweise dar.

Wir werden uns beim Kampf um den Sozialismus allerdings nicht treiben lassen: Bürgerliche Fragestellungen, wie ein demokratischer Sozialismus denn konkret aussehen soll, können nicht abschließend beantwortet werden. Es ist nicht entscheidend und schon gar nicht zielführend, diese Fragen als politische Minderheit heute beantworten zu wollen. Unser Ziel ist es vielmehr um eine gesellschaftliche Mehrheit zu kämpfen, die die heutigen Strukturen nicht mehr akzeptiert.

Ist dieser Schritt erfüllt – und nur dann – können Antworten auf die künftige Produktionsweise und den Wirtschaftsstrukturen erfolgen. Sozialismus ist demnach auch kein „Endzustand“ sondern eine immerwährende Aufgabe. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auf die Grundwerte der SPD, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu verweisen. Nur wenn diese Grundwerte für die zukünftige Gestaltung einer neuen Gesellschaft international zusammen mit politischer und wirtschaftlicher Demokratie für alle Menschen in allen Politikfeldern erfüllt sind, kann sich eine sozialistisch geprägte Gesellschaft entfalten.

1.2 Metropolis

Arbeit ist mehr als Broterwerb

Arbeit besitzt im Kapitalismus mehrere Funktionen: Zum einen tritt sie in Form von Erwerbsarbeit auf, die vor allem das Primäreinkommen von Menschen und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellt. Erwerbsarbeit kann dabei auch eine weitere Funktion von Selbsterfüllung und Identifikation beinhalten. Diese Funktion ist aber kein Automatismus.

Denn wie Marx im Kapital vom „Doppelt freien Arbeiter“ zynisch festgestellt hat, ist einE ArbeiterIn zwar von feudalen Verhältnissen befreit, aber auch frei von sämtlichen Produktionsmitteln. In diesem Zusammenhang ist einE ArbeitnehmerIn gezwungen, seine bzw. ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um überleben zu können – zur Not ist man also dazu gezwungen Tätigkeiten auszuüben, die man nicht ausführen möchte.

Darüber hinaus beinhaltet Erwerbsarbeit im Kapitalismus auch die Funktion der Kapitalakkumulation: EinE ArbeitnehmerIn wird stets ausgebeutet, bekommt also nur einen Bruchteil seiner bzw. ihrer erbrachten Leistung als Lohn oder Gehalt. Der restliche nicht vergütete Teil, der von Marx als „Mehrwert“ beschrieben wird, bleibt hingegen beim Arbeitgeber.

Für uns Jusos geht es also darum innerhalb des derzeitigen Wirtschaftssystems diesen beschriebenen „Mehrwert“ zu verringern, aber auch die Arbeit nicht allein auf die Form der Erwerbsarbeit zu reduzieren. So gibt es weitere Formen jenseits der Erwerbsarbeit, die wir vor allem auch aus feministischer Perspektive auf alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen verteilen wollen, da der Anteil der gesamtgesellschaftlichen sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeitszeit von Frauen zum einen niedriger ausfällt als der von Männern.

Andererseits wird die mit der Familien- und Sorgearbeit zumindest eine von den drei weiteren Arbeitsformen überdurchschnittlich stark von Frauen ausgeübt – oft ohne entsprechende Anerkennung. Schließlich tragen die Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit für viele Menschen mehr zur Identifikation und Selbsterfüllung bei als es die reine Erwerbsarbeit schafft. Die anderen Formen bilden die bereits genannte Sorgearbeit sowie Arbeit im Sinne von Bildung sowie ehrenamtliches Engagement. Es kommt für uns darauf an, auf die höhere gesellschaftliche Anerkennung der anderen drei Arbeitsformen hinzuwirken.

1.3 Mockingjay

Unser Verhältnis zum Staat

Der Kapitalismus produziert innerhalb von Volkswirtschaften ökonomische Ungleichheiten unter allen Individuen einer Gesellschaft, welches für benachteiligte Personen große Herausforderungen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verursacht. Deshalb benötigen wir aus jungsozialistischer Perspektive im derzeitigen Wirtschaftssystem einen vorsorgenden Sozialstaat, der eine Umverteilung von Reichtum von oben nach unten betreibt und somit das Ziel verfolgt bestehende ökonomische Verhältnisse auszugleichen.

Wir Jusos sehen aber als internationalistische Organisation auch Probleme in der Verteilung vom weltweiten Reichtum. Deshalb setzen wir es uns zum Ziel, die Unterschiede zwischen der westlichen Industriestaaten und den restlichen Schwellen- und Entwicklungsländern abzumildern. Die bestehenden Organisationen, namentlich mit Weltbank und WTO, reichen in ihrer heutigen Struktur nicht aus. Wir sehen eine Chance darin, die Europäische Union als Musterbeispiel dahingehend weiterzuentwickeln. Näheres hierzu wird in der Passage 2.6 erläutert.

Dennoch müssen wir festhalten, dass sich ein Staat stets aus ökonomischen Verhältnissen ableitet – also nicht autonom agieren kann. Es stellt sich folglich die Frage, ob ein Staat tatsächlich auch dafür genutzt werden kann, um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu überwinden. Letzteres ist aus unserer Sicht vor allem aus historischen Gründen zu verneinen.

Wir müssen vielmehr auf die bereits beschriebene gesellschaftliche Bewusstseinswerdung in der Zivilbevölkerung hinwirken. Hier kommt es allerdings zu einer Einschränkung, nämlich dass vielen Menschen über den Sozialstaat mehr Ressourcen wie Zeit, Geld, Bildungsmöglichkeiten und Selbstbewusstsein zur Verfügung gestellt werden können. Ein starker Sozialstaat kann also nicht für eine sozialistische Revolution genutzt werden, schafft aber für eine selbige langfristig die Voraussetzung. Das bedeutet natürlich für uns, dass wir innerhalb unserer Mutterpartei für Mehrheiten in sozialen Fragen kämpfen und uns nach Durchsetzung dieser Inhalte für eine starke SPD in Parlamenten auf allen Ebenen einsetzen.

Wir Jusos sehen den Staat daher als Mittel zur politischen Gestaltung, der die persönliche Situation vieler Menschen verbessert. Oder anders: Ein Staat soll ökonomische Ungleichheiten eindämmen anstatt dem freien Markt die Produktion und Reproduktion von Elend zu gewähren. Gleichzeitig werden so die Voraussetzungen geschaffen, dass sich jeder Mensch vom derzeitigen gesellschaftlichen Zustand emanzipieren kann.

1.4 The Hunger Games

Re-Regulierung des Arbeitsmarkts

Die Zahlen von der Bundesagentur für Arbeit scheinen seit Jahren durchweg eine positive Arbeitsmarktentwicklung zu kennzeichnen. Das Wort „Vollbeschäftigung“ macht bei vielen politischen Akteuren die Runde. Doch wie sieht es tatsächlich aus? Durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die rot-grüne Reformpolitik zu Beginn des neuen Jahrtausends haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland massiv zugenommen. Unter prekären Beschäftigungsverhältnissen versteht man jede Form der Erwerbsarbeit, die schlecht oder gar nicht bezahlt oder für den/die ArbeitnehmerIn unfreiwillig befristet und/oder in Teilzeit ausgeübt wird. Konkrete Formen dieser prekären 20 Arbeitsverhältnisse stellen demnach Leih- bzw. Zeitarbeit, Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor, Mini- und Midi-Jobs, sonstige befristete Jobs und Scheinselbständige über Werkverträge dar. Mit anderen Worten alle Beschäftigungsverhältnisse, die vom „Normalarbeitsverhältnis“ abweichen, also einer sozialversicherungspflichtigen 35- bis 40-Stundenwoche, die vertraglich unbefristet und deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn vergütet ist. Zu diesen „Normalarbeitsverhältnissen“ gehörten bis zu den vorgenannten deregulierenden Reformen in Deutschland knapp 90% aller ausgeführten Erwerbsarbeitsverhältnisse. Doch durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts besitzen mittlerweile nur noch knapp 70% aller ArbeitnehmerInnen 30 einen solchen Arbeitsplatz. Die Zunahme dieser auch als atypischer Beschäftigung bezeichneten prekären, also unsicheren Situationen für ArbeitnehmerInnen haben zwei zentral negative Auswirkungen auf die betroffenen Personen: Zum einen fühlen sie sich innerhalb ihrer Belegschaft als ArbeitnehmerIn zweiter Klasse. Ein anderer, noch relativ junger Forschungsaspekt der Hans-Böckler-Stiftung geht allerdings noch viel weiter: Denn die Studie hat ermittelt, dass sich atypische Beschäftigungsverhältnisse sehr negativ auf das Privatleben auswirken – und zwar viel tiefergehend als bislang gedacht. So gibt es eine sehr hohe statistische Abweichung für Trennungen bei Paaren in unverheirateten Beziehungen, in denen mindestens eine Person in einem atypischen Arbeitsverhältnis beschäftigt wird.

Insofern stellt die Studie fest, dass ein sicherer Arbeitsplatz nicht nur die materielle

Sicherheit schafft, die man zur allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe benötigt, sondern vielmehr auch einen Rückhalt für eine zufriedene Beziehung bietet. Letztlich fühlen wir Jusos uns in unserer Meinung bestätigt, die wir seit Jahren gegenüber Vorschlägen zur Gegensteuerung des demografischen Wandels vertreten: Wir benötigen keine Erhöhung des Kinder- oder Elterngeldes, um die Geburtenrate in Deutschland zu steigern. Vielmehr zeichnet sich eine progressive Familienpolitik durch eine deutliche Anhebung von sicheren und gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen aus. Dafür sind staatliche Korrekturen in der Gesetzgebung zu Hartz I & II erforderlich.

1.5 Catching Fire

Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen

Demokratie darf nicht am Werktor enden. Wir setzen uns als Jusos daher für den Ausbau betrieblicher und der unternehmerischer Mitbestimmungsrechte für ArbeitnehmerInnen aus. Betriebs- und Personalräte haben zwar als Vertretung aller ArbeitnehmerInnen ohne leitende Tätigkeiten in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs-, oder Arbeitszeiten relativ starke Mitbestimmungsrechte, jedoch sind die Mitbestimmung in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stark eingeschränkt. Deshalb fordern wir Reformen innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes, welche den Räten unter anderem bei Kündigungen gegenüber ArbeitnehmerInnen sowie bei Verlagerungen oder gar Schließungen von Produktionsstandorten stärkere Zustimmungsverweigerungsrechte zusichern.

Darüber hinaus fordern wir in diesem Zusammenhang ein festes Stimmrecht für VertreterInnen der Jugend- und Ausbildungsvertretungen (JAV) innerhalb der Betriebs- bzw. Personalräte, auch wenn es Angelegenheiten betrifft, die ihre Berufsgruppe nicht tangieren. Denn junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende sind keine MitarbeiterInnen zweiter Klasse.

Außerdem wollen wir eine vollparitätische Besetzung der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in den Kontrollgremien der Vorstände gewährleisten. Deshalb fordern wir innerhalb der unternehmerischen Mitbestimmung die Ersetzung des Drittelbeteiligungsgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes durch das Montanmitbestimmungsgesetz, welches für alle Kapitalgesellschaften unabhängig von Branche und Größe ausgeweitet werden soll.

Nur somit ist es möglich, dass sich innerhalb von Aufsichtsräten Vertretungen von ArbeitnehmerInnen und Anteilseignern auf Augenhöhe begegnen können. Bei der Besetzung ist ebenfalls darauf zu achten, dass 10 mindestens 40% aller Aufsichtsratsmandate durch Frauen besetzt werden.

1.6 I, Robot

Arbeit & Industrie 4.0 nutzen

Die Realwirtschaft befindet sich derzeit in einem Prozess der sogenannten vierten industriellen Revolution. Durch die fortschreitende Zunahme der Digitalisierung in der Erwerbsarbeitswelt stehen wir aktuell vor vielen Herausforderungen, auf die wir als sozialistischer Richtungsverband bereits jetzt Antworten finden müssen. Grundsätzlich sehen wir in diesem Strukturwandel jedoch mehr Chancen auf die allgemeine Verbesserung der Arbeitssituation in der gesamten Berufswelt. Dennoch muss dieser Prozess von uns begleitet und positiv beeinflusst werden.

Wie in fast allen Lebensbereichen steht der Zugang zu Bildung – in dem Zusammenhang zu Aus- und Weiterbildung – an erster Stelle, um die Teilhabe möglichst aller Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen. Denn eine Tatsache steht jetzt schon fest: Durch die steigenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt besteht die Gefahr, dass Menschen abgehängt werden.

Deshalb lehnen wir eine Verkürzung der Ausbildungsdauer sowie eine Modularisierung in der dualen Ausbildung ab. Zeitgleich setzen wir uns für eine gesetzlich verbindliche Regelung ein, dass jedem und jeder Angestellten vom Arbeitgeber eine Weiterbildungsmöglichkeit für einen gesetzlich festgelegten Zeitraum pro Jahr angeboten werden muss.

Darüber hinaus müssen wir bereits aktuell sichtbaren Tendenzen entgegenreten, die die Gesundheit von vielen ArbeitnehmerInnen negativ beeinflussen. Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen beispielsweise durch Homeoffice-Optionen zunehmend. Unter anderem haben sich dadurch und durch die gestiegenen Anforderungen im Beruf in den letzten zehn Jahren die psychischen Erkrankungen verdoppelt. Insofern bedarf es auch gesonderte Regelungen zum Gesundheitsschutz für ArbeitnehmerInnen unter Beteiligung der Gewerkschaften. Durch die allgemein ansteigende Produktivität sehen wir im Modell der Erwerbsarbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich ein zentrales Mittel, die Erkrankungen zurückzufahren.

In diesem Zusammenhang sehen wir viel Potential zur Umverteilung von Erwerbsarbeitszeit in der Gesellschaft: Denn viele Menschen, die zurzeit in Vollzeit beschäftigt sind, möchten ihre Erwerbsarbeitszeit gerne reduzieren; viele Teilzeitbeschäftigte wiederum möchten gerne mehr arbeiten. Wir benötigen also auch hier gute Instrumente zur staatlichen Regulierung, die wir als Jusos durch Beschlüsse zur Arbeitsversicherung mit integriertem Lebensarbeitszeitkonto bereits auf den Weg gebracht haben.

1.7 Die Rückkehr des Königs Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wir Jusos stehen für eine klassisch sozialdemokratische Fiskalpolitik ein, die Eingriffe vom Staat in konjunkturell angespannten Phasen als notwendig erachtet. Eine staatlich aktive Wirtschaftspolitik muss dabei antizyklisch und nachfrageorientiert handeln. Das heißt, dass in Phasen einer Rezession und Depression staatliche Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht werden, die möglichst schnell wieder einen Wirtschaftsaufschwung herbei führen. Finanziert werden sollen diese notwendigen Konjunkturpakete durch staatliche Mehreinnahmen, die als Rücklagen in Wirtschaftsaufschwungs- und Hochkonjunkturzeiten aufgebaut werden.

Das bedeutet, dass in schlechten Wirtschaftszeiten vom Staat niedrigere Unternehmenssteuersätze sowie bessere Abschreibungsbedingungen für Unternehmen gewährt werden. Gleichzeitig sollen höhere Investitionen vom Staat in den Wirtschaftskreislauf gegeben werden, unter anderem durch öffentliche Ausschreibungen sowie öffentlicher Förderung von Kurzarbeit und Weiterbildungsangeboten für ArbeitnehmerInnen.

Dabei halten wir fest, dass die eingeführte Schuldenbremse die Ausübung dieser Wirtschafts- bzw. Finanzpolitik fast unmöglich macht. Die Finanzierung von den SPD-Ministern vorgeschlagenen und umgesetzten Konjunkturpakete I & II aus der letzten Wirtschaftskrise 2008 & 2009 wäre mit einer bereits greifenden Schuldenbremse nicht möglich gewesen. Daher wollen wir die Schuldenbremse von Bund und Länder wieder abschaffen.

1.8 The Wolf of Wall Street Finanzmärkte regulieren

Um den ungezügelten Treiben auf den internationalen Finanzmärkten ein Ende zu setzen, fordern wir die Einführung einer international wirksamen Finanztransaktionssteuer (FTS oder Tobin-Tax) in Höhe von mindestens 0,05% für alle auf dem Finanzmarkt getätigten Transaktionen ein. Diese sind zunächst innerhalb des europäischen Finanzmarkts einzuführen. Mit einer FTS wird der Hochfrequenzhandel eingedämmt und der Finanzmarkt langfristig stabilisiert.

Gleichzeitig werden die Verursacher der letzten Finanzkrise an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt. Von den geschätzten Einnahmen in Höhe eines dreistelligen Milliardenbetrags innerhalb des europäischen Raums sollen Investitionen in die soziale Infrastruktur getätigt werden.

Sollte sich abzeichnen, dass eine Finanztransaktionssteuer international kurzfristig nicht realisierbar erscheint, stehen wir für eine national wirksame Börsenumsatzsteuer in Deutschland in Höhe von 0,1% ein.

1.9 Die fetten Jahre sind vorbei

Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben

Der Trend der ungerechten Lohnentwicklung in Deutschland ist unübersehbar. Zwar sind auch die Gehälter gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen zuletzt durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns real gestiegen. Dennoch zeigt die langfristige Perspektive, dass in den letzten zehn Jahren vor allem das oberste Zehntel der Angestellten unter anderem auch durch erfolgsabhängige Lohnzusatzleistungen überproportional zu den übrigen 90% der Angestellten von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitiert haben.

Der gestiegene gesellschaftliche Reichtum ist also auch unter den Beschäftigten ungleich verteilt worden. Unser Ansatz wie diese Entwicklung zugunsten der gesamten Gesellschaft korrigiert werden kann, liegt in einer Steigerung des Spitzensteuersatzes auf über 50%, welchen wir aus Gründen der Steuergerechtigkeit ebenfalls als sozial gerecht empfinden. Dies würde zu einer Ausgangslage führen, in der öffentliche Haushalte wieder deutlich mehr Spielräume zum Ausbau der sozialen Infrastruktur haben.

Gleichzeitig gilt es vor allem die mittleren und unteren Einkommensgruppen bis 30.000 EUR steuerlich zu entlasten. Darüber hinaus sind wir für die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Denn während Einkommen aus Arbeit derzeit progressiv mit bis zu 45% ab EUR 256.000 besteuert werden, liegt der Steuersatz für Zinserträge unabhängig von ihrer Höhe bei pauschal 25%.

Da unsere Auffassung von Steuergerechtigkeit vorsieht, dass Erträge aus Arbeit nicht höher besteuert werden sollen als Erträge aus Kapital, setzen wir uns für die Wiedereinführung eines progressiven Steuermodells bei Kapitalerträgen identisch zum Einkommenssteuermodell ein.

1.10 Jäger des verlorenen Schatzes

Einführung der Vermögens- und Reform der Erbschaftssteuer

Deutschland ist eine der reichsten Volkswirtschaften auf der Welt. Doch nicht nur das Einkommen sondern auch das gesellschaftliche Vermögen ist hierzulande sehr ungleich verteilt: Eine Studie der Deutschen Bundesbank aus 2016 belegt, dass das Median-Vermögen bei knapp EUR 60.400 liegt, während das arithmetische Mittel mit EUR 214.500 fast viermal so hoch ist. Dies ist ein 20 deutliches Indiz für eine starke Konzentration des Gesamtvermögens auf die reiche Hälfte der Gesellschaft. Wir wollen, dass die reichsten Menschen in der Gesellschaft deutlich mehr zum Zusammenhalt der Gesellschaft und damit dem Erhalt des sozialen Friedens beitragen als in der Vergangenheit. Daher stehen wir für die Einführung einer Vermögenssteuer ein.

Schätzungen gehen bislang davon aus, dass Vermögen, das ab einem Wert von 2 Mio. EUR mit 1% besteuert wird bis zu 16 Milliarden EUR als Mehreinnahmen in die Staatskasse spülen würde. Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass bei dem soeben vorgeschlagenen Freibetragsmodell in Höhe von 2 Mio. EUR 98% aller im Handelsregister erfassten Unternehmen keine finanzielle Mehrbelastung zu befürchten haben, mittelständische Unternehmen von der Reform also ausgeschlossen sind und keine arbeitsplatzgefährdete Situationen zu erwarten sind. Wir stehen darüber hinaus dafür ein, dass vererbter Reichtum ebenfalls stärker besteuert wird als bislang. Dazu sollen entsprechende Freibeträge als auch Steuersätze erhöht sowie Abschreibungsmöglichkeiten gemindert werden. Diese daraus resultierenden Mehreinnahmen könnten beispielsweise den Kommunen zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden und tragen damit einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit bei.

1.11 Let's make money

Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegentreten

Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war von einem Prinzip der Solidarität aufgebaut: Ein Mensch mit einem Arbeitsplatz war für einen arbeitslosen Mensch da, ein gesunder Mensch für einen Kranken, die Arbeitsgesellschaft für die Rentengesellschaft. Dabei kam den Unternehmen eine Sonderrolle zu. Sie durften gewinnorientiert wirtschaften, besaßen aber die gesamtgesellschaftliche Verantwortung das soziale Netz zur Hälfte mit zu finanzieren. Dies war die Geburtsstunde des deutschen Sozialversicherungssystems in der

Bundesrepublik.

Vor mehr als zehn Jahren kam es dahingehend jedoch zu einem gesellschaftspolitischen Bruch: Das Wort „Eigenverantwortung“ wurde salonfähig. Das heißt, dass alle ArbeitnehmerInnen zunächst mehr zur Verantwortung gezogen wurden und individuell aus ihrem eigenen Einkommen und Vermögen zusätzlich für ihre spätere Rente vorsorgen sollten. Darüber hinaus wurde die vollparitätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Pflegeversicherung zugunsten der Kapitaleseite auf den arbeitenden Teil der Bevölkerung verschoben.

Wir setzen uns daher für eine Rückkehr zur vollparitätische Finanzierung aller Säulen der Sozialversicherung ein. Gleichzeitig muss der gesetzliche Beitragssatz zur Deutschen Rentenversicherung angehoben werden, um die ergänzende Privatvorsorge der ArbeitnehmerInnen zur Sicherung des Lebensstandards in der Rentenzeit überflüssig zu machen. Außerdem ist die Pflegeversicherung dafür da, damit Kinder nicht die Pflege ihrer Eltern finanzieren müssen, entsprechende Gesetzeslagen sind dahingehend zu ändern. Zusätzlich zu diesen Reformvorschlägen möchten wir die Beitragseinnahmen durch eine Umgestaltung des Kranken- und Rentenversicherungssystems durch jeweilige BürgerInnenversicherungen gewährleisten, damit künftig alle Beschäftigungsverhältnisse ihren gleichen Anteil zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und die zusätzlichen Beitragseinnahmen zur Qualitätssteigerung im Renten- und Gesundheitssystem beitragen können.

Außerdem wollen wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung überführen, aus der unter anderem Weiterbildungsangebote finanziert und Ruhephasen innerhalb des Erwerbsarbeitslebens in privat relevanten Zeiten angerechnet werden können. In diesem Zusammenhang möchten wir die Regelsätze zur Grundsicherung für Langzeitarbeitslose deutlich erhöhen und Sanktionen abschaffen.

Wir stellen uns darüber hinaus gegen den neoliberalen Irrglauben, dass öffentliche Aufgaben durch Wettbewerb und einer Konkurrenzsituation effektiver von privaten Anbietern umgesetzt werden können. Unsere vorgenannten Steuerreformvorschläge sind demnach auch kein Selbstzweck: Wir wollen einen handlungsfähigen und gemeinwohlorientierten Staat, der Investitionen in die soziale Infrastruktur tätigt. Sei es beispielsweise für die Verkehrsinfrastruktur, für den öffentlich-sozialen Wohnungsbau, der Digitalisierung oder für staatliche Bildungseinrichtungen von der KITA über Schulen bis hin zu Universitäten. Teilprivatisierungen öffentlicher Straßen und Einrichtungen (PPP bzw. ÖPP) lehnen wir ab.

2. American Beauty – Gleichstellung, Inklusion und Gesellschaftspolitik

Wir Jusos definieren uns als feministischen Richtungsverband. Der Widerspruch der biologischen Geschlechter durch vorhandene patriarchale Strukturen ist für uns der zweite Hauptwiderspruch innerhalb des Kapitalismus, den es zu überwinden gilt.

Daher nehmen feministische Positionen in unserem Verständnis, was es bedeutet FeministIn bzw. JungsozialistIn zu sein, eine Sonderrolle ein. Wir besitzen darüber hinaus aber auch weitere Positionen zur Beseitigung anderer Diskriminierungsformen, die allesamt im Folgenden dargestellt werden.

2.1 Suffragette

Jusos als Teil der feministischen Bewegung

Frauen werden auch heute noch in vielen Lebensbereichen diskriminiert. Sexismus ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Wir verstehen Sexismus als Form des Rassismus, den es zu bekämpfen gilt. Wir tolerieren keine Bilder, in denen charakterliche Eigenschaften oder Fähigkeiten als „typisch weiblich“ bzw. „typisch männlich“ dargestellt werden.

Leider wachsen Frauen und Männer in unserer heutigen Gesellschaft von ihrer Geburt an in diese Rollenklischees auf. Babypuppen, Küchenspielzeug, Barbies und die Farbe rosa/pink sind für Mädchen; Legosteine, Carrera-Rennbahnen, Bauarbeitshelme und die Farbe blau für Jungs. Daraus leiten sich spätere sexistische Denkmuster für das Erwachsenenleben ab. Deshalb ist es uns wichtig auf ein Umdenken in der Gesellschaft hinzuwirken, welches bereits in der Erziehung ansetzt. Hilfreich hierfür sind (Aufbau-)Schulungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie eine moderne Literaturlausstattung für Kinder in der KITA und den

Grundschulen.

Doch Frauen leiden nicht nur unter Sexismus. Viele Frauen werden nicht nur jenseits der deutschen Grenzen Opfer von sexueller und sexualisierter Gewalt. Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat im Rahmen einer Studie analysiert, dass 40% aller Frauen in Deutschland seit ihrem 16. Lebensjahr Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Man geht hierbei davon aus, dass die Dunkelziffer der Opfer noch wesentlich höher ist. Das liegt damit zusammen, dass viele Opfer bislang aus Scham und Angst auf ihr gesellschaftliches Ansehen oder weiteren Übergriffen zögern, Hilfe zu suchen oder gar Anzeige zu erstatten – ein relevanter Anteil spricht sogar mit niemanden über die erlebten Verbrechen.

Hier setzt unsere feministische Arbeit an: Wir wollen gegen die Tabuisierung angehen und prangern diese gesellschaftlichen Verhältnisse an. Wir wollen den betroffenen Frauen damit helfen, aktiv aus ihrer Hilflosigkeit zu entkommen. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die gesellschaftlich-kulturellen Verhältnisse der biologischen Geschlechter hin: Viele Männer bzw. Jungs wachsen in einem traditionell geprägten Unterbewusstsein auf, ihre eigene Identität durch Kontrollausübung zu sichern. Dass sich aus diesem Identitätsverständnis heraus eine Gewalt an Frauen durch die Männer entlädt ist für uns in keiner Weise zu akzeptieren, macht aber deutlich wie wichtig in diesem Zusammenhang der Kampf gegen sexistisches Gedankengut von Kindheitstagen an ist.

In traditionellem Bewusstsein mit den weltweiten Frauenbewegungen aus der Vergangenheit und Gegenwart kämpfen wir als radikalfeministische Strömung dafür, strukturelle Diskriminierungen gegenüber Frauen zu überwinden und wir weitere Erfolge für zur Durchsetzung von Frauenrechten national und international erzielen können. Aus diesem Grund ist der internationale Frauentag für uns ein Tag, den wir politisch mit Aktionen und/oder 20 Diskussionsveranstaltungen zum Thema Feminismus begehen werden.

2.2 Kick it like Beckham

Patriarchale Strukturen durchbrechen

Ein praktisches Politikfeld zur Beseitigung der patriarchalen Strukturen stellt für uns der Arbeitsmarkt dar. Denn auch heutzutage leiden Frauen in der Arbeitswelt unter Unterdrückung: Laut statistischem Bundesamt erhalten Frauen in Deutschland noch immer knapp 21% weniger Bruttogehalt als ihre männlichen Kollegen. Einer von vielen Gründen für dieses sogenannte „Gender-Pay-Gap“ liegt laut dem Deutschen Institut für Wirtschaft an der unterschiedlichen Bezahlung verschiedener Branchen, die entweder stark von Männern oder von Frauen geprägt sind. So klafft zwischen Angestellten aus den weiblich dominierten Berufsgruppen aus der Altenpflege oder Kinderbetreuung eine große Lohnlücke im Vergleich zu der Branche aus den Bereichen der Technik und industriellen Produktion, deren Stellen hauptsächlich von Männern besetzt sind. Unser Ziel als Jusos ist es daher nicht nur für gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzustehen sondern vielmehr für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu kämpfen.

Das heißt, dass wir darauf hinwirken wollen, die strukturelle Trennung in klassische Frauen- und Männerberufe aufzubrechen. Hierfür ist es notwendig, dass erhebliche Lohnsteigerungen in den sozialen und sonstigen von Frauen dominierten Berufsfeldern erfolgen. Was bei der Bezahlung anfängt, setzt sich bei der Besetzung von EntscheidungsträgerInnen fort. Die meisten leitenden Stellen in der Wirtschaft werden durch Männer besetzt. In 76% aller Vorstände der börsennotierten Unternehmen in Deutschland (Dax, MDax, SDax, TecDax) sitzt keine einzige Frau.

Wenn man die jeweiligen Vorstandssitze gegenüberstellt, sieht es noch düsterer aus: 45 weibliche Vorstandsmitglieder sitzen 630 Männern gegenüber. Dies entspricht einer Quote von 6,7%. Diese skandalösen Verhältnisse müssen unserer Ansicht nach mit gesetzlichen Regelungen zur Mindestbesetzung von Frauen in Vorstandsgremien begegnet werden. Erfahrungen durch das in Kraft getretene „Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen“ zeigt uns, dass eine einzuführende Frauenquote in Höhe von 30% bei Aufsichtsratsmandaten geholfen hat.

So lag im Jahr 2016 der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten aller börsennotierter Unternehmen bei knapp 26% (Vergleich 2011: 10%). Dieses Gesetz muss für alle

Vorstandsgremien hinsichtlich eines Frauenanteils von mindestens 40% ausgeweitet werden.

So beschämend die Situation für Frauen in der Spitzenwirtschaft ist, in der Wissenschaft sieht die Situation nicht viel besser aus. Im Jahr 2015 waren 50,2% aller Studienabsolventen weiblich, der Frauenanteil für die sogenannten C4-Professuren - also vollumfängliche Lehrstühle mit mindestens einem /einer wissenschaftlichen MitarbeiterIn und einem höheren Haushaltsetat als andere Professuren - liegt lediglich bei 11%. Auch hier bedarf es härterer gesetzlicher Vorschriften als bislang, um diesen Missstand zu beseitigen.

2.3 Billy Elliot - I will dance

Strukturkonservative Denk- und Verhaltensmuster überwinden

Wir Jusos setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder sein Leben so bestreiten soll wie sie oder er möchte, sofern dadurch die Freiheit Dritter nicht beschränkt wird. Damit einhergehend werben wir dafür, dass individuelle Verhaltensweisen, die von strukturkonservativen Verhaltensweisen abweichen, genauso akzeptiert werden wie tradierte Verhaltensmuster. Zwar sehen wir grundsätzlich tradiertes Verhalten als kritisch an, sagen aber auch hier gleichzeitig: Wer sich durch die Ausübung von veralteten Verhaltensmuster erfüllt sieht und dabei andere gesellschaftliche Gruppen oder Einzelpersonen nicht diskriminiert, soll diese auch vorurteilsfrei ausüben können.

Neben diesem gesellschaftlichen Idealbild sagen wir aber auch deutlich: Wir Jusos sind kein spiritueller Richtungsverband. Wir setzen uns klar für die Gleichstellung der heterosexuellen Ehe im Hinblick auf andere sexuelle Orientierungen ein.

Wir begleiten alle Formen der Religionen und deren Interpretation und Ansichten kritisch, setzen uns aber gleichzeitig für die gleichberechtigte und freie Ausübung aller Religionen aus, sofern niemand diskriminiert wird oder anderweitig Schaden erfährt. Und wir bekämpfen mit aller Entschlossenheit tradierte Rollenbilder von Frauen und damit das Verständnis vieler Einzelpersonen von der Rolle der Frau innerhalb der Familie.

2.4 Brokeback Mountain

Für eine tolerante Gesellschaft

Mit großem Entsetzen haben wir in den letzten Jahren verfolgen müssen wie die Ächtung, Verfolgung und Gewalt gegenüber homo- und transsexuellen Menschen innerhalb Europas zugenommen hat. Wir stehen dafür ein, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht diskriminiert werden dürfen.

Aus diesem Grund klagen wir die politischen Kräfte an, die die gesellschaftliche und staatliche Diskriminierung von den betroffenen Menschen vorantreiben und legitimieren. Gleichzeitig sagen wir aber auch, dass wir vor der eigenen Haustür fegen müssen. Denn auch in Deutschland gibt es gesellschaftliche Kräfte, die Homosexuelle und Transsexuelle ausgrenzen oder gar körperlich attackieren. Homophobes Gedankengut ist auch in Deutschland allgegenwärtig. Wir tragen unseren Teil dazu bei, dass homophobes Verhalten innerhalb der Juso-Welt nicht toleriert wird.

Außerdem ist es das Ziel eines jeden aktiven Jusos außerhalb unserer politischen Arbeit im Freundes- oder Bekanntenkreis dagegen vorzugehen, sofern man mit einem solchen Verhalten konfrontiert wird.

Zusätzlich kämpfen wir auch dafür, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Ehepartnerschaften rechtlich gleichgestellt werden. Dazu gehört unter anderem auch die Möglichkeit einer Adoption von Kindern.

2.5 Fack ju Göhte

Inklusion statt Integration

In der politischen Diskussion wird der Begriff der Inklusion häufig reduziert auf den Inhalt der Integration von Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung an Schulen oder in der Gesellschaft. Diese Reduzierung ist genau genommen eine doppelte Reduzierung, nämlich zum einen auf eine gesellschaftliche Gruppe statt auf alle gesellschaftlichen Gruppen und zum anderen stellt sie eine falsche Definition von Inklusion dar. Denn im Gegensatz zur Integration verfolgt die Inklusion einen komplett anderen

Ansatz. So stellt sich ein integrativer Ansatz vor allem dadurch dar, dass eine Gesellschaft Menschen außerhalb ihrer Gesellschaft mit unterschiedlichsten Eigenschaften und Hintergründen die Möglichkeit bietet sich in die Gesellschaft zu integrieren, sofern sie die Werte dieser Gemeinschaft teilen. Im Gegensatz dazu zeichnet sich ein inklusiver Ansatz dadurch aus, dass die Werte dieser Gemeinschaft im Rahmen der Integration bzw. dann Inklusion stets überprüft oder gar verändert werden können und sich somit ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und Akzeptanz verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft entwickeln kann.

Wir Jusos sind geprägt von einem inklusiven Gesellschaftsleitbild. Wir möchten, dass alle gesellschaftlichen Gruppen voneinander lernen, neue Erkenntnisse gewinnen und sich von verstaubten einseitigen Wertevorstellungen verabschieden, um etwas neues entstehen zu lassen.

2.6 Die Truman-Show

Informationelle Selbstbestimmung

Im Allgemeinen setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in der Gesellschaft individuell über die Freigabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten entscheiden können. Zudem steht für uns fest, dass jedem Individuum eine Auskunft über die von ihm oder ihr gespeicherten Daten innerhalb von Unternehmen oder staatlichen Institutionen auf Anfrage erteilt werden muss.

Im Speziellen begehren wir gegen überdimensional vom Staat durchgeführte Sammlungen personenbezogener Daten inklusive digitalem Schriftverkehr und Telefonaten auf, bei denen insbesondere alle Gesellschaftsmitglieder pauschal überwacht werden. Der Schutz der Privatsphäre eines jeden Menschen ist ein hohes Gut, welches ausschließlich bei einer konkreten gesellschaftlichen Gefahrenlage für verdächtige Personen ausgehebelt werden darf. Deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung in der jetzigen Form mit aller Vehemenz ab.

2.7 An jedem verdammten Sonntag

Säkularisierung in Deutschland und der Welt voranbringen

Wir Jusos treten für eine konsequente Trennung zwischen Staat und Religion ein. Deshalb kämpfen wir Jusos weltweit gegen alle Organisationen, die dafür einstehen, religiöse Überzeugungen als Grundlage staatlicher Politik zu nutzen, um beispielsweise anders Denkende zu verfolgen oder die Ausübung einer anderen als die bevorzugte „Staatsreligion“ zu verbieten.

Neben der kritischen Überprüfung der internationale Situationen, geht es uns auch darum einzelne Aspekte in Deutschland zu kritisieren, die der innerstaatlichen Säkularisierung im Wege stehen. Da im Vorwort des Grundgesetzes von einer monotheistischen Religion die Rede ist („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen [...] hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“), kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich ein deutscher Staat komplett religiös neutral und säkular darstellt.

Weitere Indizien diesbezüglich lassen sich darin finden, dass der Staat den Einzug der (christlichen) Kirchensteuer organisiert, es in Deutschland eine hohe Anzahl von christlichen Feiertagen gibt und in einigen staatlichen Schulen Kreuze als religiöses Symbol des Christentums an den Wänden hängen.

Unser Ziel ist es daher auch Deutschland zu einem kompletten säkularen Staat umzuwandeln, indem wir die vorgenannten und weitere Beispiele anders gestalten, um so den Einfluss des Christentums auf staatliche Politik zu mindern.

2.8 Gladiator

Kritik an der Kommerzialisierung vieler Lebensbereiche

Damit sich vor allem junge Menschen frei entfalten und verwirklichen können, ist es erforderlich, dass zur Ausgestaltung von Freizeit viele kostenfreie Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Wir mussten dahingehend vor einigen Jahren viele Rückschritte in unserer Region erkennen. So wurden beispielsweise

großen kommerziellen Interessen Vorrang geboten. Auch wenn inzwischen auch wieder teilweise ein Umdenken in der Politik stattgefunden hat, sind Folgen dieser kommerziellen Fokussierung noch heute erkennbar.

Viele junge Menschen treffen sich heutzutage noch immer in groß angelegten Shoppingmalls anstatt in der Natur kostenfrei ausgebaute Freiflächen zu nutzen. Dies läuft darauf hinaus, dass sich junge Menschen, die aus Haushalten mit stark begrenztem Einkommen kommen, am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Wir stehen daher dafür ein, dass der Ausbau von vielfältigen öffentlicher Freiräume vorangetrieben wird, unter anderem auch zur unkommerzialisierten Ausübung sportlicher Aktivitäten.

Darüber hinaus setzen wir uns auch gegen sogenannte Alkoholverbotzonen ein. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört vor allem der Freiheitsaspekt, bei dem es Menschen auch möglich sein muss, an öffentlichen Plätzen legale Drogen zu konsumieren, anstatt den Konsum in teurere Lokale zu verbannen.

2.9 Bube, Dame, König, Gras Für eine emanzipierte Drogenpolitik

Wir halten fest, dass sich der Konsum von Drogen der staatlichen Kontrolle entzieht. Wir sehen daher in einer Prohibition kein geeignetes bzw. ein gescheitertes Mittel, gesundheitliche Gefahren von Menschen fernzuhalten. Denn durch den derzeit bestehenden Ansatz in Deutschland werden Maßnahmen zur Aufklärung einzig und allein auf die Kriminalisierung der KonsumentInnen und Verteufelung der Drogen an sich reduziert. Dieses durchweg konservative Vorgehen entspricht nicht unserem Ansatz, sich differenziert mit Drogen auseinanderzusetzen.

Wir setzen uns stattdessen für eine Legalisierung von Cannabis als Droge ein. Wir sehen in einem bewusst emanzipatorischen Ansatz eine Kehrtwende in der Drogenpolitik. Anstatt darauf zu setzen, KonsumentInnen in eine illegale Ecke zu stellen und sie an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu hindern, legen wir den Fokus auf Aufklärung. Wir fordern die Einrichtung staatlicher Abgabestellen in Deutschland, in der potentielle KonsumentInnen über die Gefahren des Konsums dieser und anderer Drogen aufgeklärt werden.

Zeitgleich wird durch eine kontrollierte Legalisierung auch der Schwarzmarkt bekämpft. Das bedeutet, dass man einerseits zusätzliche Steuereinnahmen erhält, um Aufklärungskampagnen und Therapien zu finanzieren. Andererseits bedeutet es, dass man KonsumentInnen vor unreinen Inhaltsstoffen wie Blei in gestreckten Waren und somit die Gesundheit dieser Menschen schützt. Vor allem letztgenanntes lässt den Schluss zu, dass wir grundsätzlich alle Drogen legalisieren möchten.

2.10 Boyhood Kinder- und Jugendbeteiligung stärken

Ein wichtiger Bestandteil zur nachhaltigen Schaffung und Aufrechterhaltung einer Demokratie ist das Lernen wie demokratische Entscheidungen ablaufen und wie man sich vor allem als junger Mensch in diesen Prozessen verhält. Wir sehen in der Kinder- und Jugendbeteiligung daher die Basis zur Weiterentwicklung demokratischer Strukturen innerhalb einer Gesellschaft.

Konkret befürworten wir die projektorientierte Kinder- und Jugendarbeit, da sie viele junge Menschen vor Ort abholt, die in erster Linie keine Berührungspunkte mit demokratisch organisierten Institutionen haben und oftmals zum ersten Mal selbst erfahren können, welche Vorteile es mit sich bringt, an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Unser Ansatz zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligungsmöglichkeiten reduziert sich allerdings nicht nur auf diese Form: Wir wollen ebenfalls das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre reduzieren und das unabhängig von der Nationalität eines bzw. einer EinwohnerIn. Außerdem stehen wir für den Ausbau der Beteiligungsrechte für SchülerInnen-, Studierenden- sowie für Jugend- und Auszubildendenvertretungen ein, die wir in diesem Programm in anderen Passagen erläutern. Um uns Jusos sowie anderen parteipolitischen Jugendverbänden die Möglichkeit zu bieten, sich finanziell unabhängiger von der Mutterpartei zu bewegen, wollen wir staatliche Fördermittel in diesem Bereich ausweiten.

Aus diesen Mitteln sollen unter anderem Schriftstücke und Aktionen finanziert werden, die unter anderem auch der Meinung der jeweiligen Partei widersprechen können.

3. James Bond 007 – Außen- und Sicherheitspolitik

Wir Jusos definieren uns als internationalistischen Richtungsverband. Dabei spielen die politischen Themenfelder Außen- und Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet InternationalistIn bzw. JungsozialistIn zu sein. Allerdings sind auch grundsätzliche innenpolitische Ausrichtungen in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Daher widmen wir uns in diesem Teil diesen drei Politikfeldern.

3.1 Skyfall

No Border, No Nation

Als InternationalistInnen sind Nationen für uns ein Konstrukt, welche es abzulehnen gilt. Denn Grenzen existieren in erster Linie nur im Kopf der Menschen und dienen historisch betrachtet zur Machterhaltung und -ausweitung von Herrschenden.

Für uns Jusos steht fest, dass wir Verhältnisse zwischen Herrschenden und Beherrschten langfristig überwinden wollen. Daher sehen wir unter dem Motto „One World“, dass alle Menschen selbst entscheiden sollen, auf welchem Teil der Welt sie leben möchten.

Wir verfolgen dabei nach wie vor den sozialistischen Traum, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer religiösen Überzeugung oder sonstigen „Merkmale“ weltweit als Brüder und Schwestern verstehen. Solange es aber das soziale Konstrukt der Nation gibt, setzen wir uns zumindest für Dialoge zwischen VertreterInnen aller Nationen ein. Denn internationale Konflikte können in den meisten Fällen nur durch Dialoge ausgeräumt werden. Daher werden wir selbst mit gutem Beispiel voran gehen und die internationale Zusammenarbeit mit unseren jungsozialistischen Partnerorganisationen innerhalb der Young European Socialists (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY) ausbauen.

3.2 Im Angesicht des Todes

Kein Mensch ist illegal

In Bezug auf unser politisches Ziel, dass nationale Grenzen überwunden werden sollen, stehen wir langfristig dafür ein, dass jeder Mensch selbst entscheiden darf, wo er oder sie auf der Welt leben möchte. Allerdings zwingt uns die aktuell bedrohliche Situation für schutzbedürftige Personen, die aus ihrem Heimatland Zuflucht suchen (Flüchtlinge), dazu Antworten auf ihre konkreten Probleme zu liefern. Aus unserem Selbstverständnis heraus fordern wir einen sofortigen Abschiebestopp für alle in der EU lebenden Menschen.

In diesem Zusammenhang lehnen wir sozialpolitische Sondergesetze ab, die Flüchtlinge diskriminieren. Ebenso sind Geflüchteten Rechte zur Ausübung einer Erwerbsarbeit sowie die Teilnahme an kostenfreien (Weiter-)Bildungsangeboten zu gewähren. Um Flüchtlinge auch zukünftig humanitär aufnehmen zu können, ist eine Schaffung von dezentral-organisierten Wohneinheiten entscheidend, die sich durch alle Wohnquartiere in Städten und Landkreisen erstrecken soll.

Eines muss aber auch deutlich werden: Zukünftig müssen alle EU-Staaten der humanitären Aufgabe nachkommen, eine international-solidarische Aufteilung von Flüchtlingen zu organisieren. Im gleichen Atemzug müssen sich die sozialdemokratischen und sozialistischen VertreterInnen innerhalb der EU-Gremien dafür einsetzen, dass sich nicht nur die inneren sondern auch die äußeren Grenzen der EU öffnen.

Die schrecklichen Gräueltaten der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX gilt es mit allen Mitteln anzuklagen. FRONTEX muss abgeschafft werden. Nur so wird die EU ihrer Verantwortung als Friedensnobelpreisträgerin gerecht.

Eines unserer wichtigsten Ziele ist es jedoch vor allem die Fluchtursachen international zu beseitigen. Die über die Medien von vielen politischen Organisationen verkürzte Darstellung, dass man insbesondere kriminelle Schlepperbanden bekämpfen muss, geht uns hier nicht weit genug. Mehr zur Beseitigung von Fluchtursachen ist dem Kapitel 3.7 zu entnehmen.

3.3 Lizenz zum Töten

Waffenexporte und Kriegseinsätze unterbinden

„Vom deutschen Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. “So lautete der gesellschaftliche Konsens nach der Befreiung der alliierten Streitkräfte vom faschistischen Regime in Deutschland. Inzwischen ist Deutschland hinter den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur auf der Welt. Die deutschen Waffen gelangen dabei über Direkt- oder Umwege in Krisengebiete und haben damit einen immensen Anteil für das Morden auf der ganzen Welt. Damit muss endlich Schluss sein.

Wir fordern aufgrund unserer sozialistisch-internationalistischen Ausrichtung und wegen unserer historischen Verantwortung den Stopp von deutsche Waffenexporten und die hiesige Rüstungsindustrie in zivile Produktion zu überführen.

Auch wenn die Friedenstradition in der politischen Linken eine große Tradition hat, ist es uns wichtig klarzustellen, dass wir kein pazifistischer Richtungsverband sind. Wir halten das Mittel zur humanitären Intervention für legitim, sofern die Vereinten Nationen (UN) ein militärisches Mandat erteilen – beispielsweise zur Abwehr von Völkermorden.

In diesem Zusammenhang halten wir jedoch die NATO in ihrer derzeitigen Struktur als reine Organisationseinheit, die oft Drohkulissen zur Sicherung transatlantischer Handelsinteressen aufbaut und sich weiterhin den Einsatz von Atomwaffen vorbehält. Wir setzen uns dafür ein die NATO und weitere Militärbündnisse abzuschaffen und die völkerrechtliche Entscheidung militärische Einsätze der westlichen Welt zu legitimieren einzig in die Hände der UN zu überführen.

3.4 Im Geheimdienst ihrer Majestät

Die EU nach dem BREXIT

Nachdem die britische Bevölkerung für den Austritt Großbritanniens aus der EU votiert hat, steht die EU in einer Zäsur. Damit die Zukunft der EU gewährleistet bleibt, reicht es nicht mehr aus, sie als Garant des Friedens in Westeuropa oder der Möglichkeit zu reduzieren, dass Menschen innerhalb der EU-Grenzen freizügig agieren können. Viele Menschen in Europa besitzen inzwischen eine so hohe Skepsis gegenüber dem EU-Projekt, dass man weitere Vorteile sowie weitere Potentiale innerhalb der EU herausstellen muss. Dafür ist es erforderlich, dass die EU von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer Sozialunion umgestaltet werden muss. Deshalb halten wir gerade in diesen Zeiten an unseren Forderungen nach einem europäischen Mindestlohn und einem europäischen Sozialversicherungssystem fest. Außerdem wollen wir die Gesetzgebungskompetenzen des Europäischen Parlaments erweitern, die es unabhängiger vom politischen Willen des EU Ministerrats macht. Ferner halten wir daran fest, dass nach der Verfassungsreform der Türkei zur Präsidialdemokratie die Verhandlungen der EU mit der Türkei zum EU-Beitritt nicht abgebrochen werden. Dieses Vorgehen wäre ein fatales Signal gegenüber der Hälfte in der Türkei lebenden Menschen, die man in ihrer aktuell schwierigen innenpolitischen Situation nicht alleine lassen darf. Wir wollen in diesem Zusammenhang darauf hinwirken, dass Menschenrechte in der Türkei wieder geachtet und sich die Opposition in der türkischen Gesellschaft perspektivisch verankern kann.

3.5 Casino Royale

Armut in Drittstaaten bekämpfen

Eines unserer größten politischen Ziele ist die Beseitigung von Armut in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf der gesamten Welt zu realisieren. Hierzu ist einer der zentralsten Maßnahmen die Beseitigung der Staatsschulden in diesen Ländern. Doch den Grund von Armut in Entwicklungsländern allein auf die Schuldenstand dieser Staaten zu reduzieren, ist jedoch nicht hinreichend. Sie ist nur eine Voraussetzungen, die erfolgen muss, damit sich die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessert.

Es ist ebenfalls erforderlich, dass eine international agierende Entwicklungshilfe von Staaten darauf abzielt, Korruptionen in den betroffenen Staaten abzubauen, die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Mikrokrediten für Kleinbauern auszuweiten und den Ausbau der Bildungsinfrastruktur voranzubringen. Letztgenanntes muss vor allem unter Berücksichtigung des freien Zugangs für Mädchen und Frauen umgesetzt werden, da vor allem der Großteil

von Frauen unter den Armutstrukturen leiden.

Mit dem bereits benannten Abbau der Korruption muss selbstverständlich der Abbau von undemokratischen Herrschaftsstrukturen einhergehen.

Doch nicht nur staatsinterne Probleme müssen bewältigt werden. Viele Industrienationen und Zusammenschlüsse tragen zur Armut in den Entwicklungs- und Schwellenländern bei. Vor allem protektionistische Maßnahmen der EU oder anderer Volkswirtschaften haben einen doppelt negativen Charakter: Zum einen behindern Zölle Agrarexporte aus den Entwicklungsländern, zum Anderen zerstören staatlich subventionierte Agrarprodukte aus den Industriestaaten den Markt innerhalb der Entwicklungsstaaten, da es günstiger ist, diese Waren zu importieren. Verstärkt wird das Problem durch deregulierte Spekulationen auf Rohstoffe und Nahrungsmittel, die oft zu niedrigen Preisen führen, wodurch viele Kleinbauern unter defizitären Einnahmesituation zu leiden haben.

Auch tragen Rüstungsexporte aus den Industriestaaten zur politischen Instabilität und zur elenden Situation der Menschen vor Ort bei. Eine ernst gemeinte Entwicklungshilfe, die von uns vertreten wird, macht es sich dabei zum Ziel alle genannten Gründe zur Armutsschaffung zu beseitigen.

3.6 Sag niemals nie

Zwei-Staaten-Lösung in Nahost realisieren

Die Geschichte hat uns gelehrt, dass ein Volk in einer Welt, die real durch nationale Grenzen und Denkweisen geprägt ist, einen eigenen Staat benötigt, um sich im schlimmsten Fall verteidigen zu können. Wir Jusos sehen daher das Existenzrecht Israels als selbstverständlich an. Die israelische Bevölkerung lebt aufgrund der Vergangenheit und dem Umstand, dass viele Bevölkerungsteile der umliegenden Nationen im Nahen Osten ihre Existenz grundsätzlich in Frage stellt, in ständiger Angst. Wir haben als deutsche politische Jugendorganisation die historische Verantwortung, Israel für den Fall einer konkreten Bedrohung stets Unterstützung zukommen zu lassen.

Um das Existenzrecht Israels langfristig international sicherzustellen, sehen wir es jedoch gleichzeitig als notwendig an, dass die palästinensische Gesellschaft einen eigenständigen und überlebensfähigen Staat mit allen dafür erforderlichen Infrastrukturbedingungen erhält. Wir erkennen dabei, dass viele PalästinenserInnen in großer Armut und Verzweiflung leben und ihre aktuelle persönliche Situation der zum großen Teil vorherrschenden Abhängigkeit zur rechten israelischen Regierung dafür verantwortlich macht. Dies führt unweigerlich zu Wut, Hass und voreingenommenen negativen Assoziationen gegenüber dem gesamten jüdischen Volk.

Wir Jusos stehen daher hinter unserem Ansatz der doppelten Solidarität. Dies ist unserer Auffassung nach die Voraussetzung, dass beide Völker in direkter Nachbarschaft in Frieden und Sicherheit leben können. Um den oft in kriegerischen Auseinandersetzungen vorherrschenden Konflikt der beiden Gesellschaften zu lösen, sehen wir es als unabdingbar, dass Friedensverhandlungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen aufgenommen werden, bei der beide Seiten diese Zwei-Staaten-Lösung und den sofortigen Stopp des Siedlungsbaus auf palästinensischen Gebiet als Minimalkonsens in die Verhandlungen einbringen.

Unser Ziel ist es als Jusos die linken, progressiven Kräfte in beiden Gesellschaften zu unterstützen, einen erneuten Friedensprozess zu starten. Dazu stehen wir absolut hinter dem Konzept des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem (WBC), welches seit über 20 Jahren trilaterale Beziehungen zu den progressiven Kräften unserer internationaler Partnerorganisationen und weiteren NGOs führt.

3.7 Golden Eye

Arbeit von Geheimdiensten kontrollieren

Die Arbeit der drei deutschen Geheimdienste, der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärische Abschirmungsdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit seinen 16 Landesverfassungsschutzämtern, ist in den letzten Jahren stets in die öffentliche Kritik geraten. Ob Ermittlungsspannen in der Mordserie der NSU, Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten hinsichtlich Spionagen auf eigenem Staatsgebiet oder nicht weiterverfolgten

Hinweisen über verfassungsfeindliche Bundeswehroffiziere: Die Geheimdienste scheinen bei allen Pannenserie blind auf dem rechten Auge zu sein.

Ein Beleg dafür ist neben der öffentlichen Aufarbeitung von Fehlverhalten der Behörden ebenfalls die Historie der deutschen Geheimdienste, in denen es stets zu (Abhör-)Affären gegenüber Abgeordneten und weiteren EinwohnerInnen Deutschlands vor absurden Hintergründen kam.

Auch wenn man die Kritik der jeweiligen Geheimdienste differenziert ausüben und sich den Zustand jedes einzelnen Amtes genau analysieren muss, stellen wir deutlich heraus, dass alle drei In- und Auslandsgeheimdienste strukturell reformiert bzw. in der jetzigen Form abgeschafft werden müssen. Bezüglich einer Reform der Behörden merken wir an, dass Abgeordnete aus Bundes- und den Landtagen jederzeit Einblicke über die Arbeit aus allen ihnen zugeordneten Ämter erhalten müssen. Darüber hinaus dürfen wissenschaftlich obsolete Ansichten wie die Extremismusklausel keine Grundlage für geheimdienstliche Arbeit sein. Bezüglich einer grundsätzlichen Abschaffung fügen wir an, dass wir den Sinn und Zweck des MAD nicht nachvollziehen können, da seine Aufgabenbereiche sowohl von den Verfassungsschutzämtern und dem BND ausgeführt werden können.

Letztlich wollen wir auch die Prüfung der Notwendigkeit von Verfassungsschutzbehörden vorantreiben, da wir davon ausgehen, dass eine in sich gefestigte Demokratie nach dem Zusammenbruch einer in direkter Nachbarschaft befindlichen diktatorischen Weltmacht zum einen durch andere Instrumente wie Meinungs- und Pressefreiheit sowie durch einen Ausbau der demokratisch legitimierten Polizeinfrastruktur geschützt bleibt.

3.8 Jagd auf Dr. No

Rechte Strukturen bekämpfen

Wir kämpfen als Jusos gegen alle Formen von nationalistischen und völkischen Ideologien. Vor allem das Erstarken der AfD, rechten Teilen der Union und autonomen rechtsradikalen Organisationen in den letzten Jahren macht deutlich wie wichtig der Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland ist. Doch auch international gibt es seit Jahren deutliche Zeichen dafür, dass rechtes Gedankengut in weltweiten Gesellschaften wieder salonfähig wird. Das zeigen die Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien und Einzelpersonen in zahlreichen europäischen Ländern oder in den USA. Die jeweiligen innenpolitischen Entwicklungen sind dementsprechend für uns erschreckend, gesellschaftliche Abschottung statt Öffnung scheint für breite Bevölkerungsschichten die Antwort auf viele gesellschaftlichen Herausforderungen zu sein.

Auch die Presse- und Meinungsfreiheit wird teilweise in Frage gestellt oder gar unterbunden. Dies sind selbstverständlich nicht unsere Antworten. Wir folgen dem Leitbild, dass alle Menschen gleich sind. Abschottungen lösen keine Probleme sondern schüren weitere Konflikte und auch die Presse- und Meinungsfreiheit muss sämtlichen Menschen gewährt werden. Wir stellen uns klar gegen jede Form von rassistischen, antisemitischen, demokratiefeindlichen und völkischen Ideologien oder anders formuliert gegen alle Formen, in der Menschen andere Menschen diskriminieren.

Daher kämpfen wir gegen alle Organisationen und Einzelpersonen, die diese Inhalte verkörpern und weiter verbreiten, speziell in unserer Region gegen die NPD und deren Jugendorganisation JN, das Bündnis BRAGIDA und den Braunschweiger Ableger der AfD.

3.9 Der Mann mit dem goldenen Colt

Für eine anonymisierte Polizeikennzeichnung

In jeder Berufsgruppe finden sich so genannte „Schwarze Schafe“ wieder. So auch bei der Polizei: Während sich eine große Mehrheit aller im Polizeidienst tätige Personen korrekt und gesetzesmäßig verhält, kommt es bei Polizeieinsätzen vor allem während Demonstrationen oft dazu, dass sich eine Minderheit von Beamten unverhältnismäßig gewalttätig zeigt. Um den Opfern von ungesetzlicher Polizeigewalt eine Möglichkeit zu bieten sich juristisch gegen diese Einzeltäter zu wehren und damit diese „Schwarzen Schafe“ zu identifizieren und aus dem Polizeidienst zu entfernen, setzen wir uns für eine bundesweit anonymisierte Kennzeichnung von PolizistInnen im Außendienst ein. Die Kennzeichnung soll dabei mit einem alphanumerischen Code auf der Uniform deutlich sichtbar sein. Der Vorteil der

anonymisierten Kennzeichnung ist, dass sich einzelne PolizistInnen nicht der Gefahr ausgesetzt fühlen, in ihrem Privatleben verfolgt zu werden. Letztlich erkennen wir durch die Kennzeichnung nur Vorteile für alle betroffenen Gruppen: Den Opfern von ungerechtfertigter Polizeigewalt, den unschuldigen PolizeibeamtInnen und der gesamten Polizei als Institution.

4. Der Club der toten Dichter – Bildung, Studium und Ausbildung

Bildung ist für uns Jusos ein elementares Thema. Wir sehen in der Bildung einen zentralen Baustein zur Realisierung des Demokratischen Sozialismus, indem Menschen die realen Verhältnisse in der Gesellschaft kritisch analysieren, reflektieren und neue Antworten auf innere gesellschaftliche Widersprüche finden. Letztlich besitzt das Thema Bildung aber auch für uns als Jugendorganisation aufgrund der Zielgruppenorientierung eine Sonderrolle, welche wir im Folgenden durch konkrete Bildungsvorstellungen unsererseits darstellen.

4.1 Das verwunschene Kind

Qualität in KITAs kostenfrei sicherstellen

Wir legen einen Schwerpunkt darauf, dass die Qualität der frühkindlichen Bildung in den staatlichen KITA-Einrichtungen erhöht werden muss und gleichzeitig alle ökonomischen Hemmnisse für Eltern abgebaut werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bildung in Deutschland als Grundrecht anerkannt wird, welches allen Gesellschaftsmitgliedern kostenfrei zur Verfügung gestellt wird- von der KITA an. Die Kostenfreiheit soll insbesondere durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer, die wir in Punkt 1.9 erläutert haben, finanziert werden.

Rückständige Forderungen aus Reihen der Union nach einer Herdprämie lehnen wir mit aller Entschiedenheit als strukturkonservatives Element ab, welche reell vor allem Frauen in eine Rolle der Erzieherin und Haushälterin degradiert.

4.2 Hogwarts

Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen

Deutschland ist weltweit das einzige Land, in dem es ein dreigliedriges Schulsystem nach dem vierten Schuljahrgang gibt. Erwiesenermaßen trägt das dreigliedrige System dazu bei, dass sich ökonomisch-familiäre Verhältnisse über Generationen hinweg konservieren. Oder um es deutlicher zu formulieren: Wer in armen Verhältnissen geboren wird, kommt auf die Hauptschule und bleibt angesichts der heutigen und zukünftigen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt arm, nach dem Motto „Zeig mir, wo Du herkommst und ich zeige Dir, wo Du hingehörst“.

Andererseits erhalten Kinder aus akademischen Haushalten hierzulande überdurchschnittlich stark das Abitur auf dem traditionellen Weg über das Gymnasium. Wir Jusos sehen daher in dem dreigliedrigen Schulsystem das letzte Überbleibsel der Feudalgesellschaft. Dieser Zustand muss überwunden werden, um Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dies wollen wir durch den Ausbau von Gesamtschulen realisieren, welche langfristig die derzeitige Schulmodelle ersetzen sollen.

Darüber hinaus sind weitere Strukturreformen erforderlich, damit die individuellen Stärken von SchülerInnen gefördert werden. In diesem Zusammenhang muss ein Umdenken in der Schulstruktur einhergehen, beispielsweise, dass sich zukünftig die Klassen nicht mehr als Altersjahrgänge sondern vielmehr nach individuellen Stärken bzw. Schwächen des jeweiligen Lernfaches konstituieren („Talentklassen“).

4.3 Der Stein der Weisen

KiWi-Prinzip ablehnen

In den letzten Jahrzehnten mussten wir immer wieder feststellen, dass Bildung an allgemeinbildenden Schulen immer mehr auf die Ausbildung, also auf die Verwertbarkeit für gewinnorientierte Unternehmen in unserem kapitalistischen System reduziert wird. Dieses Prinzip ist auch unter dem Schlagwort KiWi („Kinder für die Wirtschaft“) bekannt. Wir wollen, dass allgemeinbildende Schulen komplett frei von wirtschaftlichen Interessen ihren Unterricht

abhalten können. Dazu sind insbesondere folgende zwei Punkte zu beachten:

1. Das Sponsoring von Wirtschaftsunternehmen hinsichtlich von 30 Unterrichtsmaterialien sollen unterbunden werden, damit Schulen weiterhin unabhängig von einzelnen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden ihre Unterrichtsinhalte gestalten können. Denn die Unterrichtsinhalte dürfen sich dabei nicht auf mögliche Einsetzbarkeit in späteren Berufsfelder niederschlagen sondern vielmehr unabhängig davon wissenschaftlich aufbereitet werden. Schulbildung soll also dazu führen, dass sich junge Menschen kritisch mit wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Inhalten auseinandersetzen können, um später ein emanzipiertes Leben zu bestreiten.
2. Veranstaltungen von WirtschaftsvertreterInnen oder VertreterInnen aus staatlichen Institutionen wie der Bundeswehr müssen aus dem Schulunterricht bzw. aus der Schule ferngehalten werden. Vor allem junge Menschen sind anfällig dafür, dass sie auf Werbeveranstaltungen, die als Informationsveranstaltung getarnt sind, ohne kritischen Bezug auf die jeweilige Organisation ein zu einseitiges Bild erhalten. Eine Ausnahme hiervon stellt der Berufsinformationstag dar, auf dem sich verschiedene Unternehmen aus Deutschland und der jeweiligen Region vorstellen können.

4.4 Die Kammer des Schreckens

Sitzenbleiben und Noten abschaffen

Wir Jusos stehen für ein soziales Lernen ein, welches sich vom derzeitigen „Konkurrenzlernen“ abgrenzt. Das heißt für uns vor allem, dass wir uns von zwei zentralen Bausteinen in der heutigen Bildungslandschaft verabschieden: Der Wiederholung einer Klassenstufe und der Vergabe von Noten. Denn zu den potentiell einschneidendsten sozialen Ereignissen eines jungen Menschen gehört die Wiederholung der Schulklasse, welches oft mit dem Verlust seines sozialen Umfelds einhergeht. Das „Sitzenbleiben“ fördert also die Ausgrenzung und das Gefühl „versagt zu haben“ für junge Menschen. Dies können wir als Jusos nicht unterstützen. Es gibt andere Wege und Mittel, die Förderung von jungen Menschen zu gewährleisten. Mit unserem im Punkt 4.2 erläuterten Modell der „Talentklassen“ erübrigt sich für uns dieser für viele junge Menschen schwere Weg der Wiederholung.

Darüber hinaus wollen wir die Benotung an Schulen in der derzeitigen Form abschaffen. Mit dem Bewertungssystem von 1-6 wird aus unserer Sicht zu wenig differenziert auf die individuelle Entwicklung eines jungen Menschen eingegangen. Es fördert darüber hinaus das Pauken bzw. Bulimie-Lernen von einzelnen Aspekten der Lehrinhalte und nicht das Verständnis der zu erlernenden Inhalte im Gesamtkontext. Die Schulnote ist dahingehend nur eine reine Zahl, die Leistungsdruck auf jedeN SchülerIn und gleichzeitig einen Konkurrenzdruck innerhalb von Schulklassen und Freundeskreisen ausübt, welche von Kindesalter an gesellschaftliche Leitbilder der „Ellenbogenmentalität“ nach dem Motto fördert „Hauptsache ich stehe besser da als andere“.

Wir Jusos folgen einem anderen gesellschaftlichen Leitbild, welches sich dadurch auszeichnet, dass wir als Individuen gemeinsam mehr erreichen können, wenn wir zusammen arbeiten. Zur Realisierung dieses Leitbilds wollen wir deshalb schon früh damit beginnen, andere Bewertungsmaßstäbe wie individuelle Rückmeldungen der Lehrkräfte an Eltern und SchülerInnen umzusetzen. Ergänzt werden kann dieser Bewertungsmaßstab mit Förderunterricht von talentierten SchülerInnen für SchülerInnen, die in einem Fach einen längeren Zeitraum benötigen, um die Lerninhalte zu verstehen.

4.5 Der Orden des Phönix

SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken

Demokratie darf nicht am Schultor enden! Viele Entscheidungen an den Schulen in Niedersachsen werden dennoch von den Schulvorständen und Schulleitungen getroffen, in denen SchülerInnenvertretungen (SV) kein oder nur ein stark eingeschränktes

Mitspracherecht haben. Dies wollen wir ändern. Wir fordern daher, dass Entscheidungen an Schulen auf sämtlichen Ebenen nur von drittelparitätlich besetzter Gremien zwischen Lehrkräften, ElternvertreterInnen und der SV getroffen werden. Vor allem für junge Menschen ist es entscheidend, dass sie sich durch demokratische Entscheidungsstrukturen Gehör verschaffen können und damit der Demokratie von Kindheit an positiv gegenüber stehen.

Langfristig sehen wir es aber auch als notwendig an, dass man die Struktur der Entscheidungsgremien an den staatlichen Schulen in Niedersachsen überarbeitet. Es gibt in Deutschland dahingehend bereits einige Alternativschulmodelle im privaten Sektor, die Entscheidungen unter starker Mitnahme der Schülerinnen und Schüler treffen. Diese wollen wir im Einzelnen analysieren und das für uns bestmögliche Modell in die innerparteiliche Debatte zur Strukturreform hineinragen.

Auch die Studierendenvertretungen müssen stärker an Entscheidungen innerhalb universitärer Entscheidungsgremien in Bezug auf Verwaltungs-, Finanz- und Personalfragen beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für eine vollparitätische Besetzung studentischer Vertretungen auf allen Ebenen ein.

4.6 Die Heiligtümer des Todes

Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten

Wir Jusos sehen in der Wissenschaft ein Mittel, Menschen über nicht begriffene Machtstrukturen innerhalb der Gesellschaft aufzuklären anstatt sie als naturgegeben anzuerkennen und sich nicht mehr kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen oder gar Widersprüche im gesellschaftlich-wissenschaftlichen Bereich zu entlarven. Für uns ist daher klar, dass Bildung an Hochschulen über eine wirtschaftliche Verwertbarkeit der vermittelten Lehrinhalte hinausgehen muss. Öffentliche Universitäten sind keine wirtschaftsnahen Berufsausbildungsinstitutionen, die ökonomisches Interesse verfolgen sollen. Öffentliche Universitäten sollen auch frei zugänglich sein. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass sämtliche Zulassungsbeschränkungen zu Universitäten und innerhalb von Universitäten hinsichtlich der Studienfachauswahl oder der Möglichkeit einen Masterstudiengang zu beginnen abgeschafft werden müssen.

Gleichzeitig stehen wir für eine flexiblere Ausgestaltung der Lehrpläne innerhalb von Studiengängen ein, schließlich geht es in einem wissenschaftlichen Studium auch darum individuelle Lernprozesse jenseits starrer Vorgaben zu gewährleisten.

4.7 Der Gefangene von Askaban

Elternunabhängiges BAföG einführen

Studierende müssen darüber hinaus die Möglichkeit haben, sich unabhängig von ihrer ökonomischen Herkunft voll auf ihr Studium zu konzentrieren, ohne dass die Notwendigkeit zur Aufnahme einer Nebenbeschäftigung auftritt. Deshalb stehen wir dafür ein, dass die BAföG-Regelsätze erhöht werden. Da sich viele StudienabsolventInnen mit einem enormen Schuldenberg konfrontiert sehen und nicht jeder abgeschlossene Studienberuf mit einem hohen Gehalt einhergeht, setzen wir uns dafür ein, dass Leistungen aus dem BAföG - wie in der Zeit als es erstmals eingeführt wurde - als Vollzuschuss, also nicht anteilig als Darlehen gewährt wird. Darüber hinaus sehen wir, dass viele Eltern aus akademischen Kreisen bereits einen „Plan“ für ihre Kinder verfolgen. Sie sind der Meinung, dass sie besser wissen, was gut für ihr Kind ist und üben entsprechenden Druck bei der Studienwahl nach dem Motto aus: „Entweder Du studierst dieses Fach oder es gibt keine finanzielle Unterstützung.“

Wir wollen, dass junge Menschen sich von ihren Eltern emanzipieren können, ein selbstbestimmtes Leben führen und sich unter anderem auch unabhängig vom Elternwillen für ein Studium ihrer Wahl entscheiden. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines BAföGs ein, welches unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an Studierende ausgezahlt wird. Eine Finanzierung hierfür ist unter anderem durch unsere bereits erläuterten Steuerpläne sowie durch die Einstellung der Finanzierung von Eliteförderprogramme wie dem sogenannten „Deutschland-Stipendium“ zu gewährleisten.

4.8 Der Halbblutprinz

Duale Ausbildung stärken

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland wird weltweit als vorbildlich betrachtet. Während einE AuszubildendeR hierzulande die berufspraktische Ausbildung im Betrieb erlebt, erhält er oder sie die berufstheoretischen Inhalte sowie allgemeinbildenden Unterricht über eine berufsbildende Schule. Dies trägt dazu bei, dass man nach der Ausbildung relativ problemlos in anderen – auch branchenfremden – Betrieben einer Erwerbsarbeit nachgehen kann.

Doch seit Jahren verliert das duale Ausbildungssystem durch den Anstieg von Studierenden an (Fach-)Hochschulen bzw. Universitäten an Bedeutung. Zeitgleich klagen die überwiegende Zahl von Gewerkschaftsjugendlichen und Ausbildungssuchende an, dass von der Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wir Jusos möchten beiden Fehlentwicklungen entgegenreten. Zur Steigerung der Attraktivität der klassischen Berufsausbildung sehen wir die Notwendigkeit, die Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung am Arbeitsmarkt hinsichtlich des Themas Arbeit 4.0 auf die derzeitige Struktur der Ausbildungsberufe anzupassen. Hier sind die Industrie und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer (HWK) aufgefordert gemeinsam mit den politischen Akteuren eine Reform der bundesweit einheitlichen und starren Rahmenlehrpläne hin zu einer Art „Allround Studi“ öffnen.

Außerdem müssen sämtliche Ausbildungsberufe durch eine Mindestauszubildendenvergütung in Höhe von mindestens vier Fünfteln des aktuell gesetzlichen Mindestlohns gekennzeichnet sein. Darüber hinaus hat die Wirtschaft die Pflicht genug Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen. Nachdem freiwillige Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft in der Vergangenheit nicht zu diesem Ziel geführt haben (Ausbildungspakt), fordern wir die Einführung der Ausbildungsplatzumlage. Wir sehen in diesem Instrument das beste Mittel, um das Urteil vom Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 1995 gerecht zu werden. Demnach müssen 7% aller Beschäftigungsstellen in einem Unternehmen Ausbildungsstellen sein. Unternehmen, die weniger Personen innerhalb der Belegschaft ausbilden, müssen eine Strafzahlung in einen Fonds einzahlen, aus dem sich wieder die Unternehmen bedienen dürfen, die überdurchschnittlich vielen jungen Menschen eine Lebensperspektive aufzeigen.

5. The Day After Tomorrow – Umwelt, Energie und Verkehr

Der Juso-Bezirk Braunschweig war im Bundesverband jahrelang für seine starke umweltpolitische Ausrichtung bekannt. Eine stärkere Fokussierung in diesem Themenbereich ist auch heute von großer Relevanz. Schließlich ist eine saubere Umwelt die Voraussetzung dafür, dass Menschen weltweit ein gesundes Leben frei von Naturkatastrophen führen können. Daher beschäftigen wir uns in den folgenden Passagen mit den zentralsten umweltpolitischen Aspekten, die unter anderem auch den hiesigen Energiesektor und die Verkehrsinfrastruktur beleuchten. Insbesondere das Scheitern des aktuellen Systems eine Antwort auf den Klimawandel zu finden, ist das Merkmal für seine Dysfunktionalität. Die soziale Frage liegt vor allem darin, dass viele Orte, besonders solchen in denen kapitalistisch ärmere Länder liegen, zukünftig nicht mehr bewohnbar sein werden. Ergo nimmt der Kapitalismus mit seinem scheinbar grenzenlosen Konsum den dort lebenden Menschen nicht nur jeglichen Anspruch auf finanzielles Überleben, sondern auch die Lebensgrundlage an sich.“

5.1 Zurück in die Zukunft

Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen

Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass öffentliche Aufgaben, die der Grundversorgung der Bevölkerung dienen, auch von der öffentlichen Hand bedient werden. Dazu gehört insbesondere die Strom- und Wasserversorgung der Menschen in unserer Gesellschaft. Wir setzen in diesen Bereichen auf dezentrale Unternehmen, die vor Ort die Ressourcen kostengünstig zur Verfügung stellen. Die nutzergerechte Versorgung dieser Güter ist ein öffentliches Interesse, deshalb stellen wir uns gegen sämtliche Privatisierungspläne. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass (teil-)privatisierte Unternehmen in diesem

Bereich wieder vollständig rekommunalisiert werden.

5.2 Zurück in die Zukunft Teil 2

Erneuerbare statt fossile Energien

Der Wandel im Energiebereich schreitet voran. Während in Deutschland bis zum Jahr 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, steigt der Anteil an erneuerbaren Energien bei der Versorgung der Bevölkerung kontinuierlich an. Unser Ziel bleibt dabei langfristig die Vollversorgung des gesellschaftlichen Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu erreichen. Dabei muss nun der nächste Schritt eingeläutet werden. Wir benötigen eine feste Zielsetzung, in welchem Zeitraum der Ausstieg aus der umweltschädlichen Kohlekraft erfolgen soll. In diesem Zusammenhang sehen wir in der Abscheidung, Speicherung und Wiederverwendung von Kohlenstoffdioxid (CCS & CCR) auf Basis der ökologischen Nachhaltigkeit kein geeignetes Energieversorgungsmittel, da diese Technologie gegenteilige Anreize schafft, den Verbrauch an fossilen Rohstoffen 65 zu reduzieren.

Darüber hinaus sehen wir im Verfahren des „Hydraulic Fracturing“ (kurz: „Fracking“) zur Erdöl- und Erdgasförderung eine zu große umweltpolitische Gefahr, da die geförderten Ressourcen das zum Trinkwasser genutzte Grundwasser verunreinigen können. Wir lehnen aus diesen und weiteren Gründen Fracking ab. Stattdessen setzen wir auf einen erneuerbaren Energiemix aus Solar-, Wind-, Wasser-, und Erdwärmeenergie mit entsprechenden staatlichen Förderungen dieser Energiezweige bei zeitgleichem Abbau der Förderung von fossilen Energieträgern.

Wir möchten aus Deutschland ein Vorzeigeland machen und die erste Volkswirtschaft sein, die innerhalb dieses Jahrhunderts aus erneuerbaren Energiequellen alle gesellschaftlichen Bedarfe bedient, sodass auch andere Länder weltweit der globalen Erderwärmung durch steigende CO₂-Emissionen entgegentreten. Bei dem Energiewandel ist insbesondere darauf zu achten, dass dezentrale Energiestrukturen geschaffen werden, anstatt einseitig auf zentrale Projekte wie Offshore-Windparks zu setzen.

5.3 Zurück in die Zukunft Teil 3

Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben

Unser Ziel bleibt es den motorisierten Individualverkehr durch die Schaffung von attraktiven Strukturen im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr zu verdrängen. Das bedeutet, dass wir uns für weitere Streckenerschließungen und Taktzeitverbesserungen in kommunalen und interkommunalen Zusammenhängen stark machen. Um vor allem jungen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft möglichst uneingeschränkt zu ermöglichen, fordern wir einen bundesweit kostenlosen ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler. Perspektivisch soll diese Kostenfreiheit auch auf alle weiteren Personengruppen fahrscheinlos umgesetzt werden.

Außerdem möchten wir den Aufbau eines interkommunalen Nachtlinienverkehrsnetzes in unserer Region vorantreiben. Wir setzen dabei auch langfristig darauf, dass der schienengebundene Nahverkehr auf- und ausgebaut wird, da hierdurch unter anderem mehr Menschen effizienter transportiert werden können.

Aber auch für die Fernverkehrsstrecken müssen die Verbindungen ansteigen. Wir setzen uns für den Anstieg von Haltepunkten auf dem Streckennetz der Deutschen Bahn in Städten und Gemeinden bei gleichzeitiger Verbesserung der Taktzeiten bundesweit ein.

In diesem Zusammenhang stellen wir uns gegen die Abwicklung des Zugverkehrs durch private Unternehmen auf den Gleisstrecken der Deutschen Bahn. Diese haben in der Vergangenheit die Qualität der Fahrten durch zunehmende Zugausfällen oder Stromausfällen innerhalb der Fahrzeuge verschlechtert.

5.4 Minority Report

E-Mobilität fördern

Auch wenn wir für uns der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes an erster Stelle steht, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass der motorisierte Individualverkehr auch in Zukunft eine Rolle spielen wird. Wir wollen uns daher ebenfalls darum kümmern, dass dieser Verkehrsweg zukunftsfähig umgestaltet wird. Da wir uns dafür einsetzen, die Gewinnung von

Strom in Deutschland schnellstmöglich zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren, befürworten wir eine staatlich geförderte strukturelle Neuausrichtung der Automobilindustrie, den Anteil von Elektroautos für alle produzierten Neufahrzeuge stetig zu erhöhen. Dies muss parallel mit einem Ausbau von Elektrotankstellen bundesweit begleitet werden.

5.5 Höllentour

Fahrradinfrastruktur ausbauen

Wir Jusos stehen seit Jahren dafür ein, dass sich die Fahrradinfrastruktur innerhalb der Städte aus umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten verbessert. Neben dem Ausbau von Fahrradwegen neben der Straße oder aus Platznot begründeten Etablierungen von Fahrradstraßen, möchten wir zunehmend auf ein breites Angebot staatlich organisierter BikeSharing-Modelle hinarbeiten.

Doch wir wollen auch die Situation für FahrradfahrerInnen verbessern, die oft zwischen Dörfern oder gar Kommunen pendeln. Zwar gibt es in unserer Region über einige Landstraßen und Feldwege bereits gut erschlossene Fahrradwege, diese sind aber oft nicht eindeutig miteinander verbunden bzw. bestehende Verbindungen sind als solche nicht gut genug gekennzeichnet. Diesen Missstand wollen wir beheben und außerdem dafür Sorge tragen, dass wir perspektivisch alle Bundes- und Landstraßen nach Möglichkeit mit separierten Fahrradwegen neben der KfZ-Fahrspur ausstatten.

5.6 Wall-E

Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen

Wenn man von dem Ziel zur Eindämmung der weltweiten Umweltverschmutzung spricht, weiß man gar nicht, wo man genau anfangen soll: So tragen neben der bereits aufgeführten Beschreibung zur Vermeidung von CO₂-Emissionen, die zum allgemeinen Klimawandel beitragen soll, andere Faktoren momentan noch dazu bei, dass die weltweiten ökologischen Belastungen noch immer zunehmen.

Zu nennen sind hierbei vor allem die konkret-spürbare Luftverschmutzungen durch Staub und Ruß, Wasserverschmutzungen durch ungeklärte (Plastik-)Abfälle oder die Rodung von (Regen-)Wäldern. Dieser Tatsache wollen wir mit dem Motto „Global denken, lokal handeln“ begegnen. Anstatt große Erwartungshaltungen in Bezug auf bald stattfindende Weltklimakonferenzen zu schüren, die bis auf eine Ausnahme immer der Enttäuschung endeten, dass man sich international entweder gar nicht oder nur auf so geringe Minimalziele einigen konnte, die weder ausreichend dafür sind den Klimawandel aufzuhalten noch einen rechtsverbindlichen Charakter haben, müssen wir innerhalb unseres Wirkungsbereiches dafür kämpfen, Ziele darüber hinaus zu definieren, die den Umweltschutz weiter voranbringen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das von der EU verabschiedete Verbot zur Herausgabe von Plastiktüten im Einzelhandel. Weiterhin sollte Deutschland als eines der größten Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen und viel mehr zur Umweltentlastung beitragen als bisher.

Dagegen sprechen wir uns gegen den Handel von Emissionsrechten aus, da er falsch konstruiert ist. Der Emissionshandel schafft nämlich wirtschaftliche Anreize für Unternehmen, in jedem Fall nicht mehr zum Umweltschutz beizutragen als es internationale Minimalziele formuliert haben.

6. Rogue One: A Juso-Story – Unser Verhältnis zu anderen Organisationen

Wir Jusos wollen auch zukünftig an dem Konzept der Doppelstrategie festhalten. Das heißt, dass wir uns einerseits als sozialpolitisches Gewissen in der SPD verstehen und innerhalb der Partei dafür kämpfen für progressive Inhalte Mehrheiten zu organisieren. Diese Inhalte sollen anschließend parlamentarisch eingebracht und umgesetzt werden.

Zum anderen schmoren wir aber nicht nur im eigenen Saft. Wir sind auch Teil der außerparlamentarischen Bewegung und wollen mit linken Jugendorganisationen und politischen Bündnissen zusammenarbeiten.

Als wichtigste NGOs sind hierbei die Gewerkschaftsjugend des DGB, Jugendorganisationen von Umweltverbänden sowie vor Ort existierende Bündnisse gegen

Rechts zu nennen. Im Folgenden werden wir uns abweichend davon aber insbesondere mit unserem Verhältnis zu unserer Mutterpartei, anderer parteipolitischen Konkurrenzen sowie mit unserem Positionsverständnis innerhalb des Juso-Verbands beschäftigen.

6.1 Eine neue Hoffnung

Erneuerung der SPD schreitet voran

Die SPD hat seit der krachenden Niederlage zur Bundestagswahl 2009 ihren 20 inhaltlichen Erneuerungsprozess mit einer Schärfung des sozialpolitischen Profils bis heute gut gemeistert. Wir stehen als SozialdemokratInnen unter anderem für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Einführung von Frauenquoten in Entscheidungsgremien großer Unternehmen, ein Recht auf Ausbildung, für die Einführung der BürgerInnenversicherung, für Steuerreformen, die der Verteilungsgerechtigkeit dienen und weiteren sozialpolitischen Reformen auf dem Arbeitsmarkt ein.

Einige unserer inhaltlichen Positionen konnten dabei schon in die Realität umgesetzt werden - wenn auch koalitionsbedingt mit Abstrichen. Viele dieser inhaltlichen Erneuerungen sind uns Jusos zu verdanken. Denn sie sind innerparteilich nicht vom Baum gefallen und mussten auf Parteitag zum Teil hart erkämpft werden. Und auch heute müssen wir aufpassen, dass unsere Mutterpartei nicht in Verhaltensmuster zurückkehrt, von denen wir dachten, dass sie überwunden sind. So ist die Art und Weise wie die einseitig organisierte Werbetrommel vom Parteivorstand in Bezug auf das Mitgliedervotum zur großen Koalition im Jahr 2013 gerührt wurde, kritisch zu betrachten.

Aber auch zu inhaltlich konkreten Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, zu der der Umgang einiger Führungskräfte innerhalb der SPD zumindest fragwürdig war, gilt es weiterhin aufzuarbeiten, damit sich unsere Partei auch neben weiterhin inhaltlich und organisationspolitisch weiterentwickeln kann. Auch personell ist die SPD gut aufgestellt. Die meisten führenden Köpfe in unserer Partei werden mittlerweile nicht mehr mit dem zum Teil neoliberalen Regierungshandeln der SPD zu Beginn dieses Jahrtausends identifiziert. Weiterhin gilt für uns festzuhalten: Personen sind in der Partei wie Schall und Rauch. Personen kommen und gehen. Was bleibt, sind die Inhalte, deshalb legen wir auch insbesondere auf die inhaltliche Weiterentwicklung unserer Partei einen besonderen Schwerpunkt.

In diesem Zusammenhang möchten wir gesondert darauf eingehen, dass wir mit großer Verwunderung beobachtet haben wie große Teile unseres Verbandes wiederholt personenbezogene Aktionen in einem Ausmaß bestritten haben, die einen eher nachdenklich machen. Zumal man bedenken muss, dass diese auch von selbsternannten linken Juso-Verbänden organisiert wurden. Personenbezogene Wahlkämpfe sind natürlich nicht komplett abzulehnen, sie müssen aber in konkrete politische Inhalte begründet sein, die ein Kandidat bzw. eine Kandidatin vertritt.

6.2 Die dunkle Bedrohung

Bekämpfung der AfD

Jahrelang schien Deutschland im internationalen Vergleich ein Staat zu sein, indem rechte Parteien jenseits konservativer Konkurrenz um CDU und CSU bundesweit keine Chance auf Wahlerfolge hätten. Dies hat sich mit dem Erscheinen und der Etablierung der AfD verändert. Inzwischen sitzt die AfD in fast jedem Landesparlament, aller Voraussicht nach wird sie auch in den nächsten Bundestag einziehen. Dieser Umstand macht es erforderlich, dass wir uns mit den Inhalten dieser Partei auseinandersetzen und die offen rassistischen Thesen öffentlich kritisieren.

Denn die Partei steht gegen alles ein, wofür wir Jusos und SPD stehen: Ob es die Abschaffung der Eurozone, eine grundsätzliche Abschottungspolitik gegenüber allen Nationen weltweit, die Verbreitung nationalistischer und antisemitischer Rhetorik oder die Befürwortungen von Schussbefehlen gegenüber Flüchtlingen an deutschen Grenzen betrifft, für uns ist klar: Diese Alternative ist keine Alternative. Wir lehnen aus diesem Grund auch jegliche parlamentarische und außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD und deren Jugendorganisation ab.

Noch mehr: Wir werden bei großen Wahlkampfveranstaltungen und Kundgebungen dieser

Partei in unserer Region als Jusos gemeinsam auf die Straße gehen und Flagge für eine offene und tolerante Gesellschaft zeigen. Wir kämpfen in Zukunft dafür, die Bevölkerung von unserem Gesellschaftsbild zu überzeugen und somit unseren Teil dazu beizutragen, dass die AfD in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwindet.

6.3 Die Rache der Sith Umgang mit der Union

Die regierende Zusammenarbeit mit CDU und CSU über kommunale Grenzen hinweg kann aus unserer Sicht nur dem Zweck geschuldet sein, dass es keine andere Möglichkeit gibt, sozialdemokratische Reformpolitik im Bund und in den Ländern durchzusetzen. Für uns ist klar, dass wir einen Großteil sozialdemokratischer Ausrichtungen für die gesamte Gesellschaft mit der Union nicht realisieren können. Gleichzeitig lehnen wir viele Inhalte von CDU und CSU ab. Als Beispiel seien die PKW-Maut für Ausländer, das Verbot einer doppelten Staatsbürgerschaft und die Herdprämie genannt. Unabhängig davon hat sich gezeigt, dass sich zwar einerseits einige SPD-Inhalte mit der Union durchsetzen lassen, allerdings oft nur mit starken Einschränkungen. Das war beispielsweise in Bezug auf den Mindestlohn, auf die Frauenquote in Aufsichtsräten oder dem Entgelttransparenzgesetz der Fall. Deshalb stellt eine gemeinsame Regierung mit der Union aus unserer Sicht die schlechteste Regierungsoption für uns dar.

Noch stärker als von den Parteien grenzen wir uns als Jusos von deren Jugendorganisation, der Jungen Union (JU), ab. Denn während die meisten parteipolitischen Jugendorganisationen progressivere Inhalte als ihre jeweilige Mutterpartei vertreten, verortet sich die JU zum Teil rechts von der CDU oder adaptiert lediglich inhaltliche Beschlusslagen der Unionsparteien. Dies zeigt sich anhand aktueller Beschlusslagen zur Obergrenze von Flüchtlingen oder den Verboten zur doppelten Staatsbürgerschaft sowie des Adoptionsrechts für homosexuelle Paare. Deshalb kommt eine Zusammenarbeit mit der JU nicht in Frage.

6.4 Das Imperium schlägt zurück FDP als Regierungspartner?

Bei der Bundestagswahl 2013 wurde die FDP für ihre Fokussierung als Partei abgestraft, die rein auf Wirtschaftsliberalität, Steuersenkungen und Sozialstaatsabbau setzt. Viele politische Beobachter haben ihr ein langes Dasein im außerparlamentarischen Betrieb prognostiziert. Doch damit weit gefehlt. Inzwischen hat sich die Partei programmatisch breiter aufgestellt und tritt in der Öffentlichkeit stärker als Bürgerrechtspartei auf.

Resultat daraus waren Erfolge bei vielen Landtagswahlen und die bundesweite Etablierung in Umfragen jenseits der 5%-Hürde. Dieser Tendenz stehen wir grundsätzlich positiv entgegen, vergessen dabei aber nicht, dass die FDP größtenteils immer noch von neoliberalen Gedankengut geprägt ist. Für uns ist damit klar, dass mögliche Koalitionsoptionen mit der FDP seitens der SPD nur eingegangen werden können, wenn diese nicht auf zulasten des Sozialstaats geht.

Hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen (JuLis) sehen wir in vielen Punkten Gemeinsamkeiten. So gab es bereits landesweit gemeinsam getragene Initiativen zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, öffentliche Bekundungen zur Legalisierung von Cannabis oder zum Stopp der Vorratsdatenspeicherung. Wir erkennen aber auch, dass die JuLis keine homogene Jugendbewegung ist. Daher prüfen wir auf lokaler Ebene stets, wofür die JuLis vor Ort jeweils inhaltlich stehen, bevor eine Zusammenarbeit mit ihnen in Betracht gezogen wird.

6.5 Das Erwachen der Macht Rot-Rot-Grüne Mehrheiten nutzen

Unser bevorzugter Koalitionspartner bundes- und landesweit ist nach wie vor die grüne Partei, auch wenn wir Tendenzen innerhalb der Grünen erkennen, sich langfristig inhaltlich auch für konservative Koalitionsmodelle aufzustellen. Angesichts der Tatsache, dass man zunehmend auf Parlamente zusteuert, die sich aus sechs Fraktionen zusammensetzen, macht es aber notwendig, dass man sich auch mit Dreierkoalitionen auseinandersetzt, damit die SPD langfristig auch weitere Regierungsoptionen neben der großen Koalition besitzt.

Unsere als Jusos seit Jahren bevorzugte Variante liegt hier in der Zusammenarbeit mit den Grünen und der Partei DIE LINKE, also in einem rot-rot-grünen Bündnis (R2G).

Dabei sind wir uns bewusst, dass DIE LINKE eine in sich gespaltene Partei ist. Neben reformorientierten Mitgliedern in den ostdeutschen Landesverbänden, sind Teile der westdeutschen LINKEN vor allem von Personen geprägt, die so rückwärtsgewandt sind, dass sie sich auch ohne weiteres der MLPD zuordnen ließen.

Außenpolitische Positionen der Partei oder einzelner Abgeordnete zur Unterlassung von humanitären Interventionen, zum Austritt Deutschlands aus der EU oder überzogen israelisch-kritischer Positionen, die man als antisemitisch bezeichnen kann, sind für uns nicht konsensfähig. Wir gehen aber davon aus, dass DIE LINKE im Rahmen von Sondierungs- und Koalitionsgesprächen auf diese Inhalte verzichtet, da sie innerhalb dieser Partei ohnehin höchst umstritten sind. Wir sehen mit beiden Parteien in jedem Fall die Situation gewährleistet wie wir den größten Teil unserer Inhalte hinsichtlich sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Fragen in ein Regierungsprogramm unterzubringen. Deshalb stellt diese Regierungsoption für uns die größte Möglichkeit dar wie wir mit parlamentarischen Mehrheiten ein sozial-ökologisch orientiertes gesamtgesellschaftliches Reformprojekt Realität werden lassen zu können.

6.6 Die letzten Jedi

Unser Verständnis vom Juso-Verband

Wir definieren uns als Jusos im Allgemeinen als linkes Gewissen innerhalb der SPD, das sich als Ziel setzt alle inhaltlichen Beschlüsse hinsichtlich sozialdemokratischer Grundwerte nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu überprüfen und entsprechend anzupassen. Damit sehen wir uns als Stachel im Fleisch unserer Mutterpartei, der nicht davor zurückschreckt auch unbequem zu agieren.

Im Speziellen sehen wir uns Jusos im Bezirk Braunschweig als Teil der Juso-Bezirke, die die Jusos als eigenständigen sozialistischen, feministischen und internationalistischen Richtungsverband verstehen und sich für linke Mehrheiten in Verband, Partei und Gesellschaften einsetzen. Daher verorten wir uns als Juso-Bezirk im Bewusstsein und der Verantwortung aus der im Jahr 1969 verbandintern vollzogenen Linkswende in der Juso-Gesamtlinken. Kulturell bedingt tauschen wir uns nach Möglichkeit insbesondere innerhalb der niedersächsischen Bezirken, mit der Landesorganisation Bremen sowie mit den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Berlin aus. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass sich die Jusos auch in Zukunft zu ihren Grundwerten bekennen und sich selbst als eigenständigen Richtungsverband verstehen, der in kritischer Solidarität mit der SPD zusammenarbeitet.

G1 Verstaatlichung aller Krankenhäuser und Kliniken

Wir fordern die SPD Landtagsfraktion auf, sich aktiv für den Rückkauf der Helios Klinik Helmstedt einzusetzen.

Begründung:

Nur in einem Krankenhaus, das der öffentlichen Hand gehört, kann der Staat steuern. So kann dafür gesorgt werden, dass Fachabteilungen nach dem tatsächlichen Bedarf und nicht nach wirtschaftlichen Interessen eingerichtet oder geschlossen werden.

Psychologische Betreuung bei Erwerbslosigkeit

Antragstext:

Jede Person, die staatliche Hilfe aufgrund von Erwerbslosigkeit beantragt, soll, auf Wunsch, psychologische Hilfe zur Seite gestellt bekommen, die staatlich finanziert wird. Bei Antragsstellung muss die antragsstellende Person auf die Möglichkeit einer solchen psychologischen Beratung hingewiesen werden, sodass die Inanspruchnahme des Angebots so niederschwellig wie möglich erfolgen kann. Um die Leistung auch gewährleisten zu können, sollen Stellen für PsychologInnen bei den Behörden geschaffen werden. Gleichzeitig sollten die Personen aber auch die Möglichkeit haben, die Beratung von PsychologInnen außerhalb der für sie zuständigen Behörde in Anspruch zu nehmen.“

Der erste Termin soll innerhalb von acht Wochen nach Antragsstellung erfolgen, unabhängig davon ob der Antrag genehmigt wird.

Begründung:

Personen, die staatliche Hilfe aufgrund von Erwerbslosigkeit beantragen, befinden sich nicht in einer stabilen Lebenssituation. Sie stehen vor der Situation, dass sie kein Einkommen beziehen und dadurch weniger intensiv am öffentlichen Leben teilnehmen können. Durch den Wegfall der Arbeitsstelle fehlt ein geregelter Tagesablauf und soziale Interaktion. Das alles kann zur Vereinsamung führen. Nach Antragsstellung dauert es einige Zeit bis der Antrag genehmigt oder abgelehnt wird. In dieser Zeit leben Betroffene in Ungewissheit. Des Weiteren führt es zur Unsicherheit, wenn nach mehreren Bewerbungen keine Antwort oder Absagen kommen. Diese Belastungen behindern den (Wieder-)Eintritt in den Arbeitsmarkt massiv – um diesem entgegenzuwirken, ist neben der fachlichen Beratung der Agentur für Arbeit/des Jobcenters auch eine psychologische Betreuung von Nöten.

G3 Verbot von Konversionstherapien

Verbot von Konversionstherapien

Forderung:

Konversionstherapien sind höchst unmoralisch und ein Verbrechen an der menschlichen Seele. Sie verstoßen gegen das Grundgesetz. (u.a. Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 3). Wir fordern daher ein sofortiges Verbot von Konversionstherapien sowie das Einleiten von Strafverfahren bei Verstößen. Ärzte, die eine solche Therapie durchführen und/oder anbieten sollen zusätzlich zum Strafverfahren ihre ärztliche Zulassung verlieren.

Begründung:

Homosexualität ist keine Krankheit! Seit 1992 ist Homosexualität auf der WHO-Liste der Krankheiten gestrichen und doch gibt es, fast 30 Jahre später, immer noch sogenannte Konversionstherapien oder auch Reparaturtherapien. Insbesondere werden Konversionstherapien von religiös-fundamentalistischen Verbänden empfohlen und angeboten, beispielsweise vom Bund freier evangelischer Gemeinden (FeG). Aber auch zahlreiche Therapeut*innen und Ärzt*innen „therapieren“ mit Hilfe von Homöopathie und fragwürdigen psychischen Methoden. Das Ziel der Therapie ist es die homosexuelle Neigung auszutreiben, indem suggeriert wird, dass jene Neigungen unnormal seien. Insbesondere haben diese Therapien negativen Einfluss auf Betroffene im jugendlichen Alter, die im Begriff sind ihre Sexualität zu erforschen. Die Folge von Konversionstherapien sind Schuldgefühle, Depressionen und Suizide.

S1 Ost-West-Freundschaft fördern

Ost-West-Freundschaft fördern

Für die Jusos sind die grenzübergreifende Zusammenarbeit und Freizeitgestaltung schon selbstverständlich. Dies soll auch an Schulen und öffentlichen Einrichtungen gefördert werden. Daher wird der Bezirk aufgefordert geeignete Maßnahmen gemeinsam mit den angrenzenden Landkreisen aus Sachsen-Anhalt zu entwickeln und umzusetzen.

S2 Verstaatlichung der Duckstein-Brauerei: Königsutteraner Bier soll in Königsutter gebraut werden

Verstaatlichung der Duckstein-Brauerei: Königsutteraner Bier soll in Königsutter gebraut werden

Seit Jahren wird in Königsutter das traditionelle Ducksteinfest begangen. Das berühmte Duckstein-Bier wurde bereits im 17. Jahrhundert in Königsutter am Elm von mehreren Brauhäusern in der Stadt aus dem Wasser des Lutter-Baches gebraut. So war auch das Kalkgestein des Elms dem die Lutter entspringt namensgebend, da man das gesteinsähnliche Kalkgestein auch als „Duckstein“ bezeichnet. Heute wird das Duckstein-Bier jedoch schon lange nicht mehr in Königsutter gebraut, zunächst wurde die Produktion von der Feldschlößchen-Brauerei übernommen und schließlich in die Mecklenburgische Brauerei Lübz in Mecklenburg-Vorpommern verlegt.

Diesen Verlust sehen wir als traurige, rein ökonomisch getriebene Tatsache an und möchten diese Fehlentscheidung schnellstmöglich rückgängig machen. Eine neue Duckstein-Brauerei in Königsutter wäre nicht nur für Touristen und Bierliebhaber*innen wertvoll, sondern würde auch neue Arbeits- und Ausbildungsplätze ansiedeln und damit einen wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im Landkreis Helmstedt beitragen.

U1 Wölfe sollen leben

Wölfe sollen Leben!

Die Wiederansiedlung von Wölfen trägt seinen Teil zu einem funktionierenden Ökosystem bei. Große Wildtiere hatten durch die Abwesenheit des Wolfes keine natürlichen Feinde mehr.

Deswegen sehen wir die Wiederkehr des Wolfes als große Chance. Dennoch müssen die Bevölkerungsgruppen, die durch den Wolf direkt oder indirekt betroffen sind, besser geschützt werden. Der Wolf greift eben nicht nur Wildtiere, sondern auch Nutztiere an. Hiervon sind TierhalterInnen betroffen, die ihre Tiere nicht im Stall, sondern im Freien halten, also genau solche, die von uns gefördert werden sollten. Hier muss die Unterstützung größer und unbürokratischer werden. Zum einen muss der Zugang zu Schutztieren wie HirtInnenhunden einfacher werden, zum anderen muss die Entschädigung für gerissene Nutztiere schneller kommen. Im Moment kann es Monate dauern bis bestätigt wird, dass ein Tier tatsächlich vom Wolf gerissen wurde. Dies bedroht die wirtschaftliche Existenz von TierhalterInnen. Auch muss hier Zugang zu psychologischer Betreuung geschaffen werden.

Des Weiteren trifft es in ländlichen Regionen u. a. Einrichtungen wie Kindergärten, die vom Wolf betroffen sind und eingezäunt werden müssen. Auch hier sollten Gemeinden von Bund und Ländern unterstützt werden, um nötige Maßnahmen zu treffen.

Der Wolf ist eine große Chance auf eine natürliche Wildtierpopulation. Dennoch müssen wir auch diejenigen in den ländlichen Regionen im Blick behalten, die unter dem Wolf leiden, damit gar nicht erst der Ruf nach einem Abschuss des Wolfs laut wird, was immer das letzte Mittel bleiben sollte.

Wir fordern weiter, mehr Geld für den Wolfsschutz. Das Land Niedersachsen muss ein breites Projekt mit finanzieller Ausstattung in Angriff nehmen, die es ermöglicht Wölfe auf natürliche Weise zu von gewerblich genutzten Herden fern zu halten.

U2

Verschwendung vorbeugen – Containern legalisieren

Verschwendung vorbeugen – Containern legalisieren

Die Bezirkskonferenz möge beschließen, dass das sogenannte „Containern“, bei dem eigentlich weggeworfene Lebensmittel von z. B. Supermärkten mitgenommen werden, legalisiert werde.

Bisher gelten weggeworfene Lebensmittel als Eigentum, weshalb „Containern“ als Diebstahl gemäß §§242 f. StGB strafbar sein kann. Dennoch werden in Deutschland jedes Jahr ungefähr 13 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Dadurch entsteht ein großes ökologisches und ethisches Problem. Zum einen werden viele Ressourcen, die zur Herstellung der Lebensmittel benötigt werden, verschwendet, zum anderen sind von dem Verbot vor allem Menschen betroffen, die Containern aus Armut oder Protest gegen die sogenannte Wegwerfgesellschaft betreiben.

Um dem Problem der Lebensmittelverschwendung vorzubeugen, sollen weggeworfene Lebensmittel nicht mehr als Eigentum in dem Sinne definiert werden, wie es auch ein diesjähriger Vorstoß des Hamburger Justizsenators besagt. Damit einhergehend sind potentielle Regelungen, die es Supermärkten in Zukunft verbieten, genießbare Lebensmittel einfach wegzuwerfen, anstatt sie an gemeinnützige Organisationen zu spenden. Anstatt die Menschen zu bestrafen, die weggeworfene Lebensmittel an sich nehmen, sollte versucht werden, darauf hinzuwirken, dass genießbare Lebensmittel gar nicht mehr weggeworfen werden.